

Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK) 2019

KLIMASCHUTZ MITWIRKUNG

Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie-
und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK)



ERGEBNISSE AUS DEM THEMENBEREICH QUERSCHNITT



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	3
I. Neue Maßnahmenvorschläge	8
II. Bestehende Maßnahmenvorschläge	45
1. Handlungsfeld: Energiepreise und -kosten.....	45
2. Handlungsfeld: Flächennutzung im Rahmen der Energie- und Verkehrswende .	58
3. Handlungsfeld: Klimaschutz in den Kommunen.....	72
4. Handlungsfeld: Klimagerechte Verwaltung	76
5. Handlungsfeld: Erneuerbare Brennstoffe	101
6. Handlungsfeld: Digitalisierung.....	105
7. Handlungsfeld: Forschung und Entwicklung	121
8. Handlungsfeld: Bildung, Information und Umweltbewusstsein	125

Einleitung

Mit der Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes (IEKK) werden in Baden-Württemberg Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, die auf viele Lebensbereiche einwirken. Deshalb hatte die Landesregierung Bürgerinnen und Bürger, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, verschiedenen Gruppen, Instituten und Interessensvertretungen dazu eingeladen, sich im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung an der Weiterentwicklung des IEKK zu beteiligen. Von Mitte Mai bis Ende Juli 2019 haben sich viele Bürgerinnen und Bürger online und persönlich an den Bürger- und Verbändetischen eingebracht. Von Anfang an hat die Verwaltung des Landes Baden-Württemberg etwa 170 Maßnahmen für ein neues IEKK vorgeschlagen, die jedoch alle als Entwurf zur Debatte standen. Ziel der frühen Einbeziehung von Bürgerinnen, Bürgern, Verbändevertreterinnen und Verbändevertretern war es, wertvolle Hinweise zur Ausgestaltung, Ergänzung und Anpassung dieser Maßnahmenvorschläge zu erhalten. Besonders interessant sind daneben neue Vorschläge, die aus der Bürgerschaft oder von Interessensgruppen eingebracht wurden. Die zu diskutierenden Themen waren unterteilt in die Themenfelder Strom, Verkehr, Wärme, Industrie und Stoffströme, Land- und Forstwirtschaft/Landnutzung und Querschnitt. Die Teilnehmenden haben die vorgeschlagenen Maßnahmentexte bewertet, Verbesserungsvorschläge formuliert und gemeinsam auch neue Maßnahmen entwickelt.

All diese Kommentare und Vorschläge wurden gesammelt, thematisch sortiert und in Dokumenten zusammengefasst, um mit den Ergebnissen weiterarbeiten zu können. Im folgenden Dokument finden Sie alle Kommentare, Bewertungen und Vorschläge zum Themenfeld Querschnitt, die bei uns im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangen sind.

Die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung werden nun von den Ministerien des Landes gesichtet und geprüft. Vorschläge für Veränderungen der Maßnahmentexte und für neue Maßnahmen werden zwischen den Ministerien diskutiert. Dieser Prozess durchläuft mehrere Abstimmungsrunden in der Verwaltung. In den Entwurf fließen im Rahmen dieser Abstimmungen auch Begleittexte und Formulierungen für Ziele und Indikatoren zur Messung des Fortschritts bei Energiewende und Klimaschutz in Baden-Württemberg ein. Sobald ein Entwurf entwickelt worden sein wird, wird die offizielle Verbändeanhörung folgen, bei der den Verbänden die Gelegenheit gegeben wird, zu diesem ersten Entwurf Stellung zu nehmen. Dies wird öffentlich bekannt gegeben.

Der finale Entwurf wird dann dem Landtag zur Stellungnahme vorgelegt und abschließend durch die Landesregierung beschlossen. Im Sommer 2020 soll das Land Baden-Württemberg ein neues Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für den Zeitraum bis 2030 vorliegen haben.

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich mit den vorliegenden Dokumenten einen Überblick über die verschiedenen Argumente und Meinungen zu verschaffen, oder werfen Sie nur einen kurzen Blick auf vereinzelte Maßnahmenvorschläge und die Kommentare dazu. Denn gerade in der Vielfalt der Kommentierungen aus Bürger-, Verbände- und Jugendbeteiligung liegt die Stärke der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes Baden-Württemberg.

Erläuterung zum Dokument

Im folgenden Dokument finden Sie sowohl die Maßnahmenentwürfe aus den Ministerien des Landes Baden-Württemberg als auch Maßnahmenvorschläge, die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gänzlich neu eingebracht wurden.

NEUE MASSNAHMEN

Sowohl über die Online-Beteiligung als auch an den Bürger- und Verbändetischen und während der Jugendbeteiligung konnten neue Maßnahmenvorschläge eingebracht werden. Bei diesen Veranstaltungen war es auch möglich, die neuen Vorschläge direkt zu kommentieren. Bewertet werden konnte dabei, ob die Maßnahme als sinnvoll erachtet wird, und ob man die Maßnahme als notwendig erachtet und diese auf jeden Fall (ggf. per Gesetz) umgesetzt werden sollte, auch dann wenn sich viele beschweren. Als drittes wurde abgefragt, ob man persönlich in seinem Umfeld dabei unterstützen möchte, dass die Maßnahme erfolgreich wird. Die Maßnahmenvorschläge sowie deren Bewertung durch die Teilnehmenden vor Ort sind jeweils in einzelnen Tabellen dargestellt. Im folgenden sehen Sie eine Übersicht einer solchen Tabelle mit einer Beschreibung der Inhalte.

Maßnahmennummer und Angabe, ob der Vorschlag aus der Online-, Bürger-, Verbände- oder Jugendbeteiligung stammt.

Beschreibung der Maßnahme durch den Autor / die Autorin.

WÄ_N51 (Quelle: Bürgertisch)

Neu zu erschließende Baugebiete müssen bereits im Vorfeld für die Nutzung von erneuerbaren Energien bzw. Photovoltaikanlagen geplant werden. Ausschreibungen müssen bereits dahingehend formuliert werden.

Kommentare der Teilnehmenden, die entweder persönlich dem Vorschlag zugeordnet oder im Plenum diskutiert wurden. Bei der Online-Beteiligung war eine direkte Kommentierung nicht möglich.

Bewertung durch Teilnehmende

Kommentare vor Ort

- Der Bebauungsplan sollte vorschriftsgemäß CO₂-neutral sein

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich
<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="width: 40%; background-color: #90EE90; height: 15px;"></div> <div style="width: 10%; background-color: #A9A9A9; height: 15px;"></div> </div> <p>13 8</p>	<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="width: 40%; background-color: #90EE90; height: 15px;"></div> <div style="width: 10%; background-color: #A9A9A9; height: 15px;"></div> </div> <p>9 12</p>	<div style="width: 100%; background-color: #A9A9A9; height: 15px;"></div> <p>21</p>

Angaben = Häufigkeit der Nennung
Zustimmung
Ablehnung
Enthaltung

Bewertung durch die Teilnehmenden. Mit Klebepunkten konnten die Teilnehmenden bei den Bürger- und Verbändetischen die drei genannten Aussagen beantworten. Nicht geklebte Punkte wurden dabei als Enthaltung gewertet.

BESTEHENDE MASSNAHMEN

Die bestehenden Maßnahmenvorschläge konnten in den verschiedenen Beteiligungsformaten bewertet werden. Die Darstellung der bestehenden Maßnahmen und deren Bewertung ist in mehrere Tabellen aufgeteilt.

Dabei können Sie unter *Ausschließlich wertende Kommentare* erkennen, wie viele Kommentare die Maßnahme schlicht als positiv oder negativ bewerten. Zusätzlich konnte abgestimmt werden, ob die Maßnahme als sinnvoll erachtet wird, und ob man die Maßnahme als notwendig erachtet und diese auf jeden Fall (ggf. per Gesetz) umgesetzt werden sollte, auch dann wenn sich viele beschwerten. Als drittes wurde abgefragt, ob man persönlich in seinem Umfeld dabei unterstützen möchte, dass die Maßnahme erfolgreich wird.

Im Folgenden sehen Sie eine Übersicht solcher Tabellen mit einer Beschreibung der Inhalte.

Maßnahmennummer und -titel.

Maßnahmentext.

M01	Flankieren und Umsetzen des Kohleausstiegs im Land
<p>Für die Erreichung der CO₂-Ziele in der Stromerzeugung ist der Ausstieg aus der bundesweiten Kohlenutzung erforderlich. Dabei setzt sich das Land für die Umsetzung des Kohleausstiegs parallel zum Kernenergieausstieg bei unverändert hohem Niveau der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit ein.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Begleitung des Strukturwandels an den Kraftwerkstandorten • Runder Tisch mit Kraftwerksbetreibern • Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung lokalspezifischer Alternativkonzepte auch im Bereich Wärme 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung</i> Hier kann die Gesamtzahl der eingesendeten Kommentare zur entsprechenden Maßnahme und deren Verteilung auf die Beteiligungsformate abgelesen werden.</p> <p><i>Maßnahmenkatalog nachgele</i></p>	

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 155				
	Bürgerbeteiligung	Verbändebeteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	5	2	2	146

Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)

	Anzahl	Auswahl
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	2	Die vorgeschlagenen Instrumente scheinen mir ausreichend. Ausstieg um jeden Preis. Schnellstmöglich!
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0	

Es werden Kommentare gezählt, die lediglich wertend (Zustimmung/Ablehnung), ohne Begründungszusammenhang oder Kommentar, sind. Unter „Auswahl“ wird eine Auswahl der Formulierungen zur Illustration gegeben.

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung			Ablehnung			Enthaltung		
	Bürgerbeteiligung (n=17)	Verbändebeteiligung (n=19)	Jugendbeteiligung (n=26)	Bürgerbeteiligung (n=17)	Verbändebeteiligung (n=19)	Jugendbeteiligung (n=26)	Bürgerbeteiligung (n=17)	Verbändebeteiligung (n=19)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	15 1 1	14 3 2	13 1 12	15 1 1	14 3 2	13 1 12	15 1 1	14 3 2	13 1 12
Ihre Umsetzung ist notwendig	14 1 2	13 3 3	14 1 11	14 1 2	13 3 3	14 1 11	14 1 2	13 3 3	14 1 11
Die Umsetzung unterstütze ich	5 4 8	12 6 1	12 6 8	5 4 8	12 6 1	12 6 8	5 4 8	12 6 1	12 6 8
Die Maßnahme ist unklar	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Bewertung durch die Teilnehmenden. Mit Klebepunkten konnten die Teilnehmenden bei den Bürger- und Verbändetischen und der Jugendbeteiligung die vier genannten Aussagen beantworten. Nicht geklebte Punkte wurden dabei als Enthaltung gewertet.

KOMMENTARE ZU BESTEHENDEN MASSNAHMEN

Im Tabellenteil B sind sämtliche Kommentare aus der Öffentlichkeitsbeteiligung dargestellt. Diese wurden zunächst in vier Kategorien vorsortiert:

- Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme
- Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme
- Keine wertende Einordnung vorgenommen
- Allgemeine Hinweise

Diese Sortierung wurde zur Orientierung bei der Auswertung und Weiterverarbeitung geschaffen. Sie stellt keine Bewertung der Kommentare dar. Alle eingereichten Kommentare werden bei der Erarbeitung eines neuen IEKK-Entwurfs hinsichtlich ihrer Übernahmemöglichkeit ins IEKK geprüft.

Im Folgenden sehen Sie eine Übersicht solcher Tabellen mit einer Beschreibung der Inhalte.

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die der Maßnahme positiv gegenüberstehen und keine rein wertende Aussagen sind, sondern Begründungszusammenhänge oder Erläuterungen liefern. Trat die Aussage mehrmals auf, werden diese mit der Anzahl der Duplikate angegeben.

Eventuelle Gewichtung des Kommentars durch die Teilnehmenden vor Ort. Damit hatten sie die Möglichkeit, den Kommentar hervorzuheben und bspw. als besonders wichtig oder dringend zu kennzeichnen. Bei der Online-Beteiligung war diese Gewichtung nicht möglich, daher enthält dort die entsprechende Zelle die Angabe „n. a.“ Außerdem angegeben ist die Quelle des Kommentars (s. Abkürzungsverzeichnis).

B Kommentarinhalte	
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme	
Kennung	Kommentar
M03_001	Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Strombereich soll in erster Linie Aufgabe des Netzbetreibers sein (unter starker Kontrolle der Bundesnetzagentur und Regierung). Dazu soll der Betrieb von Regel- und Speicherkraftwerken (vor allem Gaskraftwerke) an die Netzbetreiber übertragen werden. Dies ist notwendig, da ein Kapazitätsmodell im Hinblick auf die lange Laufzeit eines Gaskraftwerkes große Investitionsrisiken birgt und damit eine Investition im notwendigen Ausmaß sehr unwahrscheinlich,

Gewichtung	Quelle
n. a.	OB

Ziel: 2035 100% EE	
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die der Maßnahme negativ gegenüberstehen und keine rein wertende Aussagen sind, sondern Begründungszusammenhänge oder Erläuterungen liefern. Trat die Aussage mehrmals auf, werden diese mit der Anzahl der Duplikate angegeben.

Fixierung der Batterieentwicklung auf Mobilität ist ungenügend	
Keine wertende Einordnung vorgenommen	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die in ihrer Wertung nicht zugeordnet werden konnten oder nicht den Kern der Maßnahme betreffen.

Allgemeine Hinweise	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die keine Maßnahme im Speziellen betreffen, sondern allgemeiner Natur sind.

Abkürzungsverzeichnis

BETEILIGUNGSFORMAT

JB = Jugendbeteiligung

BB = Bürgerbeteiligung

OB = Onlinebeteiligung

VB = Verbände**beteiligung**

SEKTOREN

LW = Landwirtschaft

ST = Strom

WÄ = Wärme

VK = Verkehr

IS = Industrie- und Stoffströme

QS = Querschnitt

SONSTIGES

n = Anzahl der am Format beteiligten Personen

n. a. = keine Angabe

I. Neue Maßnahmenvorschläge

QS_N01	Plastik verstärkt in Supermärkten abschaffen! Konsequenz! (Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Super, dass in Supermärkten promoten wird, dass Plastik abgeschafft wird. Die Umsetzung ist aber total inkonsequent. Große Ketten in Deutschland haben riesige Schilder aufgestellt "AB JETZT finden sie ihr Obst und Gemüse hier ohne Plastikverpackung"... einen halben Meter weiter die erste Plastikverpackung. Leider. Da verkauft man schon Mehrzwecknetze für Obst und Gemüse und bietet trotzdem noch Plastiktüten an. So weit, so gut die Abschaffung braucht seine Zeit, bis auch die Händler Plastikfrei liefern. Hier könnte man den Großhändlern doch auch ein Bußgeld verhängen. Der Brokkoli muss ja wirklich nicht eingepackt sein um ihn dann in leider viel zu viel Fällen, nochmal in eine Plastiktüte zu stecken. Am erschreckendsten finde ich aber, dass besagte Kette seit einigen Jahren eigentlich schon keine Plastiktüten mehr verkaufen, stattdessen doch aber tatsächlich die Gemüsetüten kostenlos als Tüten rausgeben. Inkonsequenter geht es ja wohl kaum.</p> <p>Umweltbewusst vermarkten heißt leider offensichtlich noch lange nicht tatsächlich Umweltbewusst zu handeln. Da leider nicht jedes einzelne Individuum umweltbewusst denkt, sollte zumindest ein Bewusstsein geschaffen werden, in dem Unternehmen bewusster handeln. Und dies klappt womöglich einfach nur durch Busgelder. Wenn wir unseren Planeten noch rechtzeitig retten wollen, muss die Industrie dazu gezwungen werden, als Vorbild und Vorreiter zu fundieren und JETZT damit beginnen muss. Und jede Plastiktüte, die wir reduzieren ist schon einmal ein kleiner Schritt in die richtige Richtung... Und auch diese kleinen Schritte werden für zukünftige Generationen ihre Welt bedeuten, wenn wir diesen Planeten noch retten können!</p>	
QS_N02	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<ol style="list-style-type: none">1. Mehr Bäume zur Besserung der Temperaturen im Sommer und vor allem in den Städten. Auflage vom Gesetzgeber: wenn Flächen bebaut oder versiegelt werden müssen dafür grüne Ausgleichsflächen angelegt werden.2. Kraftstoffe sollten mittels regenerativer Energien hergestellt werden - also Power to X.	
QS_N03	E-Mobilkauf allen ermöglichen (Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Das Wohnungseigentumsgesetz muss geändert werden! Viele tausende Garageneigentümer in Sammelgaragen können keine E-Zapfsäule in der Garage installieren, weil die dazu erforderliche Stromleitung eine bauliche Veränderung ist. Bauliche Veränderungen benötigen aber gemäß Wohnungs-Eigentumsgesetz 100% Zustimmung aller Eigentümer, was in der Praxis unerreichbar ist. Deshalb ist solchen Eigentümern der Kauf eines E-Autos nicht möglich. Diese Änderung kostet Staat und Bürger nichts, ist jedoch dringend erforderlich!!!!</p>	
QS_N04	CO₂-Steuer (Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>ich denke die Maßnahme ist weitläufig bekannt, wird dennoch aufgrund der starken Lobbyarbeit nicht umgesetzt. Es wäre dringend notwendig. System ähnlich wie in anderen Ländern, beispielsweise Schweden. Keine zusätzliche Steuer, sondern Umverteilung der Steuerlast, um unsere Umweltziele endlich zu unterfüttern anstatt</p>	

als hehre Ziele ohne Möglichkeit der Erreichung stehen zu lassen. Stattdessen könnte man praktisch alle Förderprogramme streichen. Ist fairer für den Wettbewerb und baut massenhaft Bürokratie ab. Viele Unternehmen machen es bereits vor und stellen auf klimaneutrale Produktion um. Echt traurig, dass da sogar die Industrie handelt, obwohl es keinerlei politischen Rahmen dazu gibt.

QS_N05 Anpassung alter Bebauungspläne (Quelle: Onlinebeteiligung)

Gültige Bebauungspläne aus dem vergangenen Jahrhundert erschweren Energieeinsparung drastisch:

1. Firstrichtung und Dachneigung steht gutem Solarertrag entgegen;
2. Heutige Wandstärken verkleinern die bebaubare Nutzfläche, da die Dämmung nicht über die Baulinie hinausragen darf.

Vorschlag:

Die Gemeinden werden verpflichtet, alte Bebauungspläne so zu überarbeiten, dass nur die statisch erforderliche Wandstärke (i.d.R 0,24m) das Gebäudeaußenmaß bestimmt und Dämmungen unberücksichtigt bleiben, wie es auch bei Bestandsbauten der Fall ist.

Dachform, Dachneigungen und Firstrichtungen sind ohne Befreiung möglich, wenn mindestens 70% der Gebäudegrundfläche auf dem Dach zur passiven oder aktiven Gewinnung von Energie genutzt werden.

Weiterhin ist bei Neubauten der Hausanschluss und Hauptverteiler vom Einbauraum her so auszulegen, dass eine Ladestelle für E-Fahrzeuge eingerichtet werden kann. (Wer das dann später macht, ist gleichgültig)

QS_N06 Eilt: Inkraftsetzung des Bundesrahmens Schule fürs Leben (Quelle: Onlinebeteiligung)

In Kraft – Setzung "Bundesrahmen Schule fürs Leben** befürworten/bewirken:

Bitte stellen Sie* umgehend allen Lehrerinnen und Lehrern aller Fächer klar, dass Erziehung zum Klimaschutz keine ideologische Indoktrination ist, sondern Verpflichtung sowohl im Rahmen der Klimakonvention als auch des Beutelsbacher Konsenses und des Grundgesetzes.

Aus Lehrersicht haben allein Sie* die Autorität, den Willen des Staates in diesem Punkt zweifelsfrei vergewissernd zu vermitteln.

Wie auf jeder Zigarettenpackung die Folgen sichtbar sind, müssen umgehend alle Schülerinnen und Schüler kennenlernen, was es rechtzeitig zu verhindern gilt und welche Möglichkeiten jede und jeder dazu hat.

Der Beutelsbacher Konsens verpflichtet dazu alle Schulen, denn nur so werden alle Schüler in die Lage versetzt „ihre politische Situation und ihre eigene (in Klimadingen existentielle) Interessenlage zu analysieren“.

In der historisch beispiellosen Situation, in der sich unsere Schüler heute befinden, sind Sie* die einzige Instanz, die im verbleibenden Zeitkorridor, über alle Partei- und Bundesländer-Grenzen hinweg die Verpflichtungen im Rahmen des Grundgesetzes und des Klimarahmenkonvention allen Lehrern aller Fächer klarstellen können.

Die Erreichung der Klimaziele erfordert umgehend die Akzeptanz einschneidender Maßnahmen in der Gesamtbevölkerung.

Jedoch: Egal was das Klimakabinett, die Landesregierungen und die Kommunen beschließen werden, ohne allgemeinverständliche Grundinformation der Gesamtbevölkerung über die Erkenntnisse aus Millionen von Fachwissenschaftlerstunden, wird unserer Jugend das Recht auf gute Zukunftschancen verwehrt bleiben.

Ohne Kenntnis der unsichtbaren Zusammenhänge zwischen heute üblichem Alltag in allen Lebensbereichen, daraus zeitverzögert resultierenden nicht mehr bewältigbaren Risiken und aber auch der sozialverträglichen

Ausweichmöglichkeiten, werden fachlich nicht betraute Wähler*innen sich einfach nur ärgern über teurere Heizöl-, Benzin- und Stromrechnungen, teurere Nahrung und/oder über ständig neue Vorschriften, die alles nur noch teurer machen –

mit ungewissen Folgen (siehe Gelbwestenbewegung, AfD-Zulauf, ...).

Deshalb: Helfen Sie umgehend dabei, dass bei allen (künftigen) Wähler*innen ein Perspektivwechsel stattfinden kann: Es geht nicht um Bevormundung durch Ideologen einseitiger persönlicher Meinung oder um Ökodiktatur, sondern es geht darum, unseren eigenen Kindern die Chance auf eine gute Zukunft zu wahren.

Bei den in der überfluteten Höhle eingeschlossenen jungen Fußballern haben alle die eindrucksvollen Bilder gesehen. Da war die Hilfsbereitschaft groß und keine Kosten wurden gescheut. Die für alle sichtbare Notsituation weckte das allen angeborene Mitleid.

Allein Sie* können umgehend zweifelsfrei allen Bundesländern und Kommunen die Chance geben, ihre Schulen zu Leuchttürmen werden zu lassen, für den demokratischen und sozialverträglichen Übergang in ein Leben, das die Atmosphäre nicht weiter mit Treibhausgasen auffüllt. Seit 1990 geben Klimaräte den Schulen die Schlüsselrolle für das Erreichen der Klimaziele.

Der Ihnen* vorliegende Bundesrahmen Schule fürs Leben** zeigt Schulen, wie Sie ihrer Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Klimarahmenkonvention gerecht werden können: Allen Schülern und indirekt Eltern, Verwandten und Bekannten, altersgemäß curricular und bildungsplankonform in allen Ländern:

unsichtbare Energieflüsse und Treibhausgasentstehung, samt Nebenwirkungen und dominoartigen Folgen sichtbar und erlebbar machen, und damit die Ergebnisse der weltweiten Klimafolgenforschung - innerhalb des regulären allgemeinbildenden Unterrichts**. Abhängigkeiten und Berechenbarkeit und damit die große Beeinflussbarkeit werden systematisch »erforscht« und damit die Ergebnisse der weltweiten Klimaschutzforschung**. Danach werden, als praktisches Übungsbeispiel, im Schulhaus und im Schulbetrieb systematisch

Vermeidungsmöglichkeiten von Treibhausgasen gesucht und vorgeschlagen. Ebenso werden von den Schülern bezahlbare Möglichkeiten gesucht und vorgeschlagen, den Restenergiebedarf der Schule aus der Natur einzufangen, zu speichern und/oder den Verbrauch an das natürliche Angebot anzupassen. Dies Alles - neuartig - in gezielter Abstimmung zwischen allen Fachlehrern, nach einem gemeinsamen Einführungstag **.

Wenn dann die Schüler erleben, dass genau ihre Vorschläge von Staat und Kommune empfohlen, gefördert und begünstigt und an ihren Schulen in sozialverträglichen, ab sofort im Mittel etwa 4% –Schritten (Basis 2018) pro Jahr umgesetzt werden, werden die vom Klimakabinett, den Landesregierungen und den Kommunen beschlossenen Lenkungsmaßnahmen die gewünschte Wirkung tatsächlich auch erfüllen.

Bitte setzen Sie* deshalb den Ihnen vorliegenden Bundesrahmen Schule fürs Leben** möglichst umgehend in Kraft. Da die Zeit drängt, sollte kein Schuljahr mehr verlorengehen!

In Vertretung aller existentiell bedrohten, aber bisher noch weitgehend ahnungslosen etwa 0 – 35-Jährigen, in Vertretung von vielen Forscher*innen, die vorausschauend warnen vor nicht mehr bewältigbaren Risiken und in Vertretung von vielen Forscher*innen, die Werkzeuge entwickelt und bereitgestellt haben, für die notwendige große Transformation

(Ihre Unterschrift)

* An Herrn Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

Spreeweg 1

10557 Berlin

** Als sich vor 5 Jahren abzeichnete, dass die Klimaziele zum Schaden unserer Schülerschaft nicht eingehalten werden,

trotz breitestem Angebot,

mit Mitteln der IEA, der EU, des Bundes und der Länder, erforschter Möglichkeiten - samt umfassenden Informationen dazu und Finanzierungshilfen, wurde unter dem Dach des Verbandes naturwissenschaftlicher Lehrkräfte MNU, die für die Vermittlung naturgesetzlicher Fakten zuständig sind, mit wissenschaftlichen Methoden die völkerrechtliche Verpflichtung „Erziehung zum Klimaschutz“, eine der zentralen Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten im Rahmen der Klimakonvention, analysiert und evaluiert. Mit großem Aufwand wurden Best-Practice-Beispiele zusammengetragen, die in Zusammenarbeit mit Klimafolgen- und Klimaschutzforschern an Pilotschulen erprobt wurden. Allen voran mit dem Amt für Umweltschutz (und FEST Heidelberg) (EMAS- und LESS-Projekt), Mobilitäts- und Energieberatungszentrale (EBZ) Stuttgart, den international führenden Klimaschutz-Forschungsinstituten FhIBP und DLR/ZSW) Aus diesen Erkenntnissen entstand das nun Ihnen zur Inkraftsetzung vorliegende Curriculum Schule fürs Leben. In zwanzig Einzelportionen ging es zuvor jeweils für etwa 2-3 Wochen zur Prüfung über mehr als 100 Email-Adressen an Bundes- und Landesverbandsleitungen sowohl des MNU als auch der GEW und des Philologenverbandes, jeweils mit der Bitte um Weiterleitung und Prüfung.

QS_N07 Personelle Verstärkung der Kompetenzzentren der KEA (Quelle: Onlinebeteiligung)

Personelle Verstärkung der Kompetenzzentren der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg. Zur Erreichung der Klimaschutzziele ist eine personelle Verstärkung der Kompetenzzentren unbedingt erforderlich. Das Kompetenzzentrum Energiemanagement, das für 1101 Kommunen im Land zuständig ist, ist lediglich mit 1,3 Personalstellen ausgestattet. Mit mehr Personal könnten wesentlich mehr Kommunen in kürzerer Zeit an das Thema herangeführt werden.

QS_N08 Förderung von Leuchtturmprojekten im Bereich Nutzersensibilisierung: (Quelle: Onlinebeteiligung)

Leuchtturmprojekte im Bereich Nutzersensibilisierung: Beispielsweise die Solarboottrally an Schulen: Schulen/Schulklassen einer Kommune bauen ein solar betriebenes Modellboot und treten zum Wettkampf an. Oder beispielgebende Nutzersensibilisierung in Sportvereinen. Oder Nutzersensibilisierung in einer Klinik.

QS_N09 Kampagne zur Gründung von Energieeffizientischen für Kliniken, Hotels und Altenheime (Quelle: Onlinebeteiligung)

Kampagne zur Gründung von Energieeffizientischen für Kliniken, Hotels und Altenheime: Hier gilt der gleiche erfolgreiche Ansatz wie bei den betrieblichen Netzwerken. Wissensvermittlung, voneinander lernen, gemeinsames Ziel fassen und von umgesetzten Effizienzmaßnahmen berichten. Schulung von Marktakteuren zur Vorbereitung und Moderation solcher Effizientische.

QS_N10	Informationskampagne über die Folgen der Digitalisierung für das Klima (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Über die negativen Folgen für das Klima, die die Produktion und die Nutzung digitaler Geräte haben, sollte mehr aufgeklärt werden. Der wahre Energieverbrauch der Internetnutzung sollte öffentlich gemacht werden. Es sollten von staatlicher Seite Initiativen gestartet werden, die diese Information einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht (ähnlich der Warnungen auf Zigarettenpackungen).</p>
QS_N11	Förderung der Gemeinwohlökonomie (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Die Gemeinwohlökonomie beurteilt Unternehmen nicht nach monetären Gesichtspunkten, sondern nach deren Anteil am Gemeinwohl. Dies sollte für Unternehmen und Gemeinden gefördert werden.</p>
QS_N12	Klimagerechte Hochschulen (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Als Umweltbeauftragter der Hochschule Biberach rege ich an, die THG-Bilanzen der Hochschulen selbst in das IEKK einzubeziehen. Dies gebietet § 7 KSG. Als erste Hochschule in BW haben wir ein Klimaschutzkonzept im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative vorgelegt, das die Erreichung der Klimaneutralität im Korridor von 2030 bis 2040 im Einzelnen darlegt (https://www.hochschule-biberach.de/web/umwelt-und-nachhaltige-entwicklung/klimaschutzkonzept).</p> <p>Alle Hochschulen sollten, um ihrer Vorbildrolle gerecht zu werden, ein solches vorlegen, dessen Erarbeitung und Umsetzung auch vom Land entsprechend unterstützt wird. Das Land sollte sich dazu verpflichten, dass dort, wo Mittel insbes. des Bundes für den Klimaschutz zur Verfügung stehen, zumindest seinerseits seinen Eigenanteil für die klimagerechte Entwicklung seiner Liegenschaften beisteuern. Auch sollte das Land Contracting-Modelle erweitert ermöglichen, wenn es nicht selbst in der Lage ist, die erforderlichen Maßnahmen in absehbarer Zeit durchzuführen (z.B. im Hinblick auf Energieversorgungsanlagen).</p>
QS_N13	Transition-Town-Bewegung fördern (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Transition-Towns könnten Keimzellen für ein anderes Wirtschaften sein und dadurch den Klimaschutz voranbringen.</p>
QS_N14	Bedingungsloses Grundeinkommen und Ehrenamt (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens mit der Verpflichtung zu einem gewissen Maß an Ehrenamt könnte die Gemeinschaft und das Zufriedenheitsgefühl jeder und jedes einzelnen gefördert werden. Die Gier nach Hyperkonsum zur Kompensierung der Unzufriedenheit könnte eingedämmt werden. Dies schützt das Klima.</p>

QS_N15	Konkrete Quantifizierung der Wirksamkeit der Maßnahme zur Erreichung der Ziele (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Mir fehlt in dem IEKK Entwurf eine genaue Quantifizierung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele. In jedem Sektor gibt es konkrete Sektorenziele wie im Bereich Verkehr die Einsparung von CO2 Emissionen um 40 - 42 % im Vergleich zu 1990. Jede Maßnahme muss dahingehend bewertet werden, inwieweit sie zur Erreichung des jeweiligen Sektorenziels beisteuert. Erreichen alle Maßnahmen eines jeweiligen Sektors in der Summe nicht das Gesamtziel, muss nachgesteuert werden.</p> <p>Die vorgenommene erste Abschätzung der potenziellen Wirkmächtigkeit der Maßnahme für die jeweilige Zielerreichung ist nicht ausreichend.</p>
QS_N16	Einkaufscoaching (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Ich habe das bereits als kleinen Kurs in einem Edeka gemacht. Dabei ging es vor allem um die ganzen Biosiegel, andere Kennzeichnungen für Verpackungsmaterial oder Herkunft usw. (Unsere Heimat, Kennzeichnungen von tierischen Erzeugnissen ...). Das kann und sollte man noch ausdehnen um den Ernährungsaspekt. Soll heißen: Einkaufscoaching für einen gesunden, ökologischen Einkauf und möglichst verpackungsarm.</p>
QS_N17	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Im Folgenden finden Sie gesammelt meine Kommentare zum IEKK (mit Referenzen zum Entwurf, PDF). In "... " ist jeweils die entsprechende Stelle im Originaltext zitiert, darunter finden Sie meinen Vorschlag zur Überarbeitung.</p> <p>S. 9: 2. Absatz: Energiepreise und –kosten „Darüber hinaus ist es wichtig, die ökologischen Folgekosten der Nutzung fossiler Energieträger in die Preise mit einzubeziehen.“</p> <p>Darüber hinaus ist es wichtig, die ökologischen Folgekosten der Nutzung fossiler Energieträger in die Preise für Energieanwendungen mit einzubeziehen. Um Energiegestehungspreisen realistisch zu ermitteln, sollen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen auf der Basis von Lebenszykluskosten durchgeführt werden.</p>
QS_N18	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Im Folgenden finden Sie gesammelt meine Kommentare zum IEKK (mit Referenzen zum Entwurf, PDF). In "... " ist jeweils die entsprechende Stelle im Originaltext zitiert, darunter finden Sie meinen Vorschlag zur Überarbeitung.</p> <p>S. 10 2. Absatz:</p>

„Das Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg setzt sich daher auf Bundesebene für eine umfassende klimaschutzorientierte und sozialverträgliche Neuordnung des Abgaben- und Umlagensystems und damit verbunden die Einführung einer sektorenübergreifenden CO₂-Bepreisung im Energiebereich ein.“

Die Landesregierung Baden-Württembergs setzt sich daher auf Bundesebene für eine umfassende klimaschutzorientierte und gleichermaßen sozialgerechte Neuordnung des Abgaben- und Umlagensystems und damit verbunden die Einführung einer sektorenübergreifenden CO₂-Bepreisung im Energie-, Bau- und Verkehrsbereich ein.

QS_N19

(Quelle: Onlinebeteiligung)

Im Folgenden finden Sie gesammelt meine Kommentare zum IEKK (mit Referenzen zum Entwurf, PDF). In "...“ ist jeweils die entsprechende Stelle im Originaltext zitiert, darunter finden Sie meinen Vorschlag zur Überarbeitung.

S. 11

1. Absatz:

„Ein Teil der heute noch importierten Energie wird daher zukünftig regional erzeugt werden. Dies stärkt die regionale Wertschöpfung, führt jedoch teilweise auch zu Konflikten: Um die in Baden-Württemberg verfügbaren Energieressourcen stärker nutzen zu können, müssen die dafür erforderlichen Flächen bereitgestellt werden. Dort wo es konfliktfrei möglich ist, soll die Energieerzeugung ohne zusätzlichen Flächenbedarf umgesetzt werden, z. B. in Form von Solarenergie an und auf Gebäuden oder als Lärmschutz entlang von Straßen und Schienen. Dies allein wird jedoch nicht ausreichen, um im erforderlichen Umfang die von unserer Wirtschaft und Haushalten benötigte Energie zu erzeugen. Das Land setzt daher auch auf den weiteren Ausbau der Wind- und Sonnenenergie in der Fläche. Hierfür bedarf es entsprechender Strategien, um ausreichend Flächen hierfür zur Verfügung zu stellen.“

Ein zunehmender größer werdender Teil der heute noch importierten Energie wird daher zukünftig regional erzeugt werden. Die regionale und dezentrale Produktion von Strom, Wärme und synthetischen Kraftstoffen wird zur regionalen Wertschöpfung beitragen. Um die in Baden-Württemberg verfügbaren Energieressourcen stärker nutzen zu können, müssen die dafür erforderlichen Flächen in beschleunigten Verfahren unter Einbezug der betroffenen (regionalen) Akteure bereitgestellt werden. Um im erforderlichen Umfang die von unserer Wirtschaft und Haushalten benötigte Energie zu erzeugen, setzt das Land auf den weiteren Ausbau der Wind- und Sonnenenergie in der Fläche und Tiefengeothermische Kombianlagen. Es bedarf entsprechender Strategien, um schnell ausreichend Flächen und Genehmigungen hierfür zur Verfügung zu stellen. Dort wo es konfliktfrei möglich ist, soll die Energieerzeugung ohne zusätzlichen Flächenbedarf umgesetzt werden, z. B. in Form von Solarenergie an und auf Gebäuden oder als Lärmschutz entlang von Straßen und Schienen.

QS_N20

(Quelle: Onlinebeteiligung)

Im Folgenden finden Sie gesammelt meine Kommentare zum IEKK (mit Referenzen zum Entwurf, PDF). In "...“ ist jeweils die entsprechende Stelle im Originaltext zitiert, darunter finden Sie meinen Vorschlag zur Überarbeitung.

S. 11

1. Spiegelstrich:

„Der Flächenbedarf der Erneuerbaren Energien vor allem bei der Stromerzeugung mit Windkraft und Fotovoltaik, aber auch für die Erzeugung von Wärme mit Solarthermie, muss wachstumsorientiert gedeckt werden. Priorität hat dabei die Nutzung von Dachflächen, die zukünftig verbindlicher geregelt werden könnte.“

Der Flächenbedarf der Erneuerbaren Energien vor allem bei der Stromerzeugung mit Windkraft und Fotovoltaik, aber auch für die Erzeugung von Wärme mit Solarthermie, muss wachstumsorientiert gedeckt werden. Priorität hat dabei die strategische Planung auf Seiten der Kommunen mit den verschiedenen regulativen Möglichkeiten Flächen für die lokale Energiewende zu identifizieren, wie Bauleitplanung, Städtebauliche Verträge, Stadtumbau- und Sanierungsmaßnahmen nach BauGB, Außenbereichsplanung, Anschluss- und Benutzungszwang, Satzungen zum Einsatz erneuerbarer Energien und Energienutzungspläne mit Sektor-übergreifenden Konzepten. Diese Maßnahmen sind vorrangig der Nutzung von (Einzel-) Dachflächen zu betrachten, die zudem zukünftig verbindlich geregelt werden soll. Um den Bedarf an Residualerzeugung in Netzen und um etwaige Lücken in der Wärmeerzeugung durch gesteigerten Wärmebedarf zu decken, werden Wärmenetze ähnlich wie Stromnetze auf Basis des Zubaus an EE Wärmequellen weiterentwickelt.

QS_N21

(Quelle: Onlinebeteiligung)

Im Folgenden finden Sie gesammelt meine Kommentare zum IEKK (mit Referenzen zum Entwurf, PDF). In "...“ ist jeweils die entsprechende Stelle im Originaltext zitiert, darunter finden Sie meinen Vorschlag zur Überarbeitung.

S. 11

„Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen, in größeren Kommunen verbindlich eine kommunale Wärmeplanung einzuführen (siehe näher Handlungsfeld Wärmeplanung im Sektor Gebäude/Wärme), um die Grundlagen für eine effiziente Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien zu schaffen.“

Zu diesem Zweck wird in größeren Kommunen eine verbindliche kommunale Wärmeplanung eingeführt (siehe näher Handlungsfeld Wärmeplanung im Sektor Gebäude/Wärme), um die Grundlagen für eine effiziente Wärmeversorgung auf Basis 100 % erneuerbarer Energien zu schaffen. Damit schafft die Landesregierung Baden-Württemberg die wichtige rechtliche Voraussetzung und planerische Grundlage, dass Wärmeversorgung fester Teil der kommunalen Daseinsfürsorge wird. Diese vorbereitende Planung soll umsetzungsorientiert erfolgen, um das Ziel der THG-Reduzierung (siehe unten) zu erreichen und die notwendigen Schritte zur vollständigen Ablösung fossiler Energien in der Wärmeversorgung einzuleiten. Mit diesem Schritt bekräftigt die Landesregierung Baden-Württemberg, dass die Wärmeversorgung der Zukunft fester Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge wird. Dabei kann die Energieversorgung über die Grenzen von einzelnen Kommunen hinaus in Form von so genannten kommunalen Wärmeplattformen oder Stadt-Land-Partnerschaften ausgebaut werden, die zur Kopplung des Strom –und Wärmesektors dienlich sind. Basierend auf diesen kommunalen Wärmeplänen sollen eine verbesserte und kostengünstigere Einbindung erneuerbarer Energiequellen, die Erschließung neuer Wärmequellen in Randgebieten, die systemische Effizienzsteigerungen durch Senkung der Netzverluste, insbesondere in Gebieten mit geringer Wärmedichte und die Steigerung der Akzeptanz durch partizipative

Betreibermodelle und partizipative Organisationsstrukturen erfolgen.

QS_N22 (Quelle: Onlinebeteiligung)

Im Folgenden finden Sie gesammelt meine Kommentare zum IEKK (mit Referenzen zum Entwurf, PDF). In "..."
ist jeweils die entsprechende Stelle im Originaltext zitiert, darunter finden Sie meinen Vorschlag zur
Überarbeitung.

S. 18

2. Absatz:

„Die IEKK-Fortschreibung setzt daher prioritär darauf, synthetische Brennstoffe durch Forschung und
Entwicklung so fortzuentwickeln, dass diese möglichst effizient erzeugt und kostengünstig in
Anwendungsbereichen genutzt werden können, die anderweitig nicht klimaneutral betrieben werden können.“

Die IEKK-Fortschreibung setzt daher prioritär darauf, dass synthetische Brennstoffe effizient erzeugt und
kostengünstig in Anwendungsbereichen genutzt werden können, die anderweitig nicht klimaneutral betrieben
werden können. Mit diesem zunehmenden Anteil Erneuerbarer Energien zur Stromgewinnung kann zukünftig
nachhaltig produzierter Strom auch einen Beitrag zur

Wärmebereitstellung leisten (siehe Kapitel „Wärme“ unten). Primärer Einsatzort dieser Syn Fuels werden zum
einen der Transportbereich, zum anderen die Verbrennung in KWK-Anlagen im Flex-Betrieb sein. Die
Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen wird durch die Initiative der Landesregierung Baden-Württemberg sich auf
Bundesebene für eine sektorenübergreifende CO₂-Bepreisung im Energiebereich einzusetzen ermöglicht. Damit
wird die Marktreifen von Power-to-X Anlagen sichergestellt.

QS_N23 Landesweite CO₂-Abgabe/Bepreisung (Quelle: Onlinebeteiligung)

Nur durch einen vernünftigen, hohen CO₂-Preis können die Emissionen konsequent gesenkt werden. Es darf nicht
mehr kostenlos oder billiger sein, die Umwelt zulasten aller Bürger*innen und kommender Generationen zu
verschmutzen und das Klima weiter rücksichtslos zu erhitzen. Um die an Umwelt und Klima entstehenden
Schäden zu begleichen, ist ein Preis von ca. 180€ pro Tonne CO₂eq nötig. Dieser Preis sollte in einer Staffelung
innerhalb der nächsten drei Jahre erreicht werden. Die Einnahmen sollten in weitere Klimaschutzmaßnahmen
investiert werden (denn es ist tatsächlich eine Investition, die zukünftigen Menschen zugutekommt!) oder an die
Bevölkerung sozial gerecht rückerstattet werden.

QS_N24 Einhalten der landeseigenen Klimaziele (Quelle: Onlinebeteiligung)

Die Klimaziele für 2020 werden bei weitem nicht eingehalten werden. Nachdem in den Jahren 2015 und 2016 der
CO₂-Ausstoß um jeweils rund 2% stieg, ist es jetzt allerhöchste Zeit, die Emissionen massiv zu senken. Es kann
nicht sein, dass ein Land wie Baden-Württemberg, das weltweit eine Vorreiterrolle in Sachen Technologie und
Reichtum einnimmt, die selbstgesetzten Klimaziele derart krachend verfehlt, dass sich jede*r Bürger*in für das
Versagen der gewählten Landesregierung schämen muss.

Die nötigen Maßnahmen (CO₂-Preis, massiver Ausbau der Erneuerbaren, grundlegende Förderung des ÖPNV

gegenüber dem MIV, etc.) für das Erreichen der Klimaziele sind längst bekannt, es mangelt schlicht an dem politischen Willen.

QS_N25	Mehrere kleine Maßnahmen, um im Großen etwas zu bewirken (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Investition in Forschungsprojekten, wie z.B. CO2-Filter, Druckluftspeicherkraftwerke (um den Strombedarf trotz Schwankungen bei der Energiegewinnung durch Wind-/Solarenergie zu sichern) etc.</p> <p>Zudem bessere Aufklärung in den Schulen über Folgen des Klimawandels sowie nicht nachhaltigem Handeln und Umweltverschmutzung (Wichtig vor allem in den unteren Klassen (3.-6.), um möglichst früh ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen).</p>
QS_N26	Bildung über alle ökologischen Konsumfolgen - neue Wirtschaftsmodelle (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Eine durchgehende Bildung in allen Bereichen von der Kita bis zur Uni über die Folgen unseres Konsumverhaltens wäre dringend nötig. Die Ressourcenverschwendung in unserer Überflussgesellschaft ist enorm, die Wirtschaft nur konsumgetrieben und auf Wachstum ausgelegt. Hier brauchen wir dringend neue Modelle und intelligente Ideen für ein weltweit gerechtes wirtschaften ohne soziale und ökologische Ausbeutung! Die Probleme sind gewaltig und seit Jahrzehnten bekannt, das gesammelte Wissen so groß wie nie - angesichts dessen sind alle bisherigen Maßnahmen nur Symbolpolitik...</p> <p>Endlich groß denken und Visionen für eine bessere Welt entwickeln, nicht im Kleinklein von tausenden neuen Verwaltungsvorschriften verlieren!</p>
QS_N27	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Als Mutter zweier kleiner Kinder ist mir das Kommentieren der einzelnen Themenbereiche im Detail derzeit leider nicht möglich.</p> <p>Mir liegt es allerdings sehr am Herzen, unsere Erde für unsere Kinder und alle nachkommenden Generationen zu erhalten!!!!!!Dazu muss das 1,5 Grad Ziel erreicht werden!! Es müssen die Forderungen der Fridays for Future Bewegung umgesetzt werden!!!</p> <p>Ich bitte Sie um ein schnelles eingehendes und umfassendes Handeln. Es liegen wissenschaftlich gestützte Forschungsergebnisse und Vorschläge vor. Bitte setzen Sie diese um und die Interessen der gesamten Menschheit höher als die Interessen der Industrie!!!!</p> <p>Die Lebensweise von uns allen muss sich ändern. Bitte schaffen Sie die gesetzliche und rechtliche Grundlage hierfür. Die Klimaneutralität muss so schnell wie möglich erreicht werden. Am besten vor Ablauf der nächsten 10 Jahre.</p> <p>Bitte hören Sie auf die vielen (jungen) Menschen, die seit einiger Zeit (freitags) auf die Straße gehen und ihre Forderungen klar stellen -im Interesse von uns allen.</p>

QS_N28	Energie (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Die Sektoren Wärme, Strom, Verkehr müssen unter dem Sektor Energie als eines betrachtet werden. Bis 2035 muss eine 100 % ige erneuerbare Energieversorgung in diesem Sektor erreicht werden. Das Land geht mit gutem Beispiel voran: hat ab 2030 einen klimaneutralen Gebäudebestand aller Landesgebäude.</p> <p>Das Land nutzt seine Möglichkeiten auf Bundesebene: setzt sich für eine eindeutige Subvention klimafreundlicher Wärmetechnik, z.B. Wärmepumpen, ein. Für ein Subventionsstopp klimaschädlicher Technik, wie Öl- oder Gasheizungen. Auf Bundesebene setzt sich das Land ein, Abbau der Subvention auf fossile Wärme- und Kraftstoffe, Erhöhung der Steuer auf Heizöl und Gas</p>
QS_N29	Umsetzung der Ziele von Fridays For Future (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Um eine Welt zu erhalten, die die Möglichkeit bietet, von Menschen bewohnt zu werden, und nicht durch unumkehrbare Erderwärmung zum Katastrophengebiet wird (Dürre, Überschwemmungen, Massenmigration) fordere ich:</p> <p>Die Ziele der Fridays For Future - Bewegung müssen ohne Abstriche umgesetzt werden! Dazu zählen u.a. die Abschaffung von Kohlekraftwerken, das Streichen von Subventionen für klimafeindliche Wirtschaft etc., die Förderung erneuerbarer Energie uvm.</p> <p>Deutschland und die ganze Welt muss bis 2030 Klimaneutral werden. Die Kosten dafür werden hoch sein, aber deutlich geringer als die Kosten, die durch eine Klimakrise andernfalls entstehen würden.</p>
QS_N30	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Klimaneutral bis 2035 Einhalten der 1.5°C Grenze Bei öffentlichen Ausschreibungen muss Klimaschutz ein wichtiges Kriterium sein CO2- Bepreisung auf Landesebene einführen (180€ pro 1 Tonne CO2-Äquivalente) Informationskampagne zu 2020 (https://www.nature.com/articles/doi:10.1038/546593a) Monitoring ist super wichtig! Umsetzung der Fridays for Future Forderungen auf Landesebene soweit möglich und Einsetzen dafür auf Bundesebene. (Duplikate: 6)</p>
QS_N31	Verzicht einbringen in die Klimapolitik (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Hallo, eben stellt die Umweltministerin das CO2-Preisgesetz vor. Ist mal ein Anfang aber ein Nasenwässerle. Wo ist der CO2-Ausstoß der Braunkohle, der Batteriefertigung, der Seeschifffahrt mit dem Schweröl, der Landwirtschaft mit CO2 und Methan, des Kerosins der Luftfahrt berücksichtigt im Gesetz? Durch die Preiserhöhung dank des Gesetzes und Rückentlastung der Bürger wird sich nicht viel ändern.</p>

Preiserhöhungen im Energiesektor hatte wir schon immer, einmal durch die Produzenten, durch Steuererhöhungen und durch ÖKO-Steuer. Damit haben sich die gesamten Energieprodukte verteuert. Der Rohölpreis, z.B. stieg von 7\$/Barrel in den 70ern über 35 \$/Barrel in den 80ern auf 105 \$/Barrel 2914 und ist jetzt bei ca. 70 \$/Barrel. Der Verbrauch an Treibstoffen ist hoch wie nie ungeachtet des Preises. Ich konnte mal Benzin für 0,50 D-Mark/l kaufen und heute wird gleichviel und noch mehr gefahren!!

Also, was hat die Preiserhöhung gebracht? Wir haben die letzten 100 Jahre auf Kosten der Umwelt/Natur und der armen Teile der Weltbevölkerung gelebt, das Konto bei der Natur/Umwelt ist heillos überzogen, jetzt heißt's zurückzahlen. Natürlich ist z.B. ein Gaskraftwerk unwirtschaftlich, weil bei den anderen, weil bei allen unseren Aktivitäten der Preis, den die Umwelt von uns verlangen wird, nicht eingepreist ist.

Die Politik muss Verzicht propagieren, ja einfordern! Werden die Menschen auf Flüge für 25 € verzichten? Werden die Menschen verzichten auf den bequemen Einkauf und die Rücksendung im Internet? Verzichten die Menschen auf immer mehr energieintensive Zusatzgimmicks im Auto oder gar auf das SUV? Verzichten die Menschen auf immer mehr Internet der Dinge? Die gesamten Internetaktivitäten brauchen so viel Strom, dass der dazugehörige CO2-Ausstoß dem des gesamten Weltflugverkehrs entspricht. Ich würde Kohlekraftwerke abschalten, sofort, Gaskraftwerke hochfahren, Photovoltaik, Windenergie fördern und auf Teufel komm raus Stromspeicher bauen, Batteriehäuser, Elektrolyseure, Speicherkraftwerke für die "Dunkelflaute". Da muss für eine Übergangszeit auch mal Strom rationiert werden, Strom z.B. gibt's dann halt nur alle zwei Tage. Wegen Knappheit und wegen des Preises hatten wir Anfang der 70er eine "Energiekrise" mit Sonntagsfahrverbot, die 100km/h-Grenze auf Bundes- und Landstraßen wurde eingeführt. Wenn man den heutigen Ölpreis nimmt, war wohl der Preisanlass für ein Sonntagsfahrverbot damals, läppisch. Warum nicht, bis die ÖKO-Energie fast, sagen wir mal, 70%ig vorhanden ist, auch mal ein Sonntagsfahrverbot einfordern, jeden Sonntag, einmal im Monat? Werden die Menschen darauf verzichten, sich jeden Sonntag in die Hitzestaus auf der Autobahn zu stellen? Es muss Verzicht propagiert und gefordert werden, z.B. an ungeraden Tagen werden nur die Motoren (überall, im Verkehr, auf dem Bau, in der Landwirtschaft, Seefahrt.....) mit einer ungeraden Zulassung betrieben und an geraden Tagen.....Ich glaube, jetzt, da auch bei uns, nicht nur in Afrika, Kalifornien, Indien....weit weg jedenfalls, in Deutschland, Europa die Hütte brennt, wird immer mehr Einsicht zum Verzicht aufkommen.

Liebes, geschätztes Ländle, bitte alle eigenen Möglichkeiten nutzen, um vorzupreschen, wir haben den grünen Landesvater, haben kompetente Industrien und Forschungseinrichtungen, die das mittragen können. Um Verzicht werben und ihn Stück für Stück, bis das Energieszenario auf ÖKO umgestellt ist, einfordern. Auf Bund, Europa und einen Teil des Rests der Welt ist kein Verlass.

Danke, dass Sie bis hierher gelesen haben.

QS_N32

**Verbindliche Ziele für Kommunen (und andere selbstverwaltete staatliche Akteure)
(Quelle: Onlinebeteiligung)**

Kleinteilige verbindliche Regelungen enthalten oft Schlupflöcher oder können aufgrund vielfältiger Zielkonflikte und unbestimmter Rechtsbegriffe leicht unterlaufen werden.

Stattdessen sollte den Kommunen in Bereichen, die für die Emission von Treibhausgasen und den Energieverbrauch relevant sind, verbindliche Zielvorgaben gemacht werden, an die dann Mittelzuweisungen gekoppelt sind. Auf diese Weise würde es sich nicht lohnen, nach Schlupflöchern zu suchen oder zu beklagen, dass man ja eh nichts machen kann, man ja so viele Interessen berücksichtigen muss, etc. pp., sondern es gäbe klare Anreize für klimafreundliche Regelungen.

Insbesondere denke ich hier an den Verkehrssektor. Hier sollten die Baulastträger für die auf ihren Straßen verursachten Emissionen von Treibhausgasen in die Verantwortung genommen werden.

QS_N33	Wirksame Öffentlichkeitsbeteiligung (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Gerade im Verkehrssektor sollte die Öffentlichkeitsbeteiligung ausgebaut werden, insbesondere bei Maßnahmen, die die Verkehrsmittel des Umweltverbands einschränken.</p> <p>Ein Beispiel: In Ulm wurde eine Unterführung unter der B10 erheblich verschmälert, um dort eine Fernwärmeleitung zu verlegen. Anscheinend erfordert das Straßengesetz nicht einmal eine förmliche Einziehung, solange die Straße noch irgendwie benutzbar bleibt.</p> <p>Was ich hier fordere: Verpflichtende Öffentlichkeitsbeteiligung, Bekanntmachung auch durch Aushang an den entsprechenden Straßen und Wegen. In anderen Ländern (zum Beispiel in Hong Kong oder Großbritannien) ist das offenbar schon lange üblich.</p> <p>Auch in anderen Sektoren sollten Maßnahmen frühzeitig öffentlich so angekündigt werden, dass die unmittelbar Betroffenen erreicht werden, und es sollte wirksame Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten geben.</p>

QS_N34	Allgemeine (übergreifende) Forderungen (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>ich möchte zwei Punkte ansprechen:</p> <p>1. Eine Idee für den BEREICH BILDUNG: Um Menschen positiv anzusprechen und für das Thema Klimaschutz zu interessieren, ist der Film "Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen" aus meiner Sicht sehr geeignet. Wie wäre es, wenn der Film in allen Schulen in Baden-Württemberg lief? Weitere Informationen unter: www.tomorrow-derfilm.de</p> <p>2. Grundsätzlich unterstütze ich die Forderungen von FFF und S4F. Hieraus leiten sich für mich die folgenden übergreifenden Forderungen für Baden-Württemberg ab, insbesondere die Umsetzung der Fridays for Future Forderungen auf Landesebene und soweit möglich der Einsatz hierfür auf Bundesebene.</p> <ul style="list-style-type: none">- Klimaneutralität bis 2035 unter Einhaltung des CO₂-Budgets für Baden-Württemberg- Einhalten der 1.5°C Grenze- Klimaschutz als wichtiges Kriterium bei öffentlichen Ausschreibungen- Einsatz B-Ws auf Bundesebene für eine CO₂-Bepreisung (180 EUR pro Tonne CO₂-Äquivalente)- Diskussion und Einsatz für eine Informationskampagne zu 2020 (https://www.nature.com/articles/doi:10.1038/546593a)

QS_N35	Reduktion des Fleisch- und Milchkonsums und bewerben der "Planetary Health Diet" beworben, die eine Integration von Klimaschutz und Gesundheit anstrebt. Förderung einer möglichst regionalen und saisonalen Ernährung (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Bildungsangebote in Hinblick auf nachhaltige Ernährung ("Planetary Health Diet", sorgsamer Umgang mit Lebensmitteln, ...) an öffentlichen Institutionen, wie z.B. Schulen und Universitäten.</p> <p>Werbung/ Kampagne für nachhaltige Ernährung, insbesondere die "Planetary Health Diet" Umstellung der landeseigenen Kantinen in Hinblick auf die "Planetary Health Diet",</p>

sowie ein Ausbau des Angebots an vegetarischen und veganen Angeboten.
Lebensmittelbezug aus möglichst regionaler, saisonaler und ökologischer Produktion

QS_N36

Silvester-Feuerwerke (Quelle: Onlinebeteiligung)

Silvester-Feuerwerk gehört aus mehreren (Klimaschutz-)Gründen ab sofort verboten:

- Die Luft wird verpestet, so dass es selbst am Morgen danach noch überall stinkt!!!
 - Die Tierwelt wird in Angst und Schrecken versetzt (= z.B. teure Hunde-Rettungsaktion wie letztes Jahr bei Mühlacker)
 - Der Silvester-Müll wird von den Verursachern MEISTENS NICHT aufgeräumt, sondern einfach liegen gelassen oder - habe ich auch schon beobachtet - zu einem Haufen zusammengetragen und auf der Straße - neben einer Hecke - als "Lagerfeuer" offen verbrannt!!! Die Brandstelle auf der Asphaltdecke ist noch immer deutlich sichtbar! Sowa ist dumm, klimaschädlich und brand-gefährlich ...! Und diese Aktion war keine von ein paar dümmlischen Jugendlichen, sondern von "ach so erwachsenen" Nachbarn durchgeführt worden!
- In Großstädten mag es einen Räumungsdienst geben, der den Silvester-Müll einsammelt, aber in kleineren Städten gibt's sowas nicht und somit bleibt der Müll einfach liegen nach dem Motto: "Tritt sich fest" oder "Sollen doch die Anderen (nämlich die, die nicht geschossen haben) aufräumen"!
- Die z.T. schweren Verletzungen durch Böller sowie Sachbeschädigungen (an Autos, Gebäuden ...) gäbe es nicht mehr! Man stelle sich das einmal vor ...!
 - Ich persönlich brauche gar kein Feuerwerk, aber als Kompromiss wäre mein Vorschlag: Ein kleines, feines Feuerwerk im Auftrag der jeweiligen Stadt und dafür KEINE privaten Feuerwerke mehr!

Andere Länder machen es uns schon lange vor, dass es auch so funktioniert!

Nur habe ich die Befürchtung, private Feuerwerke zu verbieten, was relativ einfach vorzunehmen wäre ohne großen Aufwand, dazu werden sich die hierfür Verantwortlichen nicht trauen, lieber sollen ALLE zur Kasse gebeten werden durch eine ungerechte, unsoziale CO2-Steuer, gell??? Schließlich verdient der Staat am Verkauf von Feuerwerkskörpern ordentlich mit ...!

GELD regiert die WELT, nicht der Klimaschutz!

Auch diese "Bürgerbeteiligung" erscheint mir nur eine reine "Luftnummer" zu sein und wird wahrscheinlich noch nicht einmal gelesen werden!

QS_N37

(Quelle: Onlinebeteiligung)

Ich finde es sehr sinnvoll, dass wieder darüber gesprochen und diskutiert wird, was Klimaschutz bedeutet und was gesetzlich gemacht werden muss bzw. kann.

Ich finde es jedoch sehr interessant, dass wir bereits Gesetze seit Jahren haben, die genau das vorschreiben bzw. die uns Richtlinien vorgeben.

Besonders wichtig finde ich deshalb, dass es bei all dem Gerede nicht nur darum geht, was getan werden müsste, sondern dass man es festlegt und man sich daran halten muss.

Gesetze sind schön und gut, aber wenn sich niemand daran hält, bringen Sie nichts.

Also Umsetzen statt nur Diskutieren!

QS_N38	Anreize für Vermeidung von oder Besteuerung von Flächenversiegelung (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>leider benötigen viele Menschen einen finanziellen Anreiz, um etwas für Natur- und Klimaschutz zu tun. Deswegen wäre es eine Überlegung wert, Grundstückseigentümer (privat und gewerblich) finanzielle Anreize zu schaffen, Grünflächen zu schaffen bzw. Flächen nicht zu versiegeln. Oder umgekehrt: wer es nicht tut, zahlt höhere (Grund-)Steuern.</p> <p>Ferner: Förderung von hellen Dächern (s. https://www.donnerwetter.de/wetter-spezial/helle-daecher-gegen-den-klimawandel_cid_12117.html). Vielleicht reicht auch schon eine entsprechende Informationspolitik, oder eben Förderung</p>
QS_N39	Klimaschutz (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Wie sieht es mit dem den Mikrowellen von 3G - 4G - und insbesondere 5G aus, die die Atmosphäre massiv erwärmen?</p>
QS_N40	Handwerk stärken- sonst ist die Energiewende ausgebremst (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Handwerker müssen besser bezahlt werden (in allen Bereichen wo das Land/die Regierung Einfluss hat darauf einwirken) und mehr Ausbildungsplätze angeboten (sowie stärker Beworben) werden. Ansonsten wird der Handwerkermangel die Energiewende ausbremsen.</p>
QS_N41	Treibhausgase müssen kosten! (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Das Land Baden-Württemberg muss sich für eine Besteuerung sämtlicher Treibhausgase von mindestens 180 Euro pro Tonne bis 2030 einsetzen. Die dadurch eingenommenen Gelder sollen für den Umweltschutz eingesetzt werden!</p>
QS_N42	Kein 5G!!!!!! (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Die geplante neue Mobilfunktechnologie 5G verbraucht - ganz abgesehen davon, dass sie und Mobilfunk allgemein massiv unsere Gesundheit gefährden bzw. zerstören (siehe z.B. www.diagnose-funk.org und andere unabhängig forschende Studien dazu) - Unmengen an Strom/Energie und heizen die Atmosphäre auf (schon jetzt stehen große Server in Norwegen, weil es da kühler ist). Das passt überhaupt nicht mit Klimaschutz zusammen!!!</p>
QS_N43	One more day for future (Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Das Land Baden-Württemberg soll an den (weiterführenden) Schulen in Baden-Württemberg auf Wunsch der jeweiligen SMV einen Klima-Tag durchführen müssen. Der Klimaschutz ist durch Bewegungen wie Fridays for Future zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das geleistete Engagement der SchülerInnen muss</p>

nun auch ernst genommen werden. Auf Beschluss der SMV soll pro Schuljahr ein Klimaschutztag durchgeführt werden, an dem Lehrer*innen mit Schulklassen praktische Projekte, welche sich mit dem Lehrplan verbinden lassen können, durchführen. Der Tag soll ein freiwilliges Angebot für die SchülerInnen sein sich praktisch und außerhalb des Klassenzimmers mit dem Klimaschutz auseinanderzusetzen und eine Möglichkeit bieten auch langfristige Projekte anzustoßen. Praktische Umsetzungen sollen in Absprache mit den SchülerInnen ausgestaltet werden. Beispiele könnten Aufforstungsprojekte, Projekte zum CO² Fußabdruck, aber auch awareness Kampagnen sein. Das Ziel ist Raum für das Thema Klimaschutz und damit verbundene Aktionen zu schaffen, die sonst normalerweise nicht in den regulären Unterricht integriert werden.

QS_N44

Budget für Klimaschutz-Bildung (Quelle: Onlinebeteiligung)

Sicherung eines Budgets und Infrastruktur für Klimaschutz-Bildung. Dies kann von Bürgern in Anspruch genommen werden, wenn sie in ihrer Region eine Veranstaltung o.ä. initiieren möchten und Raum, Technik und personelle Unterstützung durch Vortragende etc. benötigen. Die intensive Kommunikation in diesem Bereich ist wirklich super und motivierend, aber kann und muss angesichts der Dringlichkeit sicher noch ausgebaut werden. Der Diskurs zum Klimaschutz sollte kontinuierlich weitergehen. Ideal wäre auch ein Ort ganz im Zentrum Stuttgarts, wo man regelmäßig sichtbare Open-Air-Diskurse - niedrigschwellig - über politische Themen veranstalten könnte und wo auch Schulen statt in der Schule über Politik - auch mit Politikern - reden könnten.

QS_N45

Suffizienz-Maßnahmen (Quelle: Onlinebeteiligung)

In allen Ihren beschriebenen Maßnahmen sollte der Fokus mindestens genauso stark auf Suffizienz wie auf Effizienz liegen. Auch der Bereich der reduzierten Produktion und des Konsums hat komplett in den Maßnahmen gefehlt. Weitere wichtige Maßnahmen, die es deshalb bräuchte:

- Einschränkung von Werbeflächen in öffentlichen Räumen
- Stärkung lokaler, biologischer, fairer Produkte
- Stärkung des Second-Hand-Marktes in BaWü
- Unterstützung von schon bestehenden NGOs zu diesen Themen
- Einbezug von Airlines in die Kosten des Betriebes von Flughäfen

QS_N46

(Quelle: Onlinebeteiligung)

Ab dem neuen Schuljahr muss Klimawandel/Klimaschutz im Bildungsplan integriert sein. Verpflichtende Kurse dazu müssen auch in weiterführenden Bildungsinstanzen (FH, Universität etc.) eingeführt werden. Bildung Nachhaltige Entwicklung ist die erste Leitperspektive im Bildungsplan und muss damit überfachlich behandelt werden. Was leider noch fehlt ist die Weiterbildung der Lehrer, dies muss sich bis 2020 geändert haben -> Verpflichtende Weiterbildung der Lehrer
(Duplikate: 6)

QS_N47	(Quelle: Onlinebeteiligung)
Regelmäßige Nachhaltigkeitsmessungen für alle Landesämter (Bspw. Gemeinwohl-Ökonomie Bilanz) (Duplikate: 6)	
QS_N48	(Quelle: Onlinebeteiligung)
Regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen im Hinblick auf Klimaschutz (Duplikate: 6)	
QS_N49	(Quelle: Onlinebeteiligung)
Jährliche Evaluierung aller klimarelevanten Maßnahmen. Die Evaluierung muss prüfen ob innerhalb der Möglichkeit des Landes Baden-Württemberg genug getan wird um das 1,5°C Ziel zu erreichen. (Duplikate: 6)	
QS_N50	Kommunikation Klimaschutz - Wissen für's Gewissen (der7.Sinn) (Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Maßnahmen, besonders wenn sie (scheinbare) Einschnitte für den Bürger bedeuten, müssen so früh wie möglich, möglichst niedrigschwellig und großflächig kommuniziert werden.</p> <p>Kommunikation, um wirklich Gehör zu finden, ist schwierig, kann man aber, wie man einst bei der Sendung "der 7.Sinn" sah, ganz gut schaffen. Es darf keine Aufklärung mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger, sondern muss eine mit Fakten und klaren Ansagen sein.</p> <p>Macht man "scheinbare" Einschnitte, die mit einem Verbot, mit Abgaben oder Auflagen einhergehen, transparent und weist die Gründe oder Gegenrechnung dafür aus, versteht man, dass es eventuell gar keine Einschnitte, sondern sinnvolle Maßnahmen sind. Und akzeptiert sie eher.</p> <p>Zum Beispiel höhere Steuern oder Stellflächenabgabe für "xxl-Autos" sind scheinbar ein Eingriff. Macht man klar, was diese Autos auf beiden Seiten ausweisen (Luxus und Schnelligkeit und passiver Unfallschutz auf der einen Seite und auf der anderen der Stellplatzverbrauch, die Hitzeentwicklung, mehr Abgase und die gravierenderen Unfallfolgen), versteht man die Argumente der Politiker.</p> <p>Kommunizieren kann man gut via Fernsehen - in den Dritten (alle Bundesländer müssen da halt mal an einem Strang ziehen) oder in den "Öffentlichen" - anstelle von "Börse vor acht" (diese Sendung brauchen 0,5% der Bevölkerung, der Rest hat mit Börse nichts am Hut) könnte eine Aufklärungs-Sendung der Ministerien kommen. Abwechselnd vielleicht mit dem Gesundheitsministerium usw.</p> <p>Kurz vor den 20.00Uhr-Nachrichten kommt ein 1-Minuten Trailer mit Klima-Themen, die sauber recherchiert und gut Dokument vermittelt werden.</p>	

WISSEN FÜR's G'WISSEN (so könnte, wie einst Der 7.Sinn, der Slogan heißen)

Bsp. Da zeigt man ein Wiesenstück mit Bäumen in der Größe eines Parkplatzes und zeigt mit einem Thermometer, wie hoch die Temperatur mitten im Feld ist. Dann zeigt man analog dazu einen Fußballplatz, einen leeren Parkplatz und dann einen vollen Parkplatz mit vielen großen (möglichst auch noch schwarzen) Autos und weist nach, wie sehr sich die Temperaturen (eventuell auch noch Luftfeuchtigkeit usw.) von Feld zu Feld verändern. (So eine Aufzeichnung hatte ich mal vor Jahren gesehen - die Autos waren am heißesten.)

Oder man misst vor einer Gabione die Temperatur und vor einer Hecke, oder misst den Schall vor einer gigantischen Hausfassade/Mauer ohne Grünzeug davor und dann vor einer mit Grünzeug - überall lassen sich Nachweise erbringen, was sich wie auswirkt, welche Schäden oder Vorteile durch Nicht- bzw. durch Maßnahmen entstehen.

Oder man rechnet vor, wieviel Energie/Ressource man für eine ausgiebige 38Grad-Dusche und wieviel man für ein Vollbad benötigt. (Wasser-, Gas- Stromverbrauch usw.) Bei solchen Beispielen kann man nebenbei auch noch aufführen, was es für Konsequenzen hat, wenn z.B. der Grundwasserspiegel sinkt, weil man zu viel Wasser der Natur entnimmt. Oder wieviel Windräder usw. erforderlich wären, um den Strom-Mehrverbrauch für das heiße Badewasser zu kompensieren.

Einfach mit einfachen Beispielen, niedrighschwellig für jeden verständlich, aber nicht zu banal gebotene Kommunikation nimmt man auf und man appelliert am Ende selbst an sein Gewissen. Dann nimmt man auch Einschnitte hin.

Wissen für's Gewissen - die Trailer könnten von (staatlichen) Filmakademien, von Hochschulen für Kommunikation usw. in Form von Wettbewerben günstig hergestellt werden. Mit dem Nebeneffekt, dass die Filmchen bezahlbar sind (Preisgeld), die Schüler/Studenten sich mit den Themen auseinandersetzen und dann auch noch als Multiplikatoren wirken und Einfluss auf andere (Familien, Freunde usw.) nehmen können.

Vor allem aber sollte, wenn man sich mal verrechnet hat oder sich eine Aussage aufgrund von neuen Fakten überholt hat, dazu stehen und dies auch kommunizieren. Das schafft Vertrauen - in die Informationen und in die Politik.

QS_N51 Vorschläge von Fridays for Future und BUND (Quelle: Onlinebeteiligung)

Ich schließe mich den Verbesserungsvorschlägen von Fridays for Future und dem BUND an.

QS_N52 Klimaschutzmanagement ausweiten und einführen (Quelle: Onlinebeteiligung)

Per Einwohnerschlüssel (z.B. 1 Stelle/5.000 EW) sollten Stellen für Klimaschutzmanagement in allen Kommunen eingeführt bzw. zur Pflicht werden. Um einen gesellschaftlichen Transfer zu gewährleisten, brauchen wir eine höhere Dichte von Klimaschutzaktivitäten.

QS_N53 Gründung Ministerium für Klima (Quelle: Onlinebeteiligung)

Klimaschutz ist ein so bedeutendes Thema, dass es ein extra Ministerium dafür benötigt. Um den

gesellschaftlichen Transfer in eine klimaneutrale Gesellschaft zu absolvieren muss das neue Klimaministerium grundsätzlich über den allen anderen Ministerien angeordnet werden. Natürlich darf Klimaschutz nicht zu Kosten von Sozialem oder anderem bevorzugt werden. Allerdings muss bei allen Dingen die klimaneutrale Ausführung im Vordergrund stehen. Wir haben keine Zeit mehr, dass z.B. eine Flüchtlingsproblematik dazu führt, dass Klimaschutz unter den Tisch fällt.

QS_N54 (Quelle: Onlinebeteiligung)

An unserer Schule wurden elektronische Tafeln eingeführt, die jedoch bei weitem nicht so begeistert aufgenommen wurden wie erwartet. Ich wollte vorschlagen, die Digitalisierung evtl. nur so weit zu treiben, wie es energieeffizient ist (im Falle von z.B. Tablets anstelle von Büchern kann dies ja durchaus der Fall sein), beziehungsweise wenn beispielsweise ein großer Teil der Schüler- und Lehrerschaft sich dafür ausgesprochen hat? Ich bin mir nicht sicher, ob das eine gute Maßnahme wäre, jedoch wollte ich Ihnen das rückmelden. Zudem vielen Dank für solch eine einfache Möglichkeit, politisch mitzumischen, ich finde, diese Website ist eine tolle Idee!

QS_N55 Forderungen von Fridays for Future und vom BUND umsetzen (Quelle: Onlinebeteiligung)

Ich bitte sie sehr die von Fridays for Future Baden-Württemberg und vom BUND vorgeschlagenen Forderungen und Maßnahmen umzusetzen.

QS_N56 (Quelle: Onlinebeteiligung)

Ich unterstütze die Vorschläge des BUND und Friday for Future Baden-Württemberg und würde mich sehr freuen, wenn diese berücksichtigt und umgesetzt werden.

QS_N57 Für eine Lebenswerte Zukunft; Wir müssen jetzt handeln, die Technik rettet uns nicht! (Quelle: Onlinebeteiligung)

Alle Maßnahmen, die das Land nicht selbst durchsetzen kann, sollen durch den Einsatz des Landes auf EU- und Bundesebene eingebracht werden (desto schneller und stärker subnationale Konzepte verfolgt werden, desto kostengünstiger werden die erforderlichen Maßnahmen ausfallen).

Sehr wichtig ist auch, dass die Investitionen für eine schnellere Energiewende stark erhöht werden. Als Beispiel sei hier der Verkehrssektor genannt, welcher in wenigen Jahren einen radikalen Wandel auf ÖPNV (der viel besser ausgebaut werden muss) und emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt werden muss. Die Folgekosten werden die Investitionen sonst um ein Vielfaches übersteigen.

Klimaneutral bis 2035 unter Einhaltung des CO₂-Budgets für Baden-Württemberg, Anfang 2019 waren das ca. 500 Mio. t CO₂.

Einhalten der 1.5°C Grenze

Bei öffentlichen Ausschreibungen muss Klimaschutz ein wichtiges Kriterium sein

Land führt für interne Kalkulationen bereits eine CO₂-Bepreisung ein und setzt sich auf Bundesebene für eine CO₂-Bepreisung ein (min 180€ pro 1 Tonne CO₂-Äquivalente --> z.B. wird Benzin damit ca. 40 ct pro Liter teurer). Wichtig ist das jetzt eine CO₂-Bepreisung von 180€ pro 1 Tonne eingeführt, sollte ein geringerer Betrag oder ein späterer Einführungszeitpunkt gewählt werde, dann würde der Betrag wesentlich höher ausfallen (2030 zum Beispiel ca. 1000 € pro Tonne CO₂).

QS_N58 (Quelle: Onlinebeteiligung)

Der BUND empfiehlt dringend, das Handlungsfeld Finanzen mit aufzunehmen. Die in diesem Feld notwendigen Maßnahmen umfassen eine schnelle Dekarbonisierung in allen Unternehmen und Fonds an denen das Land direkt, durch Fonds oder Tochtergesellschaften beteiligt ist und, wenn dies nicht möglich ist, ein Divestment. Laut Informationen von Anfang 2018 hat das Land fast 200 Millionen Euro in Kohle-, Gas-, und Ölfirmen angelegt. Hinzu kommen Beteiligungen an der EnBW – inkl. klimaschädlichster Braunkohlekraftwerksblöcke – und an verschiedenen Flughäfen.

QS_N59 (Quelle: Onlinebeteiligung)

Das lange angestrebte Ziel der Effizienz, also der Erzeugung einer Leistung durch weniger Einsatz, hat über Umwege oftmals zu höheren Energieverbräuchen geführt (Rebound-Effekt). Nur in Verbindung mit Suffizienz, also dem Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch, kann ein klimaverträglicher Lebensstil erreicht werden. In der politischen Kommunikation muss daher dieses Thema deutlich mehr Gewicht bekommen und im Handeln von Politik und Verwaltung zu einer wichtigen Leitidee bei Planungen und Entscheidungen werden.

QS_N60 (Quelle: Onlinebeteiligung)

Solange keine allgemeine Grundlage für eine CO₂-Bepreisung existiert oder von ihrer Höhe her nicht die echten Schadenswerte erreicht, müssen Land und Kommunen intern und bei Ausschreibungen eine CO₂-Bepreisung in Form von Schattenpreisen einführen und so in alle Entscheidungen gleichberechtigt mit einbeziehen.

QS_N61 (Quelle: Onlinebeteiligung)

Zur Sicherung dieser Flächen muss geprüft werden, inwieweit solarthermischen Freiflächenanlagen im Raumordnungsrecht integriert werden müssen. Bestehende Rechtsunsicherheiten für Genehmigungen im nicht durch Bebauungspläne überplanten Außenbereich müssen ausgeräumt werden.

QS_N62	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Auch für den Bau von Strom- und Wärmeleitungen und den entsprechenden Speichern werden nicht geringe Flächen beansprucht. Dieser Punkt ist mit aufzunehmen und so naturverträglich wie möglich umzusetzen.</p>
QS_N63	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Die Verwertung von Energiepflanzen zur Biogasproduktion mit anschließender Verstromung ist mittlerweile um den Faktor 50 ineffizienter als Photovoltaik (die bei ökologischer Gestaltung auch noch einen Mehrwert für die Biodiversität erzeugen kann) und macht auch unter Betrachtung von Netzstabilisierungskapazitäten keinen Sinn mehr. Hingegen wird die energetische Verwertung organischer Reststoffe weiterhin eine Rolle spielen. Die Landesregierung muss sich um eine Umwidmung der entsprechenden Flächen bemühen.</p>
QS_N64	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Es darf keine Netto-Neubeanspruchung von Flächen für Verkehrsträger stattfinden. Immer, wenn ein Verkehrsträger neue Flächen benötigt, müssen an anderer Stelle entsprechende Flächen wieder freigegeben und dauerhaft als Freiflächen gesichert werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang sind gleichermaßen die Wechselwirkungen zwischen Siedlungs- und Verkehrsplanung zu betrachten.</p>
QS_N65	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Ermöglichung kurzer Wege durch eine integrierte Siedlungsplanung („Stadt der kurzen Wege“) und Realisierung als Leitbild der Stadt- und Regionalentwicklung. Zu denken ist hierbei vor allem an eine Reduzierung der Ausweisung neuer Siedlungsgebiete auf der grünen Wiese durch eine Stärkung der Innenentwicklung der Städte und Gemeinden, der qualitativen – und an den Bedürfnissen des nichtmotorisierten Verkehrs angepassten – Aufwertung bestehender Siedlungsgebiete, der Förderung von Modellvorhaben zur „Stadt der kurzen Wege“ sowie der Konzentration von Siedlungsschwerpunkten an Standorten mit guter Anbindung an den ÖPNV, insbesondere dem Schienennahverkehr. Die Koordination zwischen Regionalplanung und kommunaler Bauleitplanung ist in allen Regionen weiter zu optimieren.</p>
QS_N66	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Der BUND regt die Einrichtung und Förderung von „Kompetenzzentren Stadtplanung“ auf Ebene der Regierungspräsidien oder der Regionalverbände an. Begründung: Viele vor allem kleinere Kommunen sind personell nicht in der Lage, eine vorausschauende strategische Siedlungsplanung zu betreiben. Diese sollen von den Kompetenzzentren beraten und befähigt werden, innovative städtebauliche Konzepte zur Innenentwicklung und Verkehrsvermeidung umzusetzen.</p>

QS_N67	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Verknüpfung von Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung: Zu denken ist hierbei an die weitere Förderung nachhaltiger kommunaler Mobilitätskonzepte und auto- und stellplatzreduzierter Siedlungskonzepte (Wohnen wie Arbeiten), die sorgfältige Prüfung der verkehrlichen Auswirkungen von Projekten und Gesetzgebungsverfahren des Landes sowie die engere Abstimmung zwischen den Trägern des Nahverkehrs und der Regional- und Bauleitplanung.</p>
QS_N68	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Große Teile des Klimaschutzes geschehen vor Ort in den Kommunen. Dort hängt das Thema oft an Einzelpersonen: Wenn es Klimaschutzmanager*innen gibt, die ein entsprechendes Standing in ihrer Kommune haben und entsprechend vernetzt sind, geht es vor Ort voran. Wenn es solche Positionen nicht gibt, wird Klimaschutz maximal nebenbei behandelt. Der BUND fordert deshalb, die weitere finanzielle Förderung von Klimaschutzmanager*innen zu prüfen und sich anderweitig Gedanken über eine Beseitigung des Vollzugsdefizits vor Ort zu machen.</p>
QS_N69	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Um sowohl bei Nahwärmenetzen als auch bei der energetischen Gebäudesanierung voranzukommen und die notwendigen Modernisierungsraten für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis Mitte des Jahrhunderts zu erreichen, ist Quartiersmanagement ein wichtiger Schlüssel. Ein Quartiersmanagement berät im Quartier zu Energiefragen (und auch zu Fragen, die allgemein die Entwicklung des Quartiers betreffen). Insbesondere größere Kommunen müssen dazu angehalten werden, Stellen für Quartiersmanagement zu schaffen und entsprechende Räumlichkeiten anzumieten. Hierfür muss die Landesregierung Mittel über Förderprogramme bereitstellen.</p>
QS_N70	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Bisher bezeichnet das EKK Flächenentwicklungen und steigende nutzungsbedingte Energieverbräuche als nur gering beeinflussbare Rahmenbedingungen. Im Sinne der Suffizienz ist es aber dringend notwendig, beide Faktoren zu deckeln. Hierfür ist es wichtig, das EKK mit Green IT und der eigentlichen Nutzung zu verknüpfen.</p>
QS_N71	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Außerdem ist es erforderlich, klare und höhere Photovoltaik-Ausbauziele für Landesimmobilien an das zuständige Finanzministerium zu formulieren und deren Umsetzung der Ziele ist jährlich transparent zu dokumentieren.</p>

QS_N72	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Aufgrund der Größe vieler kommunaler und Landesliegenschaften und deren häufige Einbindung in Bebauung eignen sich viele Bauten prinzipiell als Standorte für Energieversorgungszentren für Wärmenetze, die die nähere Umgebung mitversorgen können. Dies ist als Standard festzulegen.</p>
QS_N73	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Bei Ersatzbauvorhaben muss immer ein Neubau gegen eine Sanierung abgewogen werden. Bei Neubau und Sanierung muss eine hohe Priorität auf nachwachsenden Rohstoffen (z.B. heimisches, naturverträglich angebautes Holz), recycelten Stoffen (z.B. Recyclingbeton und auf der Vermeidung nicht-recyclingfähiger Stoffen liegen.</p>
QS_N74	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Bisher ist das große Feld der Chemieindustrie nicht thematisiert. Da hier immense Mengen Wasserstoff bzw. Kohlenwasserstoffe verbraucht werden, die, wenn sie nicht sortenrein im Sinne der Kreislaufwirtschaft recycelt werden, in der Regel irgendwann verbrannt werden, ist es wichtig, diese komplett durch Erneuerbaren Wasserstoff bzw. Erneuerbare Kohlenwasserstoffe zu ersetzen. Zur Erzeugung dieser Rohstoffe sind enorme Mengen Energie notwendig, die in den meisten Energiekonzepten noch nicht einkalkuliert sind. Der BUND schlägt vor, im Rahmen eines Forschungsprojekts unter verschiedenen Annahmen zur Entwicklung von Absatz und Recyclingquoten Bedarfe für Wasserstoff und Kohlenwasserstoff und die entsprechenden Strommengen zu ermitteln.</p>
QS_N75	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<ul style="list-style-type: none">- Bis 2025 flächendeckende Ausrüstung aller Haltestellen im ÖPNV und SPNV mit Fahrgastinformationen in Echtzeit.- Bis 2025 Ausrüstung aller Umsteigeknoten im öffentlichen Verkehr mit Anschlusssicherungssystemen.- Bis 2025 Ausrüstung aller Fahrzeuge mit Systemen, die eine verlässliche Information und Leitung der Reisenden auch im Störfall gewährleistet.
QS_N76	(Quelle: Onlinebeteiligung)
	<p>Im Strategiedialog Automobilindustrie spielt die ökologische Nachhaltigkeit eine untergeordnete Rolle und ist deshalb nicht geeignet, die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen. Analog zum Strategiedialog Automobilindustrie schlägt der BUND deshalb einen deutlich weitreichenderen Strategiedialog ökologisch nachhaltige Wirtschaft vor. Dieser muss als unverrückbare Rahmenbedingungen die Klimaschutzziele von Paris bekommen.</p>

QS_N77	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Da zur kompletten Dekarbonisierung Baden-Württembergs bisher keine Konzepte bestehen, sollte ein Forschungsprojekt dieses Themenfeld bearbeiten und so grundlegende Rahmenbedingungen schaffen, an denen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft orientieren können.</p>	

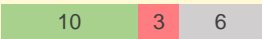
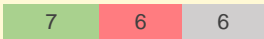
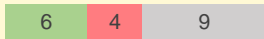
QS_N78	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von örtlichen Mobilitätszentralen (Information über und Buchung aller Angebote zur klimaverträglichen Mobilität) - Mobilitätserziehung in Schulen und Kindergärten; Befähigung des Lehrpersonals in der Ausbildung zu Fragen der Mobilitätswende. - Reform der Fahrlehrer*innenausbildung - Unterstützung von Kampagnen "Umweltfreundlich zur Schule / zum Kindergarten" 	



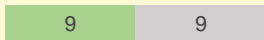
QS_N79	(Quelle: Bürgertisch)
<p>Differenzierte Parkgebühr (große Autos bezahlen mehr als kleine – je nach Platzbedarf)</p>	



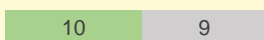
Bewertung durch Teilnehmende			
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

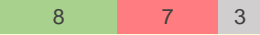


QS_N80	(Quelle: Bürgertisch)
<p>Maßnahmen gegen Überhitzung durch Fassaden oder Stellflächen, Gabionen</p>	



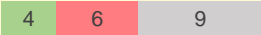
Bewertung durch Teilnehmende	
<i>Kommentare vor Ort</i>	
<ul style="list-style-type: none"> • Grüne Fassaden oder „grün“ vor Fassade, um Wärmeabstrahlung zu reduzieren (öffentliche Gebäude) • Landesbauordnung verpflichtend 	

<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N81	(Quelle: Bürgertisch)		
	Bürger beim/vor dem Kauf von Produkten über ökologische Folgen informieren (z.B. mit Label, ...)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N82	(Quelle: Bürgertisch)		
	Anreize für Reparaturen (gegen programmierte Obsoleszenz)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N83	(Quelle: Bürgertisch)		
	Radstellplätze auf den Straßen zu Lasten von Autostellplätzen schaffen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>




QS_N84	(Quelle: Bürgertisch)		
	Straßen sind keine Parkplätze (wer keinen eigenen Stellplatz hat, muss einen Ausgleich bezahlen)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Unter Berücksichtigung schon bezahlter Abgaben 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

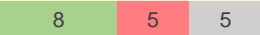

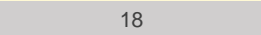
QS_N85	(Quelle: Bürgertisch)		
	Finanzielle Förderung von Bürgerbussen für schlecht angebundene Gemeinden (ggf. App)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

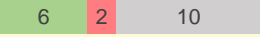

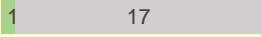
QS_N86	(Quelle: Bürgertisch)		
	CO2-abhängige KFZ-Steuer/Maut finanziert ÖPNV (Tagesmaut für Städte)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung



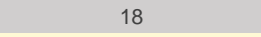
QS_N87	Nachhaltiges Bauen (Quelle: Bürgertisch)		
	Aufenthaltsqualität in Kommunen verbessern durch viel grün, Parkbänke, Platz durch weniger Autos in Kommunen; dabei Rollstuhlfahrer beachten.		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Land soll Rahmen schaffen 			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung


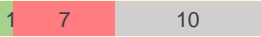

QS_N88	(Quelle: Bürgertisch)		
	Anreiz für flächensparsames Wohnen & Arbeiten setzen (Wohnungen und Industriegebäude)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Land soll Rahmen schaffen 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=19)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

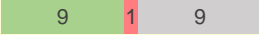

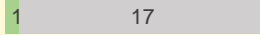
QS_N89	(Quelle: Verbändetisch)		
	CO ₂ - Schattenpreise für Landesverwaltung		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Auch die Verwaltung sollte mit dem Preis von 180€/t CO₂ rechnen, um zu sehen, wie sich Beschaffung etc. verschiebt 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

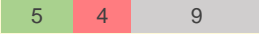

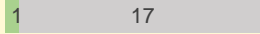
QS_N90	(Quelle: Verbändetisch)		
	Prüfung Verankerung Freiflächen-Solarthermie in Raumordnungsrecht		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Anlage muss näher am Wohngebäude sein dürfen, um Wärme gut nutzen zu können 			

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

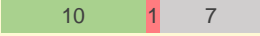

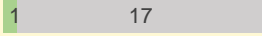
QS_N91	(Quelle: Verbändetisch)		
	Kompetenzzentrum Stadtplanung für kleinere Kommunen à strategische Entwicklung Energie, Verkehr, Wohnen, ...		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Oft wenig Kompetenz in kleinen Kommunen, sodass sie Unterstützung in Kernfragen und Planung brauchen • Kompetenzzentrum kommunaler Klimaschutz 			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N92	(Quelle: Verbändetisch)		
	Förderprogramm auto- und stellplatzreduzierende Siedlungskonzepte		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Kommentare vor Ort</i>			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N93	(Quelle: Verbändetisch)		
	Reduzierung der Arbeitskreise, Gremien etc., um mehr Übersichtlichkeit zu haben		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
•			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N94	(Quelle: Verbändetisch)		
	Landesimmobilien möglichst als Energieversorgungszentren für Wärmenetze		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N95	(Quelle: Verbändetisch)		
	PV-Parkplatzüberbauung von Parkplätzen des Landes, als auch 200 PV-Parkplätzeprogramm für Kommunen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

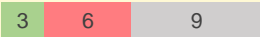


QS_N96	(Quelle: Verbändetisch)
	Keine Netto-Neubeanspruchung von Flächen für Verkehr

Bewertung durch Teilnehmende

Kommentare vor Ort

- Umverteilung von Fläche – wenn neuer Radweg gebaut wird, muss eine andere Straße weichen

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)

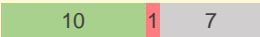

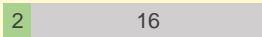
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

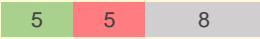


QS_N97	(Quelle: Verbändetisch)
	Firmenparkplätze mit PV überdachen -> Lademöglichkeiten für Mitarbeiter




Bewertung durch Teilnehmende

Kommentare vor Ort



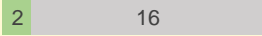
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)



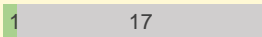
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N98	(Quelle: Verbändetisch)		
	Digitalisierung der Energiewende -> Unterstützung bei der Kommunikation des Smart Meter Roll-Outs		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Hier wird die Unterstützung der Landespolitik benötigt Green IT Effizienzmaßnahmen/Informationen für alle Bürger (Ausbau 5G Standard) Roll-out ist Aufgabe der Wirtschaft Keine Unterstützung notwendig 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N99	(Quelle: Verbändetisch)		
	Förderprogramm Quartiersmanagement Klima & Energie		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Die Energiewende vor Ort benötigt gezielte Beratung in allen Energiefragen. Gibt's schon: KtW 932 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N100	(Quelle: Verbändetisch)		
	Höhere PV-Ausbauziele Landesimmobilien (alle geeigneten Flächen)		
	Bewertung durch Teilnehmende		

<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Hier sollte das Land in eine Vorreiterrolle gehen 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N101	(Quelle: Verbändetisch)		
	Technologieoffenheit (Erzeugung, Wärme, Mobilität) gewährleisten, da es verschiedene Nutzergruppen gibt -> Akzeptanz!		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N102	(Quelle: Verbändetisch)		
	Klimaschutz für Kommunen „sexy“ machen! (Ausgleich, Ökopunkte, Zuschüsse, ...)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> In kleinen Gemeinden mit wenigen Angestellten ist das Thema Klimaschutz oft eine schwierige zusätzliche Aufgabe. Klimaschutz muss also attraktiv sein und nicht mit zu vielen Rechten und Pflichten verbunden sein. Klimaschutzpunkte analog/übergeordnet zu Ökopunkten Vorschläge bitte an KEA! 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N103	(Quelle: Verbändetisch)		
	Energieberatung nicht nur auf einkommensschwache Haushalte fokussieren, sondern generell für alle Haushalte, somit auch für Hausbesitzer		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N104	(Quelle: Verbändetisch)		
	Verzahnung der Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit/insbesondere geplanter Kommunikationskampagne zum IEKK mit bestehenden Aktivitäten von „Unser Land voller Energie“, z.B.: Orte voller Energie, Kampagne mit dem Handwerk. -> Öffentlichkeitsarbeit aus einem Guss		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Bestehendes evaluieren, verbessern und zusammenführen, anstatt neues zusätzliches hinzuzufügen. 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N105	(Quelle: Verbändetisch)		
	Einwirkung auf die Bundesregierung zur Rücknahme der Änderung des §18 Abs. 5 Stromnetzentgeldverordnung, damit Nach-EEG Anlagen im Verteilnetz weiterhin das entgangenen Stromnetzentgeld bekommen! Nur so ist ein Weiterbetrieb nach EEG möglich!		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Momentan Krise für Bestandsanlagen, da alte Anlagen nicht automatisch weiterlaufen können. • vNE sind eine zusätzliche Subvention, die von allen Netzkunden bezahlt werden -> abschaffen 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N106	(Quelle: Verbändetisch)		
	Flächen für EE mehrfach nutzen und Anreize dafür schaffen, um ausreichend EE-Strom oder Wärme zu erzeugen. -> Strom für E-Mobilität. Gute Beispiele skalieren (Bsp. PV auf Baggerseen)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

QS_N107	(Quelle: Verbändetisch)		
	Steuerliche Absetzbarkeit energetische Sanierungsmaßnahmen adressieren		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			

<ul style="list-style-type: none"> Sollte eine Abgabe und keine Steuer sein, da letztere nicht zweckgebunden ist. 			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N108	(Quelle: Verbändetisch)		
	Technologieoffenheit bei synthetischen Brennstoffen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
<ul style="list-style-type: none"> Power to X 			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N109	(Quelle: Verbändetisch)		
	Vorrang für Klimaschutz im kommunalen Verwaltungshandbuch		
	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
<ul style="list-style-type: none"> Maßnahme erstellt in Kleingruppe unter Verbändeheterogenität 			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

QS_N110	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Zielgruppenorientierte Kampagnen zur Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen und allgemeine Akzeptanz für allgemeine Maßnahmen, z.B. Schockbilder (ähnlich Zigaretten) (anschlussfähig)
	Bewertung durch Teilnehmende
	<i>Kommentare vor Ort</i>

QS_N111	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Klimaschutzkampagnen (Plakate etc.) in großem Ausmaß Ziel: Aktivierung und Mobilisierung Zielgruppenorientiert
	Bewertung durch Teilnehmende
	<i>Kommentare vor Ort</i>

QS_N112	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Kampagnen zur Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen (EE) + allgemeine Akzeptanz für allgemeine Maßnahmen
	Bewertung durch Teilnehmende
	<i>Kommentare vor Ort</i>

QS_N113	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Um Akzeptanz für verschärfte Gesetzgebung mit Inhalt Klimaschutz
	Bewertung durch Teilnehmende
	<i>Kommentare vor Ort</i>

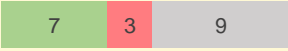
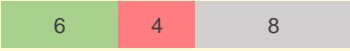
II. Bestehende Maßnahmenvorschläge

1. HANDLUNGSFELD: ENERGIEPREISE UND -KOSTEN

M143	Klimaschutzorientierte Neuordnung der Entgelte, Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie
<p>Marktwirtschaftliche Anreize für klimafreundlichen Energieverbrauch und Investition in klimafreundliche Technologien</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Einbringen und Diskussion von Vorschlägen zur Neuordnung und Einwirkung auf den Bund 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.1. S. 10 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A		In Zahlen		
Gesamtanzahl Kommentare: 91				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	12	27	2	50
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Wichtig, keine Frage; Gute Idee.; Zustimmung; Sehr gut. Sehr wichtig; Sozialverträglicher Vorschlag		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	3	3

B **Kommentarinhalte**

Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M143_001	Einfaches, verständliches System mit klar definierten Zeitstrahl für Planungs- und Investitionssicherheit. z.B. sukzessiver Anstieg der CO2-Bepreisung	n. a.	OB
M143_002	Als landesweit umsetzbarer Schritt sollten vom Land oder den Kommunen getroffene Entscheidungen stets einen Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne CO2-Äquivalent einkalkulieren.	n. a.	OB
M143_003	Sehr wichtig. Vor allem sollte alles durch Abgaben auf seinen "realen Preis" gebracht werden. Wenn etwas günstig ist, aber Spätfolgen verursacht (z.B. Ausstoß von CO2 bei Kohleverbrennung), sollte das eingepreist sein. Im Idealfall wird dadurch immer die klimafreundlichste Variante auch die wirtschaftlichste. Dem zugrunde liegt ein einfaches solidarisches Konzept über die Generationen hinweg - ansonsten zahlt später jemand anderes die Kosten.	n. a.	OB
M143_004	Perfekt! Auf Länderebene sollte dieses Ziel auch schon eigenständig verfolgt werden.	n. a.	OB
M143_005	Die Schaffung von Anreizen zum Einsatz erneuerbarer Energien ist sinnvoll. Wir müssen im Bereich der eingesetzten Energieträger parallel zu Effizienzmaßnahmen einen hohen Wechsel zu erneuerbaren Energieträgern schaffen, um die gesteckten Ziele zur Reduzierung der CO2 Emission zu schaffen.	n. a.	OB
M143_006	Steuergerechtigkeit von allen Verkehrsträgern! Deshalb denselben MwSt.-Satz auf Flüge wie auf Bahnverkehr und zusätzliche Ökosteuer auf Flugreisen. Abschaffung von Dienstwagenprivileg und Dieselsubventionen	n. a.	OB
M143_007	Flugverkehr und Schiffsverkehr: CO2 Besteuerung!!!	n. a.	OB
M143_008	Präzisierung des Instrumentes Einwirken auf den Bund und die EU eine Kohlenstoffsteuer einzuführen, die direkt beim Importeur oder Bergbauunternehmen erhoben wird. Diese muss sozialverträglich ausgestaltet sein, idealerweise zu 100% gleichmäßig je Kopf zurückerstattet werden.	n. a.	OB
M143_009	Die CO2 Emissionen müssen deutlich bepreist werden. Es soll deutlich werden, dass damit eine Lenkungsabsicht verbunden ist. Alle Möglichkeiten müssen genutzt werden, um dies kommunikativ gut zu vermitteln. Mit einer deutlichen Erhöhung der CO2-Bepreisung wird die Ankündigung verknüpft, dass dies erst ein Anfang ist und dass weitere Erhöhungen Jahr für Jahr vorgesehen sind. Auch diese Stufen sollten möglichst gleich benannt werden mit der Option, dass die Schritte evtl. auch erhöht werden müssen, auf keinen Fall aber gesenkt werden. Damit ist für alle Akteure ein erwartbarer Rahmen gesetzt, der die individuellen Handlungsentscheidungen offenlässt. Ein Teil der Einnahmen wird verwandt, um die Stromsteuern zu senken.	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Ansonsten werden die zusätzlichen Einnahmen an die Bürgerinnen pro Kopf zurückgegeben, zur sozialen Abfederung. Letztlich müssen die fossilen Energieträger so belastet werden, dass die Erneuerbaren eine bessere Chance haben sich am Markt zu behaupten.		
M143_010	Einführung einer CO2 Steuer z.B. nach ähnlichem Prinzip wie in der Schweiz oder in Norwegen	n. a.	OB
M143_011	Einführung einer an den realen Kosten orientierten CO2 Bepreisung für alle fossilen Brennstoffe und Schaffung eines sozial orientierten Ausgleichs (ähnlich dem Schweizer Modell) Wenn nicht bundesweit dann landesweit. Abschaltung von 1/4 aller Kohlekraftwerke und Förderung des Ausbaus von lokalen erneuerbaren Energiequellen. Aufsplitterung der ENBW zu kleinen lokalen Stadtwerken und Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energiegewinnung bei diesen.	n. a.	OB
M143_012	CO2 Steuer vergleichbar wie in der Schweiz	n. a.	OB
M143_013	Internalisierung externer Kosten und Abbau klimaschädlicher Subventionen (z.B. Kerosin).	n. a.	OB
M143_014	Voraussetzung ist, dass klimafreundliches Handeln wirtschaftlicher und lohnender ist, als klimaschädliches, sonst sind die Rahmenbedingungen eindeutig falsch.	n. a.	OB
M143_015	Immer mehr Verbände, Unternehmen und Branchen erkennen, dass eine adäquate Bepreisung von CO2, also die Müllgebühr für das Klimagas CO2 eine entscheidende Lenkungswirkung hat. Mit einem bei 50 €/t beginnenden und abhängig der Zielerreichung steigenden Wert können sich Bürger und Industrie langfristig orientieren. Eine Rückverteilung der Mehreinnahmen nach Schweizer Modell wird dabei empfohlen.	n. a.	OB
M143_016	Ich appelliere für einen wirksamen CO2-Preis. Zur Höhe des Preises kann folgender Link wertvolle Orientierung bieten: http://www.withouthotair.com/c29/page_224.shtml	n. a.	OB
M143_017	CO2-Besteuerung nach dem Vorbild der CH oder in S - reduzierte Steuer auf Diesel auf Benzin anpassen - Erhöhung der Förderung von PV-Anlagen auf Werte wie vor wenigen Jahren - Förderung von dezentralen Energie-Speichern - Förderung von Privathaushalten und Gemeinden, die ja größere Volumen anschaffen oder besteuern	n. a.	OB
M143_018	Aufstellung welche Preise, Steuern & Abgaben es heute auf jegliche Art Energie gibt – Monitoring der Entwicklung, wenn sich diese Werte durch M143 z.B. verändern. Darstellung der Ziele mit M143, welche Werte sollen, ausgehend von heutigem Stand der Werte, erreicht werden und bis wann. Warum die Ziele und wie dienen diese konkret dem Klima oder der Temperaturerhöhung z.B. 2030.	n. a.	OB
M143_019	Anreize sollten so hoch sein, dass der wirtschaftliche Profit unwichtiger wird.	n. a.	OB
M143_020	In diesem Zusammenhang die Subventionierung von Dieselmotoren und Kerosin beenden. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M143_021	EAutos in Kombi von PV Anlagen fördern Stromspitzen intelligent Speichern bzw. Nutzen, Abregelung von Wind und PV Anlagen verhindern, minimieren	n. a.	OB
M143_022	Unbedingt eine CO2 Bepreisung umsetzen und eine Subvention von CO2 erzeugenden (Ölheizung, etc.) Prozessen beenden. Ölheizungen sind in anderen Ländern bereits verboten!	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M143_023	CO2-Steuer bzw. CO2-Bepreisung Keine Steuer für Bahnfahrten und ÖPV Verbot inländischer Flüge Halbierung der Fluggastzahlen in kommenden 10 Jahren (statt angekündigter Verdopplung wie z.B. für Stuttgarter Flughafen) Citymaut für Städte Tempo max. 120 km/h auf Autobahnen, Tempo max. 35 km/h in Städten. Höhere Strafen bei Missachtung.	n. a.	OB
M143_024	CO2-Abgabe einführen, mit den Einnahmen ÖPNV für jedermann kostenlos gestalten.	n. a.	OB
M143_025	Ziel ist die gesellschaftliche Veränderung zum nachhaltigen Leben. Ein Ziel, das nicht jedem gefällt. Aller Konsum, der nicht nachhaltig ist und der Verbrauch von fossilen Energieträgern sollte mit Abgaben bzw. Steuern versehen werden. Dafür sind andere Steuern, z.B. Lebensmittelsteuer, Lohnsteuer, Umsatzsteuer entsprechend zu reduzieren. Die Gesamtsteuerlast darf uns soll nicht zunehmen. Wer nachhaltig und energiebewusst lebt, zahlt weniger Steuern. Diese Umstellung kann nur in kleinen Schritten erfolgen. Investitionen in den Klimaschutz sollten über 10 Jahre steuerlich abzuschreiben sein. Damit lassen sich dann Kredite finanzieren. Grundlebensmittel und ÖPNV sollten steuerfrei bzw. kostenlos angeboten werden. Lokale Lebensmittel sollen gegenüber Produkten mit langen Transportwegen Vorteil haben. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M143_026	Fossile Energien stärker besteuern, klimafreundliche weniger.	n. a.	OB
M143_027	Ja, sinnvolle Maßnahme. Jedoch ist dann eine Entlastung von Haushalten, Gewerbe, Handel und Industrie notwendig!	n. a.	OB
M143_028	CO2 Steuer	n. a.	OB
M143_029	CO2 Steuer, Einpreisung des Ressourcenverbrauchs/Treibhausemission auf den Verbraucher	n. a.	OB
M143_030	Konkrete Vorschläge fehlen, auf welche Ebenen, diese Diskussionen stattfinden und unter Beteiligung welcher Gruppen (auf jeden Fall müssen Bürger, Umweltverbände, Politiker, Wirtschaftsvertreter anwesend sein).	n. a.	OB
M143_031	Ökostromabgaben bei eigen produziertem und genutztem Strom abschaffen. Großverbraucher müssen auch Ökoabgaben bezahlen.	n. a.	OB
M143_032	Es gibt durchaus radikale Vorschläge: Aufhebung der Einkommensteuer und nur noch Besteuerung des Energieverbrauchs ist eine davon.	n. a.	OB
M143_033	Nach einer Festsetzung auf ein (evtl. relativ großzügiges) Maß an Stromverbrauch pro Kopf, sollte der unter diesem Stromverbrauch liegende Verbraucher durch einen besonders günstigen Strom belohnt werden, und der Verbraucher der über diesem Maß Strom konsumiert, sollte ab diesem Maß das doppelte pro KW bezahlen. Das würde zum Stromsparen motivieren. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M143_034	Um Klimaschutz zu individualisieren und im Alltag zu verankern muss beim Einzelnen ein Bewusstsein der Bedeutung und der Ziele und eine Motivation zum Erreichen derselben entstehen. Eine Verhaltensänderung wird am leichtesten durch einen Belohnungsanreiz ausgelöst und unterhalten. Weiterhin muss sich die Belohnung einer Verhaltensänderung für möglichst viele Alltagshandlungen im Ergebnis nachvollziehen lassen, sowie gerecht und vergleichbar sein. Wir sind von Kindesbeinen an den Umgang mit Währungen gewöhnt. Währungen haben den Vorteil der Darstellung eines Wertes, der Nachvollziehbarkeit bzw. Vergleichbarkeit,	n. a.	OB

	<p>sowie der Möglichkeit zu sammeln und zu handeln. Eine Bewertung von Klimaschutzmassnahmen kann daher grundsätzlich an eine (Alternativ-)Währung geknüpft sein. Im Fall des Zieles Klimaschutz ist es naheliegend, an den Emissionshandel mit der Währung „CO2-Zertifikat“ anzuknüpfen. Im Rahmen des „Personal Carbon Trading“ werden schon seit langem Emissionshandelskonzepte und Ideen verfolgt, mit denen Individuen eine Währung an die Hand bekommen, mit der klimabeeinflussendes Handeln abgebildet werden kann. Eine Umsetzung einer solchen Währung kann ein Lenkungsinstrument für belohnendes oder sanktionierendes Verhalten liefern. Jeder Bürger verfügt über eine individuelle Lebenszeit (Klima)Konto mit der Währung CO2-Emissionen. Dieses Konto kann von einer staatlichen Stelle (analog Sozialversicherungsnummer) oder von einer Landesbank (z.B. L-Bank) geführt werden. Konsum- und Investitionsartikel sowie Dienstleistungen werden nach ihrer CO2-Freisetzung oder ihrem CO2-Einsparpotential bemessen, somit werden Handlungen des täglichen Lebens ein CO2-Wert gegeben. Je nach Verhalten und Konsum werden CO2-Zertifikate gutgeschrieben oder abgezogen. Klimafreundliches Handeln steigert die Zertifikatmenge und damit den Kontowert, klimaschädigende Produkte und Dienstleistungen verringern ihn. Grundsätzlich können die Zertifikate bzw. die Währung für die Begleichung z. B. von kommunalen Dienstleitungen (Pass, Amtsgebühren, Grundsteuer, Wassergebühren) eingesetzt werden, aber auch Transportdienstleistungen wie der ÖPNV (sofern nicht kostenlos...) könnten damit „bezahlt“ werden. Je nach Steuerungsziel können regionale Lebensmittel, Einwegartikel, Kunststoffe und Kraftstoffe unterschiedlich bewertet und damit mit einem positiven oder negativen CO2-Wert belegt werden. Ähnlich der Einführung der D-Mark 1948 kann als Anreiz ein Grundbetrag gutgeschrieben werden. Der Vorteil gegenüber einer Steuer liegt u.a. in der individuellen und unmittelbaren Nachvollziehbarkeit von Konsumverhalten analog etablierter Kundenkarten wie „PayBack“ und „Deutschlandkarte“ sowie eines konkret für ein Produkt bemessenen „Klimawertes“.</p> <p>(Duplikate: 2)</p>		
<p>M143_035</p>	<p>In der Maßnahme sollte Farbe bekannt werden. Ein CO2-Preis von 20-25 Euro pro Tonne hat nach einhelliger Meinung aus der Wissenschaft keinerlei Lenkungswirkung. Auch noch ein CO2-Preis von 50 Euro wäre an der Tankstelle nicht wirklich spürbar (ca. 12 Eurocent pro Liter Benzin, bei einer durchschnittlichen jährlichen Laufleistung von 14.200 km pro PKW entstünden so jährliche Mehrkosten von 131 Euro pro PKW). Bei dem vom Umweltbundesamt berechneten Schaden von 180 Euro pro Tonne CO2-Äquivalent entstünden schon Mehrkosten von 473 Euro pro Durchschnitts-PKW. Ähnlich verhält es sich beim Thema Heizenergie: Ein CO2-Preis von 180 Euro pro Tonne führt zu durchschnittlichen Mehrkosten von 200 € pro Person und Jahr; bei 50 Euro liegen die Mehrkosten bei 55 Euro. In beiden privaten Bereichen, sowohl im Wohnen als auch im Verkehr scheint deshalb die direkte Lenkungswirkung eher gering und die Symbolwirkung ausschlaggebend. Im Bereich von Gewerbe und Industrie ist von deutlich höheren Beträgen auszugehen, weshalb es umso wichtiger ist, keine Ausnahmetatbestände zuzulassen. Auch ist wichtig, ein Konzept für einen sozialverträglichen Ausgleich von Anfang an mit zu kommunizieren.</p>	<p>n. a.</p>	<p>OB</p>

<p>M143_036</p>	<p>Zunächst einmal ist hierzu anzumerken, dass der Industriesektor sich durch die internationale Wettbewerbssituation stark hinsichtlich möglicher regionaler Eingriffe von den anderen Sektoren unterscheidet, so dass die vorgesehene Gleichbehandlung des Industriesektors bezogen auf mögliche „Preissignale“ mit den übrigen Sektoren nicht angemessen ist. Hier ist vielmehr eine „Sonderbehandlung“ im positiven Sinne essenziell. So müssten bei einer möglichen zusätzlichen CO₂-Bepreisung stets auch mögliche Produktionsverlagerungen in Regionen außerhalb der bepreisten Regionen („Carbon Leakage“) im Blick behalten und vermieden werden. In diesem Zusammenhang sind parallel auch notwendige Entlastungen beim für die Energiewende essentiellen Energieträger Strom vorzunehmen (u.a. EEG-Umlage, Stromsteuer). Dies ist gleichermaßen für das Gelingen der Energiewende wie auch für eine Entlastung der Industrie im internationalen Wettbewerb von hoher Bedeutung. Zielgröße in einem marktwirtschaftlichen System muss hier stets die CO₂-Menge und nicht der Preis sein, da der Preis eine Resultierende der Mengenvorgaben sein muss und nicht umgekehrt, sonst wäre es ein planwirtschaftliches System. So ist es aus Gründen der globalen Wettbewerbsfähigkeit ja gerade erstrebenswert, dass die vorgegebenen Ziele möglichst kostengünstig und nicht zwangsweise möglichst teuer erreicht werden. Ein europäischer Mindestpreis im EU-ETS würde das Ziel des Emissionshandels, Klimaschutz so kostengünstig wie möglich zu erreichen, unterlaufen. Ein nationaler Mindestpreis im EU-ETS würde zu Wettbewerbsverzerrungen sogar innerhalb Europas führen, was zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor Carbon Leakage notwendig macht. Ein Nebeneinander von Mengensystemen, wie dem EU-Emissionshandel, und Preissystemen, wie eine CO₂-Steuer oder ein Mindestpreis, würde zu Ineffizienzen auf jeder Ebene führen (global, europäisch, national). Dies würde die Ausrichtung auf eine kosteneffiziente Zielerreichung verhindern und sollte deshalb nicht weiterverfolgt werden. Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch insbesondere auf Folgendes: Die Industrieunternehmen nehmen am EU-Emissionshandel teil und müssen daher einen zunehmenden Teil ihrer CO₂-Zertifikate ersteigern. Zurzeit liegt der Zertifikatspreis an der Börse bei ca. 25 EUR. Der EU-Emissionshandel gibt eine sinkende Maximalmenge an Zertifikaten vor, die eingehalten werden muss. Die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen leisten also bereits einen nachweisbaren Beitrag zur Emissionsminderung. Von einer weiteren Belastung dieser Sektoren, z.B. durch die Einführung eines künstlichen CO₂-Mindestpreises, ist auch deswegen abzugehen. Ein Mindestpreis würde ausschließlich die Kosten für die Unternehmen hochtreiben – eine Auswirkung auf die Emissionsgesamtmenge hätte diese Maßnahme nicht, da diese innerhalb des Emissionshandels bereits festgelegt ist. Eine nationale Steuer nur auf Energieträger für Sektoren außerhalb des EU-ETS müsste in ihrer Steuerungswirkung und Ausgestaltung geprüft werden. Das Thema CO₂-Bepreisung für die nicht vom ETS betroffenen Bereiche wird aktuell auch auf Bundesebene diskutiert. Unklar ist, ob es sich letztendlich um eine Bepreisung auf europäischer oder nationaler Ebene handeln soll, oder ob es eine Abgabe, eine Steuer oder ein Mindestpreis sein soll. Es wird auch diskutiert, ob der ETS auf andere Bereiche, wie den Verkehrs- oder Wärmebereich, ausgeweitet werden soll. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang aus unserer Sicht, dass keine Erweiterung des</p>	<p>n. a.</p>	<p>OB</p>
-----------------	---	--------------	-----------

	<p>Emissionshandels auf andere Sektoren erfolgt. Ungeachtet der Frage, ob es europarechtlich zulässig wäre, nur den deutschen Verkehrssektor und /oder den deutschen Gebäudesektor in die EU-Emissionshandelsrichtlinie zu integrieren, wäre dies klimapolitisch nicht zielführend – auf nationaler und auf europäischer Ebene. Die Vermeidungskosten für Treibhausgase zwischen Industrie und Verkehr unterscheiden sich erheblich. Dies hätte zur Folge, dass etwa der Verkehrssektor seine Emissionen bei einer Integration in den EU-Emissionshandel gerade nicht mindern würde. Die Minderungen müssten von anderen ETS-Teilnehmern getragen werden, die geringere Vermeidungskosten haben. Dies würde für die ETS-Sektoren, die im internationalen Wettbewerb stehen, das Risiko der Produktionsverlagerung in Regionen außerhalb der EU („Carbon Leakage“) verschärfen. Solange die vorhandenen CarbonLeakage-Maßnahmen so unvollständig wie bisher sind, verschärft der Einbezug des Verkehrs diese Effekte. Dem Klima ist damit nicht geholfen. Vielmehr sollte ein globales System zur CO₂-Bepreisung präferiert werden, was europäischen oder nationalen Systemen vorzuziehen wäre. Nur ein einheitliches globales Bepreisungssystem schafft das aus Sicht der im globalen Wettbewerb stehenden Industrie notwendige Level-playing-field. Auf europäischer Ebene ist der EU-ETS zur Ermittlung eines CO₂-Preises einer immer politisch festgelegten Steuer insofern überlegen, weil er volkswirtschaftlich kosteneffizienter und treffsicherer ist. Eine EU-weite und eine nationale CO₂-Steuer erfordern effektive Maßnahmen zum Schutz vor Carbon-Leakage für die Industrie, die mit dem jetzigen EUETS vergleichbar sind. Diese müssen dann in der Regel als Beihilfe geprüft und genehmigt werden, was mit Unsicherheiten verbunden ist.</p>		
M143_037	<p>Um den Einsatz von Anlagen zur Stromerzeugung aus Erdgas anzureizen, setzt sich EnBW aktiv für die Einführung einer sektorübergreifenden CO₂-Bepreisung ein – insbesondere in Form eines CO₂-Mindestpreises im ETS, aber auch für die Einführung eines CO₂-Preises im Wärme- und Verkehrsbereich. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung könnten für die Senkung der Abgabenlast auf Strom verwendet werden, sodass z.B. die Wettbewerbsfähigkeit von klimafreundlichen Stromanwendungen oder von E-Autos/klimafreundlichen Kraftstoffen erhöht wird und Verbraucher gleichzeitig entlastet werden. EnBW hält im Gegensatz zum Vorschlag des Landes zur Einführung eines möglichst einheitlichen CO₂-Preissignals die Einführung sektorspezifischer Preise zumindest auf mittlere Sicht für sinnvoller und einfacher zu implementieren, ebenso die Festlegung eines Preispfades mit moderatem Einstieg.</p>		
M143_038	Intensivere Förderung der Sanierung von Privat-Gebäuden	1	BB
M143_039	Sparmöglichkeiten durch Energieeffizienz bewerben	1	BB
M143_040	Geldprämie für Innovationen und deren Einsatz	2	BB
M143_041	Umsetzen, und zwar schnell!	2	BB
M143_042	Anstelle von "positiven" Energieverbrauch zu belohnen, muss "negativer" Energieverbrauch sanktioniert werden (Steuern, Abgaben).	2	BB
M143_043	Reelle CO ₂ -Bepreisung	3	BB
M143_044	Ausgleich transparent machen	2	BB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	-> wie/wo fließt das Geld zurück		
M143_045	nationales Instrument nur als Abgabe, da Aufkommen zweckgebunden	3	VB
M143_046	Es darf nicht alles (Strom, Wärme, Mobilität) teurer werden, sondern Belohnungseffekte	4	VB
M143_047	Reduzierung von Ausnahmeregelungen -> EEG-Umlage-Industrie -> Netzentgelte -> Fairness	2	VB
M143_048	Anreize/erleichterte Abschreibung für Energieeffizienzmaßnahmen	0	VB
M143_049	Abschreibungsmöglichkeiten verbessern	1	VB
M143_050	Reale Umweltfolgekosten (185€/t) langfristig einpreisen	1	VB
M143_051	Schweizer Modell -> Energiescheck!	1	VB
M143_052	Ausnahmen (Industrie) minimieren => Akzeptanz	4	VB
M143_053	Notwendig, aber Mehrbelastungen und Wettbewerbsfähigkeit beachten	2	VB
M143_054	keine Befreiung der Wirtschaft von Entgelten und Strom, Abgaben => gerechte Verteilung der Kosten	1	VB
M143_055	Forderung: CO2-Steuer mit Rückführung/Ausgleich der Einnahmen für Klimaschutz	0	JB
M143_056	Auf Bundesebene Druck ausüben -> Aufkommensneutral	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M143_057	Die Industrieunternehmen nehmen am EU-Emissionshandel teil und müssen daher einen zunehmenden Teil ihrer CO2-Zertifikate ersteigern. Zurzeit liegt der Zertifikatspreis an der Börse bei ca. 25 EUR. Der EU-Emissionshandel gibt eine sinkende Maximalmenge an Zertifikaten vor, die eingehalten werden muss. Die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen leisten also bereits einen nachweisbaren Beitrag zur Emissionsminderung. Von einer weiteren Belastung dieser Sektoren, z.B. durch die Einführung eines künstlichen CO2-Mindestpreises, ist abzusehen. Ein Mindestpreis würde ausschließlich die Kosten für die Unternehmen hochtreiben – eine Auswirkung auf die Emissionsgesamtmenge hätte diese Maßnahme nicht, da diese innerhalb des Emissionshandels bereits festgelegt ist.	n. a.	OB
M143_058	Ich bin gegen CO2-Steuer und sehe sie als neue Abzocke, um andere Haushaltslöcher zu stopfen. Um das Klima nachhaltig weltweit zu senken, muss zuallererst die Weltbevölkerung gesenkt werden. Das gilt auch für Deutschland. Benötigen wir immer 82 Millionen? Weniger Menschen, weniger CO2-Ausstoß. Dass man die Überbevölkerung Afrikas in Deutschland "entsorgt", wird auch nicht klappen. Es zerstört nur den sozialen Frieden in Europa. Unsere armen Kinder, die sich mit dem, was die alten Männer uns heute einbrocken, ausbaden müssen. Aber wahrscheinlich ist das von den Grünen gewollt, dass wir im Winter frieren müssen, weil wir uns die Energie nicht mehr leisten können.	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M143_059	Diskutiert wird ja im Moment die CO2-Abgabe, also eine Abgabe auf Treibhausgasemissionen der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Das ist aber z.T. nur eine Verlagerung von bestehenden Steuern auf neue Abgaben und bekämpft nicht den Verursacher der Emissionen. Berücksichtigt sind auch nicht das massenhafte Herstellen von Kunststoffprodukten und der Verwertung. Sinnvoller aus meiner Sicht wäre eine Abgabe auf das Inverkehrbringen von Produkten aus fossilen Rohstoffen (Kraftstoffe, Gas, Verpackungen, Kunststoffe etc.). Denn alle diese Produkte werden irgendwann verbrannt (Kraftstoff, Heizöl, Gas, Müllverbrennung etc.) und dadurch in das klimaschädliche CO2 umgewandelt oder landen als Abfall in Müllhalden oder in der Natur. Jedweder Verbrauch von fossilen Rohstoffen sollte dadurch teurer werden. Der Anreiz, Energie zu sparen oder die Herstellung billiger Kunststoffe in Massen einzuschränken sollte steigen. Die Einnahmen könnten für alle klimafördernden Maßnahmen wie Forschung, Aufforstung von Wäldern, Klimakampagnen etc. verwendet werden.	n. a.	OB
M143_060	Keine Steuer als Instrument, da Verwendung nicht zweckgebunden	1	VB
M143_061	Keine EEG-Umlage auf Eigenverbrauch	5	VB
M143_062	Keine zusätzliche Belastung für Großverbraucher -> Wettbewerbsfähigkeit	4	VB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M143_063	Aktuell stehen junge Familien vor explodierenden Baukosten was ein Eigenheim sogar zu einem Luxusgut für überdurchschnittliche Einkommen macht. Viele junge Familien würden sehr gerne mehr ökologische Gesichtspunkte in der Planung berücksichtigt, was kostenseitig leider nicht erfüllbar ist. Die Förderung in DE ist geringer als die MwSt. Einnahmen für die jeweiligen Maßnahmen. Da ist aus meiner Sicht das Wort Förderung nicht angebracht. KfW Kredite sind aufgrund der kurzen Zinsbindung ebenfalls uninteressant. Solange der Klimawandel kostenseitig alleine auf dem Rücken der Privatpersonen ausgetragen wird werden wir keinen nachhaltigen Erfolg erzielen können und die Eigenheimquote wird ebenfalls sinken. Das war bisher ein großes Merkmal von Baden Württemberg, was uns zu einem starken Land gemacht hat. Es ist für mich eines der besten Mittel der Altersvorsorge! Wäre toll, wenn wir für junge Menschen Möglichkeiten schaffen, um Altersvorsorge und gleichzeitig auch einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.	n. a.	OB
M143_064	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M143_065	Die Gemeinwohl-Ökonomie (www.ecogood.org) schlägt ein Instrument zur Nachhaltigkeitsberichterstattung bzw. Bilanzierung von Unternehmen und anderen Organisationen vor. Ganzheitlich werden dabei soziale- ökologische und demokratische Kriterien berücksichtigt, die an eine angepasste Steuer geknüpft werden sollen.	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M143_066	Differenzieren zwischen privatem Haushalt + Gewerblichen Bereich z.B. Ölheizung	3	BB
M143_067	Eigenverantwortung stärken. Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen und Energie Einsparung!	2	BB
M143_068	Aufklärung über EEG Umlage. Warum so hoch? Warum nur für Privathaushalte?	0	VB
M143_069	§18 Abs 5 Straßennetz Verordnung diese Änderung macht demnach EEG Anlagen den Garaus und bereichert Stromkonzerne	1	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M143_070	Ein besonderes Anliegen für die Zementindustrie ist in dem Handlungsfeld „Energiepreise und -kosten“ die aktuelle Diskussion um die Novellierung der Europäischen Leitlinien zur Kompensation indirekter CO ₂ -Kosten im Strompreis. Bisher wurde die Zementindustrie bei dieser Kompensation nicht berücksichtigt, obwohl die Zementindustrie im Europäischen Vergleich eine der höchsten indirekten Kostenbelastungen in Bezug auf die Bruttowertschöpfung aufweist. Die Relevanz einer Kompensation vergrößert sich noch durch die zunehmenden CO ₂ -Minderungsaktivitäten der Zementindustrie, da diese zu einem vergrößerten Stromverbrauch beitragen. Bereits jetzt führt die zunehmende Klinkersubstitution zu steigenden Strombedarfen durch längere Mühlenlaufzeiten, die nur bedingt durch weitere Energieeffizienzmaßnahmen kompensiert werden können.	n. a.	OB
M143_071	Bewusstsein Stärken	2	BB
M143_072	Abgleich mit EU-richtlinien (& weltweiten) Regelungen	0	VB
M143_073	Berücksichtigung des internationalen Wettbewerbs der Industrie/Wirtschaft	1	VB
M143_074	Achtung: CO ₂ -Preis wirkt nicht im privaten Sektor!	1	VB
M143_075	Carbon Leakage verhindern!	1	VB
M143_076	Keine regionalen Standortnachteile schaffen!	0	VB
M143_077	Abstimmung mit EU-Recht	3	VB
M143_078	Umweltkosten! Korrekt einkalkulieren	0	VB
M143_079	Berücksichtigung der Vorleistungen der Wirtschaft	1	VB
M143_080	Dopplungen bezüglich ETS etc. vermeiden!	3	VB
M143_081	Vermeidung von Standortnachteilen (unter anderem in Grenzregionen)	3	VB
M143_082	Risiko der Überregulierung beachten	1	VB

M144	Informationsbereitstellung über die Entwicklung der Energiepreise
<p>Jährliches Monitoring der Energiepreise und Kostenanteile relevanter Energieträger</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Monitoring der Energiepreise für den Energiemarkt in Baden-Württemberg 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.1. S. 10 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen
---	------------------

Gesamtanzahl Kommentare: 25

	Bürgerbeteiligung	Verbändebeteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	0	4	0	21

Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)

	Anzahl	Auswahl
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	2	OK; Gute Idee;
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0	

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=19)	Verbändebeteiligung (n=18)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	1	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M144_001	Nicht nur Monitoring -- massives Erhöhen für fossile Energien wäre hilfreicher	n. a.	OB
M144_002	In der Bepreisung darf das (derzeit unbepreiste) emittierte CO2 nicht unerwähnt bleiben.	n. a.	OB
M144_003	Bessere Transparenz wäre vonnöten. Ebenfalls die ehrliche und lückenlose Berechnung samt Ressourcenverbrauch und ökologischen Fußabdruck bei den von der Wirtschaft favorisierten "Lösungen" (Bsp. E-Mobilität, Gaskraftwerke zur Stromerzeugung oder Windkraftanlagen in Schwachwindgebieten). (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M144_004	Wenn Monitoring mit Einflussnahme verbunden ist, könnte dieses Instrument sinnvoll sein.	n. a.	OB
M144_005	Die Veröffentlichung der Energiepreise wäre sinnvoll, ergänzt um CO2-Emission je kWh bzw. J	n. a.	OB
M144_006	Dies wird als flankierende, wenig prioritäre Maßnahme gesehen	n. a.	OB
M144_008	Auch das Monitoring der Wärmepreise und Kostenanteile relevanter Energieträger und vor allem der verwendeten Technologien und deren Größe ist relevant.	n. a.	OB
M144_009	Ja, und Energieertragsmonitoring aller WKAs im Land. Die Energieerzeugung ist ein Grundpfeiler der Gesellschaft, der nicht in privater Hand mit geheimen Ertragsdaten liegen darf. Für eine finanziellen Beteiligung der Menschen an der regenerativen Energieerzeugung muss es eine Datentransparenz geben. Es muss eine Ausbildung der Gesellschaft stattfinden, dass WKAs in windschwachen Gebieten von BaWü wirtschaftlich häufig nicht lukrativ sind, aber ökologisch durchaus mit Ihrer Stromproduktion von 1800 Volllaststunden zum Erfolg der Klimawende und zur dezentralen Energieerzeugung beitragen. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M144_010	Ein Monitoring als Überwachungsinstrument der Marktverteilung ist sinnvoll, sofern hieraus die notwendigen Schlüsse und Anpassungen im Bereich der Energiepreise erfolgen. Eine vollständige Marktregulierung von politischer Seite ist aus meiner Sicht kritisch zu sehen. Trotz notwendiger Einhaltung der CO2 Ziele ist eine freie Marktwirtschaft sehr wichtig.	n. a.	OB
M144_011	- Aufstellung welche Preise, Steuern & Abgaben es heute auf jegliche Art Energie gibt - Monitoring der Entwicklung, wenn sich diese Werte durch M143 z.B. verändern - Darstellung der Ziele mit M143, welche Werte sollen, ausgehend von heutigem Stand der Werte, erreicht werden und bis wann. Warum die Ziele und wie dienen diese konkret dem Klima oder der Temperaturerhöhung bis z.B. 2030	n. a.	OB
M144_012	Das bisherige Monitoring halte ich für ausreichend. Die Kostenanteile - auch von externen Umwelt-/Klimakosten wäre interessant	n. a.	OB
M144_013	Nationale Lösung guter Weg EU-Lösung (Zertifikate) ausheben	2	VB
M144_014	Nicht auf Durchschnittspreise beschränken	1	VB

<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M144_015	Keine Aufgabe des Umweltministers, der Energiemarkt ist nicht auf BW beschränkt, also eher eine Darstellung der Preise auf Bundes- oder Europaebene einfordern	n. a.	OB
M144_016	Es ist nicht ersichtlich, wie ein Energiepreismonitoring einen positiven Beitrag für Klimaschutz leisten soll.	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M144_017	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M144_018	ist alles verfügbar	n. a.	OB
M144_019	Kann man im Internet jederzeit abrufen	n. a.	OB
M144_020	Unterschiedliche Tarife anbieten, Nutzer orientiert	n. a.	OB
M144_021	Fortsetzung bestehendes Format + Stakeholder Dialog	0	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M144_022	Markt besser öffnen, Dezentralisierung der Energieversorgung	n. a.	OB
M144_023	Ergebnisse besser kommunizieren	0	VB

2. HANDLUNGSFELD: FLÄCHENNUTZUNG IM RAHMEN DER ENERGIE- UND VERKEHRSWENDE

M145	Flächenbereitstellung für Energieressourcen
<p>Um die in Baden-Württemberg verfügbaren Energieressourcen stärker nutzen zu können, müssen die dafür erforderlichen Flächen bereitgestellt werden. Dort wo es konfliktfrei möglich ist, soll die Energieerzeugung ohne zusätzlichen Flächenbedarf umgesetzt werden, z. B. in Form von Solarenergie an und auf Gebäuden oder als Lärmschutz entlang von Straßen und Schienen. Dies allein wird jedoch nicht ausreichen, um im erforderlichen Umfang die von unserer Wirtschaft und Haushalten benötigte Energie zu erzeugen. Das Land setzt daher auch auf den weiteren Ausbau der Wind- und Sonnenenergie in der Fläche.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung von Strategien für die notwendige Flächenbereitstellung zum Ausbau erneuerbarer Energien <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.2. S. 10 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 54				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	19	0	35
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	2	Sehr relevant!; Ja, ist sicherlich sinnvoll.;		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="width: 45%; background-color: #90ee90; text-align: center;">11</div> <div style="width: 45%; background-color: #d3d3d3; text-align: center;">8</div> </div>		<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="width: 45%; background-color: #90ee90; text-align: center;">15</div> <div style="width: 45%; display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 10%; background-color: #ff7f7f; text-align: center;">1</div> <div style="width: 35%; background-color: #d3d3d3; text-align: center;">2</div> </div> </div>	
			/	

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M145_001	OK, aber wichtig sind dabei konkrete Handlungsschritte, die daraus konsequent abgeleitet werden. (Strategiepapier gibt es viele und dieses Thema ist zu wichtig, als dass es auf der Ablage landet.)	n. a.	OB
M145_002	Unbedingt unter Schonung der ökologischen Vielfalt, die neben all den vielfältigen ökologischen Bedeutungen auch zur CO2-Reduzierung Bedeutung hat.	n. a.	OB
M145_003	Um die Flächenbereitstellung verträglich für Kommunen und Bürger zu gestalten sollte hier klar geregelt werden wo und in welchem Maß Flächen genutzt werden. Die Bürger sind bei anstehenden Projekten frühzeitig einzubinden, um evtl. Widerstände rechtzeitig in die richtige Richtung zu bringen. Der Mehrwert der Nutzung von Flächen z.B. unter PV Anlagen zur Erlangung von Ökopunkten beispielsweise durch spezielle Pflanzungen oder Nutzung als Weidefläche sollte den Landwirten und Kommunen dargestellt werden, um hier die Vorteile aufzuzeigen. Ein landschaftsverträglicher Ausbau der Erneuerbaren Energien ist sinnvoll.	n. a.	OB
M145_004	BW soll sich dafür einsetzen, dass Solarthermie-Freiflächen nach §35 BauGB privilegiert sind. Verpflichtung zur Bereitstellung und zur Ertüchtigung großer Gebäudedächer für die Solarenergienutzung.	n. a.	OB
M145_005	Es gibt genügend betonierte, verbaute Flächen, die nutzbar sind. Freiflächen außerhalb der Bebauung verbieten. Pflicht für alle Neubauten, Alle nutzbaren Flächen am Gebäude zu nutzen, notfalls an Fremdnutzer zu vermieten	n. a.	OB
M145_006	Volle Zustimmung! PV an Straßenböschungen unterliegen derzeit starken Restriktionen. Hier sollten die Vorschriften geändert werden.	n. a.	OB
M145_007	Die regionalen Grünzüge als generell für PV-Freiflächenanlagen erlauben!!	n. a.	OB
M145_008	Dies ist dringend erforderlich. Die Öffnung der gesamten Landwirtschaftlichen Fläche für PV-Freiflächenanlagen wäre sinnvoll. Ökologisches Plus in der Agrarlandschaft und könnte ohne Altlast zurückgebaut werden. Flächenausweisung für "Energieparks" Wind und Solarparks, ggf. noch weitere EE Anlagen wären sinnvoll, um auch EE-Großkraftwerke zu haben, z. B. für Versorgung Industrie und Ballungsräume. Flächen könnten im Regionalplan ausgewiesen werden.	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M145_009	Insbesondere für solarthermische Systeme werden Flächen in der Nähe der Siedlungsgebiete benötigt. Da die Flächen weiterhin als Weideland und als Bienenweiden genutzt werden können, stellt diese Nutzung u.U. sogar eine ökologische Aufwertung dar. Der Bereitstellung geeigneter Flächen auch für PV kommt demnach eine hohe Bedeutung zu	n. a.	OB
M145_010	Landschaft schonen, entlang von Autobahnen, Industrieansiedlungen PV Anlagen fördern, Parkplätze/Parkhäuser grundsätzlich per Gesetz mit PV Anlagen überdachen!	n. a.	OB
M145_011	In Betracht ziehen, mehr bereits versiegelte Flächen mit Photovoltaik zu "überdachen": Parkplätze (wodurch gleichzeitig Schatten gespendet wird), Autobahn, oder Solar-Radwege ausbauen.	n. a.	OB
M145_012	1. Schritt. Auf allen Dächern PVA 2. Schritt: PV und Solarthermie Freilandanlagen auf geeigneten Flächen und eine. Wärmewende mit Nahwärmekonzepten mit EE. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M145_013	Beginn mit allen öffentlichen Gebäuden. Hier haben wir mit Sporthallen und Rathäusern ein großes Potential.	n. a.	OB
M145_014	Falls notwendig, sollen Enteignungsverfahren vorbereitet und durchgeführt werden. Hierfür müssen in der zuständigen Dienststelle personelle Ressourcen aufgebaut werden.	n. a.	OB
M145_015	Verknüpfung mit der PR-Kampagne, um Eigentümern die Argumente zu liefern, damit sie ihre Flächen z.B. für solare Nahwärme bereitstellen.	n. a.	OB
M145_016	Aus meiner Sicht ist zusätzlich ein Auftrag an die Gemeinden notwendig, im Energieatlas und in Regionalplänen ausgewiesene Flächen für Wind- und Sonnenkraft zu beplanen, Investoren zu suchen und notfalls selbst zu bewirtschaften.	n. a.	OB
M145_017	- Wenn wir hier in unserer Gemeinde eine PV-Aktion machen wollen (z.B.), sollte das unterstützt werden, aber nicht die Förderung wie M143, sondern Beratung konkret, Marketing, Vergleichsrechnung warum, was das bringt, Gemeinschaft überzeugen, dass jeder was dazu beitragen kann, etc. Darstellung als Leuchtturmprojekte über Medien, Vorbild-Funktion zeigen - Flächen für Windkraft (nicht die Kleinwindkraft-Dinger) nicht reduzieren (s. Bayern-Regel etc.) sondern nochmals gezielt angehen, die Bürger der betroffenen Gegenden aber aufklären, und z.B. an den Maßnahmen beteiligen (günstiger Strom aus Windkraft für Anlieger für 10 Jahre, etc.	n. a.	OB
M145_018	Teilweise blockiert z.B. der Denkmalschutz die Installation von EE-Anlagen. Hier müssen Prioritäten klar formuliert und in entsprechende Verordnungen gebracht werden.	n. a.	OB
M145_019	Es müssen Lösungen gefunden werden wie es bei Freiflächen PV-Anlagen möglich ist die Flächen weiterhin landwirtschaftlich zu nutzen, um einen ökologischen und ökonomischen Doppelnutzen zu erreichen. Wie wäre es damit Geh- und Radwege zu überdachen und mit PV zu belegen, dies könnte ebenfalls einen doppelten Nutzen erreichen, wenn dadurch mehr Menschen auf das Auto verzichten	n. a.	OB
M145_020	Für große Autoparkplätze von Supermärkten, Discountern und an Autobahnen benutzt man üblicherweise wertvolle Bodenflächen. Ohne großen technischen und planerischen, allerdings mit hohen Kosten, lassen sich diese Parkplätze tiefer legen und zu Tiefgaragen umgestalten. Die Decken bzw. Flachdächer darüber können für	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Photovoltaikanlagen bereitgestellt werden. Landwirtschaftlich nutzbare Bodenflächen (auch Trockenwiesen) sollten in Zukunft nicht mehr für Photovoltaik genutzt werden dürfen. In Industrie- und Gewerbeparks gibt es genügend bestens für derartige Anlagen geeignete Flachdächer. Durch eine solche Umorientierung, die freilich gesetzlich angeordnet werden müsste, könnte man den allseits beklagten Flächenverbrauch eindämmen.		
M145_021	Informationskampagnen könnten die Unterstützung in der Bevölkerung erhöhen.	n. a.	OB
M145_022	Konflikte zwischen PV- und Landwirtschaft minimieren; Synergiemöglichkeiten entwickeln. Hierzu: http://www.agrophotovoltaik.de/ Eine bodenschonende Landwirtschaft braucht Maschinen mit geringem Bodendruck; die Digitalisierung / Automatisierung wird in der Landwirtschaft kommen. Z.B http://echord.eu/mars/ In der Kombination von PV vom Acker und elektrifizierter, autonomer Landtechnik steckt Potential!	n. a.	OB
M145_023	Wenn der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie in der Fläche stattfindet, sind unbedingt Naturschutzbelange von Anfang an (optimalerweise in Form landesweiter Rahmenplanungen) mitzudenken. Erneuerbare Energien benötigen zwar Flächen, doch werden diese dabei nicht (bzw. nur in sehr geringem Maße) versiegelt. Somit können Flächen auf jeden Strom durch Wind- oder Sonnenenergie erzeugt wird gleichzeitig auch anderweitig genutzt werden (Landwirtschaft unter den WEA oder Naturschutz unter Freiflächen-Solaranlagen). Dies sollte bei der Planung berücksichtigt werden. In Siedlungsnähe ist bei Bedarf an Wärmeenergie die Solarthermie der Photovoltaik vorzuziehen.	n. a.	OB
M145_024	Parkierung => PV Pflicht	2	VB
M145_025	Ausweitung Flächenkulisse PV-Freiflächen + große Solarthermie	4	VB
M145_026	Bereitstellung von Landesflächen zu nicht prohibitiven und den Standort unrentabel machenden Konditionen	0	VB
M145_027	Keine Denkverbote! Innovative Ansätze entwickeln	1	VB
M145_028	Senkung Artenschutz rechtlicher Hürden (Wind-& Wasserkraft)	4	VB
M145_029	Beispiele bestehender Flächennutzungen aufzeigen	1	VB
M145_030	Naturschutzbelange von Anfang an mitdenken -> FF-PV mit ökologischem Mehrwert	1	VB
M145_031	Mehr Ökopunkte für Umnutzung der Fläche mit Klimaschutzeffekt	2	VB
M145_032	Bündelung der Flächenbereitstellung auf der überörtlichen Ebene (Regionalplanung) -> Flächenausweisung abgestimmt & fernab lokaler Betroffenheit	4	VB
M145_033	Artenschutz naturnah bewerten!!	1	VB
M145_034	Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung!	3	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M145_035	Vorschlag: Erhöhung Abstandsregeln für Windkraftwerke auf mind. 1250 m, um die	n. a.	OB

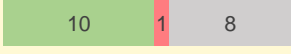
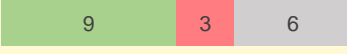
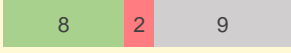

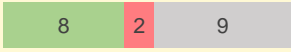
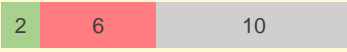
Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Bürger vor zu hoher Lärmbelastung zu schützen! Reduzierung von Windkraftwerken im Wald, um Natur und Naherholungszonen zu erhalten! (Duplikate: 1)		
M145_036	Es gibt auch noch andere Energieformen. Wasserkraft ist eine der saubersten Energiequellen. Es gibt schon Ansätze, die Reibungsenergie von Straßen zu nutzen. Biokraftwerke gibt es auch schon im Kleinen. Das Dumme bei Photovoltaik ist, dass sie nur entsteht, wenn die Sonne scheint. Und dann meist immer zu viel. Da man Energie noch nicht speichern kann, wird diese ans Ausland weitergeleitet. Dafür müssen wir noch zahlen. Und dann zahlen wir für die Einfuhr von Atomenergie in der Nacht.	n. a.	OB
M145_037	Keine Verpflichtungen für Nichtwohngebäude	3	VB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M145_038	Dringende Anpassung der gesetzlichen Regelungen, die die dezentrale Energieversorgung ermöglichen und somit Kleinanlagen fördern, die nicht derart massive Eingriffe in die Natur erfordern und geringere Hürden bezüglich Genehmigungen bewirken (z.B. kleine Windanlagen mit höchstens 10m Höhe, die tägliche Talwinde in bergigen Landschaften nutzen, kleine (auf dem Wasser) aufliegende Wasserkraftanlagen, die Fischbestände nicht stören, und weitere funktionsfähige Neuerungen, die zur Marktfähigkeit v.a. politische Protektion und (meist nur geringe) Zuschüsse benötigen) -> weg vom Diktat riesiger Lobbys! (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M145_039	Zusätzliche Flächen mit Wald (langsam wachsende Bäume) anpflanzen.	n. a.	OB
M145_040	Ich denke, dass der Energieatlas aus dem Themenbereich Energie das leisten soll, oder?	n. a.	OB
M145_041	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M145_042	"Strategie" missverständlich => Datensammlung + Konzept	3	VB
M145_043	Beschreibung bisher unpräzise -> Bewertung schwierig	1	VB
M145_044	Alternative: Klimapunkte	6	VB
M145_045	Oder anderer Benefit	1	VB
M145_046	Vorrang Solarthermie bei potentiellen Wärmenetzen	0	VB
M145_047	PV ist kein Flächenverbrauch - Weide - Bienen - Gründach	4	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M145_048	Hier sehe ich ein Interessenkonflikt mit Umweltverbänden, wie z.B. Nabu usw.	n. a.	OB
M145_049	Strategien sind gut und wichtig, aber wenn über jeden m ² gestritten wird helfen sie nichts	n. a.	OB
M145_050	Bei der Strategie die Umsetzung bedenken.	2	VB

M146	Verteilung der Flächennutzung Verkehr
<p>Auch beim Verkehr ist die Verteilung der Flächennutzung ein entscheidender Faktor: Die Entscheidung, wie viel Fläche den verschiedenen Verkehrsträgern zur Verfügung gestellt wird, beeinflusst maßgeblich deren Anteil am Gesamtverkehr. Dabei wurde in der Vergangenheit oftmals den klimafreundlichen Verkehrsträgern ÖPNV, Fahrrad und Zu-Fuß-Gehen („Umweltverbund“) nicht derselbe Stellenwert eingeräumt wie dem Kfz-Verkehr. Eine gleichwertigere Flächenaufteilung zwischen den Verkehrsträgern zielt darauf ab, Mobilitätsbedingungen zu verbessern und gleichzeitig das Klima zu schützen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Parkraumbewirtschaftung • Einrichtung von Busspuren • Flächen für Car-Sharing • Fahrradwege <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.2. S. 11 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 50				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändeebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	16	0	34
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	1	Gute Idee.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=19)	Verbändebeteiligung (n=18)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M146_001	... und Ausbau/Erweiterung der Schieneninfrastruktur. Mal ehrlich, auch in BaWü ist der Autobahnausbau, die neue Ortsumgehung, ... ein gewohntes Bild. Natürlich gibt es die konfliktträchtige S21-Baustelle mit ihrer meist akzeptierten Neubaustrecke nach Ulm. Aber der S-Bahn-Ausbau z.B. findet eher in homöopathischen Dosierungen statt. Der letzte größere Neubau in BaWü war die S60 bei der Stuttgarter S-Bahn. Ganz ehrlich: In unseren Köpfen ist irgendwie klar verankert: Es gibt seitdem wir leben mehr Straßeninfrastrukturausbau/- Neubau wie Schieneninfrastrukturnebau. Warum? Ist das änderbar? Ja, klar.	n. a.	OB
M146_002	Parken am Straßenrand verbieten -- dafür breitere Fußwege und schöne Radstreifen Bei mehrspurigen Straßen in Städten maximal eine Autospur pro Richtung erhalten -- die anderen in Radstreifen / Gehwege und anderes umwidmen Keinerlei Neubau oder Erweiterung von Autobahnen, Bundesstraßen, Umgehungsstraßen. Das Geld in ÖPNV stecken	n. a.	OB
M146_003	Gute Maßnahme, aber nicht unter der Vorgabe, ZUSÄTZLICH Flächen neben den bestehenden Verkehrswegen zu erschaffen. Ich würde denken, dass dadurch bereits zu viel Naturraum zerstört wurde (Fläche, Bodenverdichtung, Artenvielfalt, Vernetzung der Naturräume)	n. a.	OB
M146_004	Sehr gut! Ein Streichen von Parkplätzen und andersartige Nutzung wäre perfekt.	n. a.	OB
M146_005	Bevorzugung aller umweltfreundlichen Alternativen zum PKW-Individualverkehr, statt Gleichstellung.	n. a.	OB
M146_006	Weniger gleichwertige Aufteilung, sondern aktive Bevorzugung von ÖPNV, Fahrrad, etc....	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M146_007	Die Flächen sollen zwischen den Verkehrsträgern nicht gleichmäßig aufgeteilt werden. Stattdessen soll der klimafreundlichen Mobilität klarer Vorrang eingeräumt werden.	n. a.	OB
M146_008	In geschlossenen Ortschaften könnten diese Instrumente wirkungsvoll sein. Überlandstraßen, Autobahnen usw. erfordern auch immense Flächen - auch hier sollte unbedingt angesetzt werden.	n. a.	OB
M146_009	gut. Umwidmung statt Neubau. Fahrradrouten anstelle von Fahrradwegen. Fahrradwege parallel zu 4 spurigen Straße werden nicht gerne genutzt...	n. a.	OB
M146_010	Die Maßnahmen sollten sinnvollerweise in kommunalen Verkehrswegekonzepten zusammengefasst und aufeinander abgestimmt werden. Der Horizont solcher Konzepte sollte >10 Jahre sein mit 2-jährlichen Evaluationen hinsichtlich der Zielerreichung.	n. a.	OB
M146_011	Um Pendlern zu vermitteln, dass sie nur willkommen sind, wenn sie nicht "einzelmotorisiert" sind, befürworte sehr: - flächendeckende Parkraumbewirtschaftung, insbesondere in Wohngebieten in der Nähe von Gewerbegebieten, Handelsflächen und Haltestellen des ÖPNV - bei Straßen, die stadtein- /auswärts führen, Spuren, die gleichberechtigt von Bussen, FahrradfahrerInnen und "Mitfahrer-PKW's" (also mindestens zwei Insassen) genutzt werden dürfen -tatsächlich die Rückbildung von Kfz-Spuren zu mehr Raum für FahrradfahrerInnen - die Förderung von Mitfahrer-PKW's, Car-Sharing, Mitfahrer Apps	n. a.	OB
M146_012	Reduktion von Straßen und Parkraum, vor allem in Innenstädten, R&R am Stadtrand, Erweiterung ggf. des ÖPNV um zu zeigen, man ist damit schneller, näher in der Innenstadt (Alternative muss vorhanden sein sonst will das ja keiner) zu günstigen Bedingungen (aber je mehr das machen "müssen" desto besser die Auslastung und die Wirtschaftlichkeit) - Umwidmung zu Busspuren gut, gerne auch E-Autos, aber nur bis die E-Autos 30% Marktanteil in dieser Gemeinde haben - Fahrradwege aber nicht nur aufgemalt, sondern Spuren und Vorfahrtsregelungen zur sowie aus, als auch in der Innenstadt, Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten auf 30 um zu erreichen, dass Autos draußen bleiben, auch E-Autos (brauchen ja auch Platz) - dann besser car sharing, private car sharing als Übergang und vor allem Vernetzung der Möglichkeiten: also wie komme ich vom P&R am Rand zu meinem Ziel - Begrünung der Städte (reduziert die Temperatur, Luft wird besser), es werden mehr Cafés entstehen, Spielplätze, etc.	n. a.	OB
M146_013	Weniger auf Parkraum und Straßenbau für PKW's setzen, mehr in den Ausbau des Fahrradnetzwerks investieren.	n. a.	OB
M146_014	Ja bitte! Außerdem Experimentierräume schaffen, sodass für einen befristeten Zeitraum (1 Monat, 3 Monate, 1 Jahr) Autostraßen umgenutzt werden bzw. autofreie Zonen geschaffen werden, um autofreies Leben zu erproben. Ergebnisse dokumentieren, auch Langzeitauswirkungen (gibt es 3 Jahre nach dem Experiment noch dieselbe Anzahl an Autos pro Kopf?) Das dutch research institute for transition (https://drift.eur.nl/about/) hat darin sehr interessante Erfahrung.	n. a.	OB
M146_015	OpenSpace wenn möglich siehe Konzepte aus den Niederlanden Radwegkonzepte aus Dänemark für Baden-Württemberg prüfen und umsetzen	n. a.	OB
M146_016	Keine neuen Autostraßen! Stattdessen ÖPNV, Fahrrad(fern)straßen, etc. Eine echte Verkehrswende fördern und dabei auch das "Autoland" mutig umgestalten.	n. a.	OB


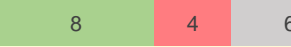
M146_017	Radwegenetzes ausbauen durch den Rückbau der autogerechten Stadt Ausbau von Fahrradparkplätzen Ausbau von fahrradfreundlichen Straßen	n. a.	OB
M146_018	Car Sharing Autos sollten auch auf Anwohnerparkplätzen kurzfristig (mit Parkscheibe) zu Be- und Entladen abgestellt werden können! Keine weitere Pflicht für Bereitstellung von Privatstellplätzen	n. a.	OB
M146_019	Einrichtung von Fahrradstraßen nach dänischem Vorbild. Damit man auch schnell durch Großstädte mit dem Fahrrad kommt. Ampelschaltungen für ÖPNV und Fahrräder prioritär machen.	n. a.	OB
M146_020	Fahrradschnellwege zwischen Städten für Fahrrad-Pendler ("Mit-dem-Rad-Zur-Arbeit-Fahrer").	n. a.	OB
M146_021	Eine Parkraumbewirtschaftung sollte für das gesamte Siedlungsgebiet in Baden-Württemberg eingeführt werden. Der öffentliche Straßenraum darf nicht als unentgeltlicher Parkraum missbraucht werden. Das Carsharing Gesetz räumt Kommen die Möglichkeit ein, Flächen gezielt für Carsharing auszuweisen. Dies kann zu einer deutlichen Attraktivierung von Carsharing führen, da Anbieter nicht teure private und unattraktiv gelegene Flächen anmieten müssen.	n. a.	OB
M146_022	Gute Idee. Wichtig dabei, mögliche keine weiteren Flächen versiegeln. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M146_023	Dieses Thema wird im Sachbereich Verkehr ja bereits mehrfach angeschnitten. Es wird keine Makulatur benötigt, sondern eine Verkehrswende. Individualverkehr muss teuer und unangenehm werden. Aus Pkw-Parkraum soll landschaftliche Parkfläche, Fahrradwege oder -Stellflächen entstehen.	n. a.	OB
M146_024	Die Zeit ist reif die Gesellschaft weg von der starken Nutzung des PKWs hin zu alternativem Individualverkehr zu bringen. Hier ist die Rolle der Kommunen in der Vorbildwirkung zu stärken. Wenn hier Fahrradabstellplätze, Carsharing Modelle etc. erstellt und durchgeführt werden wird der Bürger animiert ebenfalls in der Richtung zu gehen.	n. a.	OB
M146_025	Die Flächen für klimafreundliche Verkehrsalternativen sollten im Zweifelsfall nicht neu erschlossen, sondern andere Flächen umgewandelt werden. Nur so kann der fortschreitenden Oberflächenversiegelung Einhalt geboten werden, und die Attraktivität des Autos sinkt.	n. a.	OB
M146_026	Parkgebühren sollen transparent an die gesellschaftlichen Kosten von Parkplätzen angepasst werden. Für Radwege bitte ich ein Beteiligungsportal mit Kartenfunktion, in der Hinweise auf Gefahrenstellen für Radler, hinderliche Beschränkungen für Radverkehr (z.B. fehlende Freigabe Gegenrichtung in Einbahnstraße), Hindernisse im Routenverlauf und Vorschläge für neue Routen eingegeben werden können. Hierzu wäre die Kooperation mit Verbänden wie VCD und ADFC sicher hilfreich.	n. a.	OB
M146_027	Viele große Park- und Abstellplätze (auch für Flugzeuge an Flughäfen) lassen sich durch Tieferlegung umnutzen. Stuttgart 21 demonstriert derzeit wie die Umsetzung funktioniert. Darüber entstehen wertvolle Flächen, die vielseitig verwendbar sind.	n. a.	OB
M146_028	Öffentliche Kennzahl nach landesweit einheitlichen Kriterien ermitteln, damit der unterschiedliche Flächenverbrauch der Verkehrsträger sichtbar wird. Ein Auto braucht IMMER zehnmals mehr Platz auch wenn niemand drinsitzt, ein Fahrrad lässt sich eng packen Eine Bewirtschaftung ist nur für Großstädte sinnvoll umsetzbar meine ich	n. a.	OB
M146_029	Es ist nicht klar, wie die Flächenaufteilung bewertet wird. Das absolute Minimum wäre eine gleichmäßige Verteilung nach Personen (bzw. Personenkilometern), die	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

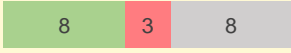
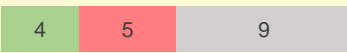


	einen Verkehrsträger nutzen. Hierdurch müssten aber im Sinne eines selbstregulierenden Systems immer Anpassungen vorgenommen werden.		
M146_030	Parkfläche blockiert öffentlichen Raum für höherwertige Nutzung	2	VB
M146_031	Park+Ride ausbauen, aber kostenlos	2	VB
M146_032	Entscheidungsmöglichkeit für Flächenverteilung rechtlich schaffen, aber Entscheidung "ob" und "wie" Kommunen übertragen.	1	VB
M146_033	Stärkung von "Teständerungen" der Flächen	2	VB
M146_034	Flächennutzung MIV reduzieren	6	VB
M146_035	Flächenbereitstellung für Ladeinfrastruktur	0	VB
M146_036	Massiver Ausbau von Kapazitäten bei Wasserstraße & Schiene notwendig (Transportwesen!)	0	VB
M146_037	Flächenentzug MIV muss einhergehen mit Alternativangeboten (P&R, Parkhäuser an Bahnhöfen)	0	VB
M146_038	Motorisiertem Individualverkehr Fläche zu entziehen kann helfen, aber dafür bedarf es vieler (& kostenloser) P+R Parkplätze	4	VB
M146_039	Flächennutzung für Lieferverkehr benötigt alternative Lieferkonzepte	0	VB
M146_040	Busspuren Parkraummanagement versus Stau, Erreichbarkeit für HW-Fahrzeuge	4	VB
M146_041	Sicherstellung von Flächen für Liefer- und Pendlerverkehr	3	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M146_042	ÖPNV-Verkehrsflächen nicht zu Lasten von notwendigen Pendlerflächen, solange keine verlässlicher/flächendeckender Alternativen	4	VB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M146_043	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M146_044	Vereinfachung baurechtlicher Genehmigung für Ladeinfrastruktur (genehmigungsfreie Verfahren als Teil des Straßenraums)	2	VB
M146_045	Flächenaufteilung unklar z.B. nach Benutzenden oder Personenkilometern	1	VB
M146_046	Fahrradwege, Busspuren & Co. -> Finanzierung?	4	VB
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M146_047	Wenn ich in einer Großstadt leben würde, hätte ich kein Auto. Das ist in der Provinz nicht so, wo die Infrastruktur schlecht ausgebaut ist. Ich selbst benutze innerhalb	n. a.	OB

	meiner Stadt sehr gerne das Fahrrad und lasse das Auto gerne stehen. Für die Umwelt und für meine Bewegung.		
--	---	--	--

M147	Stärkung kommunaler Planungsinstrumente
<p>Der Flächenbedarf der Erneuerbaren Energien vor allem bei der Stromerzeugung mit Windkraft und Fotovoltaik, aber auch für die Erzeugung von Wärme mit Solarthermie, muss wachstumsorientiert gedeckt werden. Priorität hat dabei die Nutzung von Dachflächen, die zukünftig verbindlicher geregelt werden könnte. Der verbleibende Bedarf an Freiflächen für den Ausbau der Windkraft und Solarenergie ist im Rahmen der jeweiligen Planungsebenen (Landes- und Regionalplanung sowie Flächennutzungs- und Bebauungsplanung) zu behandeln. Auch auf der kommunalen Ebene sollen Entscheidungsprozesse zur Begünstigung einer klimafreundlichen Flächennutzung gestärkt werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbindliche Einführung kommunaler Wärmeplanung in größeren Kommunen • Stärkung der Kommunen durch neue Planungsinstrumente im Bereich Verkehr <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.2. S. 11 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 34				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändeбeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlineбeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	9	0	25
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	3	Gut; Gute Idee; Ja, unbedingt!		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerбeteiligung (n=18)</i>		<i>Verbändeбeteiligung (n=19)</i>	<i>Jugendбeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	3	/

B **Kommentarinhalt**

Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M147_001	Neben der kommunalen Wärmeplanung sollte auch das Thema Innenverdichtung eine große Rolle spielen: - Reduktion Flächenverbrauch - Nutzung vorhandener Infrastruktur (Straßen, Ver-/Entsorgungsleitungen) - gesetzliche Regelungen für Kaufverpflichtung oder Steuer für Leerstand (> 1 Jahr) sofern Bedarf an Wohnung vorhanden	n. a.	OB
M147_002	Die Kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiges Instrument, um den notwendigen Energieträgerwechsel in der Beheizungsstruktur der Wohngebäude voran zu bringen. Hier ist beispielsweise ein Folgeprojekt Wärmenetze sinnvoll, um Kommunen und Bürger weiter zu sensibilisieren.	n. a.	OB
M147_003	Kommunale Wärmeplanung soll so eingeführt werden, dass konkrete Umsetzungsmaßnahmen nicht verzögert oder aufgeschoben werden.	n. a.	OB
M147_004	Absolut sinnvoll und zu begrüßen. Klimaschutz muss bei Planungsprozessen einen höheren Stellenwert erhalten als bislang.	n. a.	OB
M147_005	Wärmeplanung für alle Kommunen muss das Ziel sein	n. a.	OB
M147_006	Die Genehmigung von Parkierungsflächen kann beispielsweise an die Auflage gekoppelt werden, die Fläche zur Stromerzeugung mit Hilfe von PV zu nutzen. Hier bestehen auch innerorts erhebliche Flächenreserven. Neubauvorhaben können ebenfalls mit der Auflage gekoppelt werden, eine Mindestmenge an erneuerbarem Strom auf dem Gebäude selbst zu erzeugen. Dies kann im ersten Schritt für Nichtwohngebäude gelten und dann auf den Bereich Wohnen ausgedehnt werden	n. a.	OB
M147_007	ja, beides - vergleichbare Punkt bei Themenbereich Energie: eine Gemeinde muss aufstellen was sie heute verbraucht an Energie, Wärme. Welche Technik und Probleme vorhanden sind, welche wann wie bearbeitet, abgeschafft, ersetzt werden, Ziele-Werte bis 2030 und 2050. Laufende Kontrolle der Maßnahmen durch die Gemeinde + Meldung ans Land - Wettbewerb ausloben, wer in welchem Zeitraum viel erreicht, verschiedene Klassen berücksichtigen, also wer heute schon gut ist, sollte auch belohnt werden, wenn noch mehr geht, Werbung damit an die Gemeinden und die Bewohner	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M147_008	Energieleitplanung muss Bestandteil der Flächennutzungsplanung werden. Nur so kann eine effektive und nachhaltige Siedlungsentwicklung gewährleistet werden. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M147_009	Insbesondere im ländlichen Raum auf eine energetische Selbstversorgung/Plusenergie (Wärme, Strom, Mobilität) hinarbeiten und hier entsprechende Konzepte ausarbeiten und umsetzen.	n. a.	OB
M147_010	Ja, unbedingt mit Energiemanagern in jeder Kommune, die die Maßnahmen und deren Umsetzung monitoren und über Abweichungen die Kommunalverwaltung informieren und Korrekturmaßnahmen vorschlagen. Werden Abweichungen von den Vorgaben über Jahre hin ausgebaut, müssen auch finanzielle Strafen erfolgen. Das können ggf. Zuwendungen sein, die dann gestrichen werden. Es erfolgt also eine positive Belohnung durch finanzielle Zuwendungen, wenn Ziele eingehalten und erreicht werden. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M147_011	Einbezug und Befähigung der betroffenen Gemeinden auch Anlagen ablehnen zu können, die zu nahe an Wohngebieten liegen werden	n. a.	OB
M147_012	Es ist unklar, auf welches Wachstum sich der Flächenbedarf für Erneuerbare Energien ausgerichtet ist. Teilweise doppelt diese Maßnahme 145 und enthält Maßnahmen, die schon vom Kabinett abgesegnet wurden.	n. a.	OB
M147_013	Kommunale Entscheidungsprozesse informativ unterstützen	0	VB
M147_014	Keine zusätzliche Bürokratie bei Meldung der Daten!	4	VB
M147_015	Kein Anschlusszwang der Industrie/Wirtschaft	1	VB
M147_016	Keine Bevorzugung von Wärmenetzen bei verbindlicher kommunaler Wärmeplanung	0	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M147_017	"Stärkung" heißt häufig "Knebelung" ... Kein Zwang für Kommunen!	4	VB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M147_018	Verbindliche Einführung des Klimanotstands.	n. a.	OB
M147_019	Als Mietende haben wir in der derzeit von uns bewohnten Immobilie keine bzw. kaum Chancen, selbst eine Solaranlage auf das Dach zu bauen (Dachfläche würde gemietet werden). Bei den von uns vermieteten Immobilien entstehen finanzielle Streuverluste - wir haben es trotz einer fraglichen Rentabilität gemacht. Ein Konzept, dass Mietende Solaranlagen auf den von ihnen bewohnten Immobilien mieten, betreiben, leasen oder weiß der Geier was ist derzeit rechtlich und steuerrechtlich nur etwas für Liebhaber. Kommunen könnten hier als Mittler wirken und Dachflächen mieten und den gewonnenen Strom mit den Stadtwerken umsetzen. So wird das Risiko verteilt und Hausbesitzende haben einen Ansprechpartner, der Sicherheit vermittelt.	n. a.	OB
M147_020	Verbindliche Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes das eine kommunale Wärmeplanung, den Bereich Verkehr und den Bereich Energie- und	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Emissionen aus Industrie und Landwirtschaft abdeckt verbunden mit Zielen, Maßnahmen und Zeitplan ist notwendig.		
M147_021	Erdwärme aus dem Schatten holen, Nahwärmenetze gesetzlich vorschreiben	n. a.	OB
M147_022	Es müssen Lösungen gefunden werden wie es bei Freiflächen PV-Anlagen möglich ist die Flächen weiterhin landwirtschaftlich zu nutzen, um einen ökologischen und ökonomischen Doppelnutzen zu erreichen. Wie wäre es damit Geh- und Radwege zu überdachen und mit PV zu belegen, dies könnte ebenfalls einen doppelten Nutzen erreichen, wenn dadurch mehr Menschen auf das Auto verzichten	n. a.	OB
M147_023	Meine Kleinstadt schafft im Moment die Bushaltestellen ab. Der Bus hält auf der Fahrbahn und der Verkehr, der in den letzten 10 Jahren ziemlich zugenommen hat, gerät ins Stocken. Dasselbe gilt für viele Städte, durch die zum Beispiel eine Bundesstraße führt. Hier ist aus Lärmschutzgründen mittlerweile 30 km/h. Da muss ich im unteren Gangbereich fahren, der viel lauter ist und mehr Benzin verbraucht. Abgesehen davon kommt es zu Staus, Stopp- and Go-Verkehr. Je mehr ich bremsen muss, desto mehr Schadstoffe entlasse ich an die Umwelt. In manchen Städten muss man an jeder Ampel halten. Früher war es möglich, mit der zugelassenen Geschwindigkeit durchzufahren, was heute nicht mehr gewährleistet wird und durch Bremsen und Anfahren nicht zur Verringerung von klimaschädlichen Stoffen beiträgt.	n. a.	OB
M147_024	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M147_025	Frage der Umsetzbarkeit? -> "Expertise" & Kapazität in den Kommunen vorhanden? -> Maßnahmenumsetzung?	5	VB
M147_026	Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	5	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M147_027	Maßnahmen scheitern in der Regel an Risiko in privatrechtlichen Verträgen; nicht an fehlender "Potenzial-Übersicht"	2	VB

3. HANDLUNGSFELD: KLIMASCHUTZ IN DEN KOMMUNEN

M148	Stärkung des Klimaschutzes in den Kommunen
<p>Zukünftig sollen insbesondere die regionalen Energieagenturen noch besser genutzt und ausgebaut werden. Bei der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW) und der Klimaschutz und Energieagentur (KEA) soll über das – voraussichtlich ab September 2019 (vorbehaltlich der Förderzusage) – vom Bundesumweltministerium geförderte Projekt „Modellland Klimaschutz im Verkehr – DEteKTIV“ Beratungskompetenz für Klimaschutz im Verkehrssektor aufgebaut werden.</p> <p>Das Land unterstützt die Kommunen insbesondere mit den Maßnahmen, die im Rahmen des Klimaschutzpaktes mit den Kommunalen Landesverbänden vereinbart werden. Die Inhalte des Klimaschutzpaktes werden u.a. durch das Förderprogramm Klimaschutz Plus umgesetzt. (siehe auch Handlungsfeld 2.4.3 Energieeffiziente Kommunalverwaltung).</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Modellland Klimaschutz im Verkehr – DEteKTIV • Stärkung der regionalen Energieagenturen • Unterstützung der Kommunen beim Ziel, bis zum Jahr 2040 weitgehend klimaneutrale Kommunalverwaltungen zu organisieren <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.3. S. 12 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 26				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	2	24
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	Uneingeschränkte Zustimmung; Gut; Dem Projekt wird eine große Bedeutung beigemessen.; Unterstützung		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	1	0

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M148_001	Die Kommunalverwaltungen sollten das ehrgeizigere Ziel verfolgen, bereits bis 2030 klimaneutral zu werden.	n. a.	OB
M148_002	Die regionalen Energieagenturen nehmen in den Landkreisen eine wichtige Rolle als Infoquelle für Bürgerinnen und Bürger wie auch für kommunale Verwaltungen ein. Die Beratung ist hier neutral und zielorientiert. Die Stärkung und langfristige Sicherung des Bestands der Agenturen ist wichtig. Die Stellung in den Verwaltungen sowie politischen Gremien ist ebenfalls zu stärken, um das Thema Klimaschutz in der Breite zu vertreten.	n. a.	OB
M148_003	Gute Idee. Aber wieso erst 2040? Ziel sollte spätestens 2030 sein.	n. a.	OB
M148_004	Ja, auch unter Berücksichtigung der Wirtschaftsförderung	n. a.	OB
M148_005	Grundfinanzierung der rEA, kostenlose Bürgerberatung dort etablieren.	n. a.	OB
M148_006	Ja, gute Idee. Alle Kommunen sollen nach BICO2 ihren CO2-Fußabdruck bilanzieren. Dafür ist der kommunale Klimamanager notwendig. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M148_007	Stärkung der regionalen Energieagenturen: Vielleicht habe ich ja was verpasst, aber als Energieberater*in hat man keinen üppigen Verdienst. Das sollte sich ändern. Selbst die E13 im TVöD wäre im Vergleich zur Automobilindustrie selbst schon bei weitem nicht mehr lukrativ.	n. a.	OB
M148_008	Hier sollten die Maßnahmen ambitionierter werden. Kommunalverwaltungen sollten bis 2030 klimaneutral werden und als gutes Vorbild vorangehen.	n. a.	OB
M148_009	Nicht erst zum Jahr 2040. Das ist viel zu spät. 2025	n. a.	OB
M148_010	Verpflichtung der Kommunen zur CO2-Emissionsfreiheit für die in eigener Verantwortung verbrauchte Energie bis spätestens 2040. Dies ist notwendig, da die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet hat die Pariser Klimaziele zu erreichen,	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	muss das Land auch die Gemeinden dazu verpflichten, dieses Ziel zu unterstützen und zu erreichen.		
M148_011	Um wirksame Ergebnisse zu erzielen, sollten die Kommunen bereits vor 2040 klimaneutral sein und dementsprechende Unterstützung erhalten.	n. a.	OB
M148_012	Es müssen in den Kommunen Planstellen für Energie und Umwelt geschaffen werden, zwingend notwendig, wie z.B. Ein Hauptamtsleiter oder Kämmerer	n. a.	OB
M148_013	Eine klimaneutrale Verwaltung bis 2040 ist noch nicht einmal dann ein Ziel, dass eine Vorbildfunktion darstellen kann, wenn insgesamt die Klimaschutzziele des Landes angesetzt werden, da Sanierungs- und Investitionszyklen hierfür viel zu lang sind. Das Ziel für die klimaneutrale Verwaltung ist deutlich vorzuziehen (z.B. auf 2030).	n. a.	OB
M148_014	Aufklärungsarbeit / Bildungsoffensive für kleine und mittlere Kommunen	0	JB
M148_015	Unterstützung der Kommunen bei dem Ziel, bis zum Jahr 2035 komplett klimaneutrale Kommunalverwaltungen zu organisieren	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M148_016	Ich bin strikt gegen Fahrverbote, weil sie nicht zielführend sind und auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden. Wer kann sich schon ein Elektroauto leisten? Sie sind viel zu teuer, abgesehen davon, dass die Batterie sehr klimaschädlich ist und der Strom aus der Steckdose kommt.	n. a.	OB
M148_017	Erarbeitung Klimaschutzkonzept und Beschäftigung einer Klimaschutzmanagerin/eines Klimaschutzmanagers (bei kleinen Kommunen im Verbund) als Pflicht - klimagerechte Bauleitplanung/Festlegung zur Förderung von EE in Bauleitplanung als Pflicht	n. a.	OB
M148_018	- DEteKTIV - was ist das? - sind die Energieagenturen überhaupt bekannt und wären diese den Bedarfen aus den Gemeinden vom Personal und Kosten überhaupt gewachsen? - perfekt: wir bauen in Waldstetten ein neues Rathaus bis 2021: nach welchem Energiestandard muss gebaut werden + was darf das kosten bzw. wird gefördert wenn man sparsamer und energiesparender baut (was ggf. mehr kosten kann, kurzfristig) -> also ohne Ziel werden sich die Gemeinderäte verhalten wie sie sich halt immer verhalten: ein Heizungsbauer will Pellets, ein Landwirt will BHKW, ... und keiner spricht wie man das Ziel erreichen kann + die Architekten und Beratungen, die beim Bau unterstützen müssen das gezielt im Fokus haben müssen	n. a.	OB
M148_019	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M148_020	Anpassungen im Bebauungsplan, Südausrichtung der Dachflächen, mindestens 6kw pro Haushalt, Zisterne verpflichtend. Bei Erschließung eines Neubaugebietes muss seitens der Kommune einen Co2 Plan erstellt werden	n. a.	OB
Allgemeine Hinweise			

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

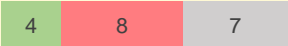
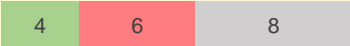
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
----------------	------------------	-------------------	---------------

4. HANDLUNGSFELD: KLIMAGERECHTE VERWALTUNG

M149	Aufbau einer Klimaschutzverwaltung in Regierungspräsidien und Landratsämtern
<p>Es soll eine Konzeption zum Aufbau einer Klimaschutzverwaltung, die sich auf alle Verwaltungsebenen bezieht, erarbeitet werden. Dabei sind insbesondere die Aufgaben der einzelnen Behörden darzustellen. Damit wird bezweckt, dass der Klimaschutzbelang möglichst frühzeitig und ausreichend auf allen Verwaltungsebenen berücksichtigt wird.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorliegen einer Konzeption 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.1. S. 13 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A		In Zahlen		
Gesamtanzahl Kommentare: 37				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	14	0	23
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	0			
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	1

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M149_001	Gut, aber ein Konzept kann man auch schnell beiseitelegen. Etwas konkreter würde ich es mir bei der Dringlichkeit und Wichtigkeit schon wünschen.	n. a.	OB
M149_002	Die Zuständigkeit für Klimaschutz ist unmittelbar beim Regierungspräsidenten bzw. beim Landrat anzusiedeln. Klimaschutz muss auf RP- und Landkreisebene Querschnittsaufgabe der gesamten Verwaltung mit höchster Priorität werden. Bei der Personalauswahl ist auf Kompetenz im Bereich Klimaschutz zu achten.	n. a.	OB
M149_003	Wichtig: auch die Umsetzung sollte schon geschehen.	n. a.	OB
M149_004	Klimaschutz in der Verwaltung ist wichtig, kann jedoch oft nur erfolgen, wenn von der Hausspitze die notwendige Unterstützung kommt. Sofern feste Stellen in den Verwaltungen gefordert werden, ist darauf zu achten, dass diese als Stabsstellen in der Hausspitze anzusiedeln sind.	n. a.	OB
M149_005	Neben RPs und Landratsämter sollte in allen Ministerien Strukturen geschaffen werden, die die Berücksichtigung von Klimaschutz bei Gesetzesinitiativen und -novellierungen prüfen und sicherstellen. Bsp.: Novellierung des LKHG --> Berücksichtigung von Effizienzstandards bei der Einzelförderung von Krankenhäusern.	n. a.	OB
M149_006	Die Maßnahme ist sinnvoll, um Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und bei Abwägung der Interessen auch den Klimaschutz stärker zu berücksichtigen, als das bislang als Querschnittsthema der Fall ist. Eine Konzeption dafür bis 2025 vorzulegen greift jedoch deutlich zu kurz. Die Klimaschutzverwaltung insbesondere in den Landratsämtern sollte besser schon gestern geschaffen worden sein. Daher Konzeption ja, aber auch Umsetzung bis spätestens 2022	n. a.	OB
M149_007	In allen Landratsämtern mindestens ein bis zwei Mitarbeiter, die sich nur dem Bereich Klimaschutz widmen und gemeinsam mit Bürgerinitiativen nachhaltige Projekte umsetzen.	n. a.	OB
M149_008	Volle Unterstützung, damit Klimaschutz bei allen Entscheidungen oberste Priorität bekommen kann. Dies muss aber auch beinhalten, dass die Wirtschaft dazu geführt wird, dass sie zukunftsfähige Geschäftskonzepte, wie z.B. "Cradle to Cradle" anwendet. BW muss unter seiner grünen Regierung als leuchtendes Beispiel für Klimaschutzbemühungen mutig voranschreiten.	n. a.	OB
M149_009	Im Prinzip gut, ich befürchte jedoch wieder mal ein Monstrum an Bürokratie	n. a.	OB
M149_010	Klimaschutzbeauftragte in den Landkreis zur Vertretung der Interessen des Klimaschutzes und des Ausbaus der EE	0	VB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M149_011	Höhergewichtung der Klimaschutzbelange in der innerbehördlichen Abstimmung	2	VB
M149_012	RP-Kontrollinstanz wichtig zur Zielerreichung	0	VB
M149_013	Aufgaben mit Personalaufwand ausgleichen	0	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M149_014	Hier bestehen erhebliche Bedenken. Es besteht die Sorge, dass Verwaltungsprozesse dadurch nicht vereinfacht und beschleunigt, sondern im Gegenteil weiter aufgebaut werden. Die bestehenden Strukturen werden als ausreichend angesehen.	n. a.	OB
M149_015	Nein, ist nicht notwendig. Nicht noch eine Institution.....	n. a.	OB
M149_016	Verdacht eines zusätzlichen bürokratischen Aufwands	0	VB
M149_017	Bitte nicht noch mehr Bürokratie und Kosten. Die bestehenden Organe sollten das bewerkstelligen.	0	VB
M149_018	Ein weiterer zu beteiligender "Träger öffentlicher Belange" erschwert/Verunmöglicht Projekte noch mehr.	0	VB
M149_019	Betrag dürfte marginal sein (Kosten/Nutzen)	0	VB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M149_020	Hier bin ich skeptisch. Wie viele Mitarbeiter sollte diese Verwaltung haben und ist sie weisungsbefugt?	n. a.	OB
M149_021	Hierfür sollten Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsthemen bereits bei der Ausbildung und dem Studium der Verwaltungsangestellten gestärkt werden. Die nachhaltige Beschaffung sollte zum Standard werden (nachhaltiger Warenkorb). Das Catering sollte sowohl bei öffentlichen Veranstaltungen als auch in den Kantinen zum Großteil vegetarisch sein und möglichst regional, saisonal und ökologisch bezogen werden.	n. a.	OB
M149_022	Dabei eine "Jugendberatung" schaffen und einbeziehen - konstituiert aus Schulsprecher*innen der Kommune beispielsweise!	n. a.	OB
M149_023	Die Landesverwaltung ist dazu anzuhalten bzw. anzuweisen, dass vor dem Hintergrund des objektiv bestehenden Klimanotstandes bei jeglichem Verwaltungshandeln Aspekte des Klimaschutzes berücksichtigt werden und die höchste Priorität genießen müssen.	n. a.	OB
M149_024	Nicht nur Papier produzieren. Bitte eine konkrete Verwaltungsreform vorschlagen. Kern der Reform muss es sein, einen Klimaschutzvorbehalt (Veto) in die Verwaltungsprozesse einzubauen.	n. a.	OB
M149_025	wäre das wirkungsvollere Instrument nicht, eine Pflicht zur Berücksichtigung und Prüfung des Klimaschutzbelangs in die Klimaschutzgesetzgebung des Landes aufzunehmen?	n. a.	OB
M149_026	Es müssen Strukturen wie bei den Finanzämtern geschaffen werden mit dem Ziel Maßnahmen zu fördern, zu kontrollieren und zu sanktionieren.	n. a.	OB
M149_027	Eine Klimaschutzverwaltung macht nur dann Sinn, wenn diese Verwaltung auch eine entsprechend Macht und Weisungsbefugnis hat. Eine reine Verwaltungsstelle zum Verwalten der Daten, sollte durch KI realisiert werden.	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	(Duplikate: 1)		
	Es ist zwingend nötig vorhandenes zu vernetzen und nicht etwas Neues zu schaffen. Das Engagement Einzelner Menschen in den Verwaltungen ist die Triebfeder aller positiven Aktionen. Die landesweite Konzeption muss es ermöglichen diesen engagierten Menschen den Rücken freizuhalten. Dies umso mehr in kleineren Kommunen wie das bspw. Ladenburg ist, das herausragende Engagement ist hier greifbar und darf nicht in Verwaltungsvorschriften und Ankündigungen für eine ferne Zukunft ersticken	n. a.	OB
M149_028	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M149_029	Für Bewertung zu unkonkret (Konzept auszuarbeiten)	1	VB
M149_030	Keine Parallelzuständigkeiten! Übersicht + Transparenz	0	VB
M149_031	Nicht zu viele Behörden involvieren!	0	VB
M149_032	Technische Kompetenz	0	VB
M149_033	Konzept abwarten. Kein Vorteil möglich	0	VB
M149_034	Reicht es, Klimaschutz bei Abwägung einen deutlich höheren Stellenwert zu geben?	0	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M149_035	Der Bund, Das Land, der Kreis, die Gemeinden müssen immer Vorbild sein, sonst versteht das kein Bürger	n. a.	OB

M150	Umsetzung der im fortgeschriebenen Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften (EKK) empfohlenen Maßnahmen zur Erreichung des Emissionsminderungsziels
<p>Das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften aus dem Jahr 2012 wird derzeit fortgeschrieben.</p> <p>Ziele der Fortschreibung sind die Formulierung neuer Zwischenziele für die landeseigenen Liegenschaften und der für die Zielerreichung notwendigen Maßnahmen, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgabe einer weitgehenden Klimaneutralität der Landesverwaltung bis 2040.</p> <p>Die Eckpfeiler des Energie- und Klimaschutzkonzepts für landeseigene Liegenschaften sind</p> <ul style="list-style-type: none"> • die energetische Sanierung der Bestandsgebäude • der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien, • die Errichtung energieeffizienter Neubauten (Energiestandard) und • die Optimierung des Gebäudebetriebs (Energiemanagement). <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortschreibung Energie- und Klimaschutzkonzept für die Landesliegenschaften <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.2. S. 14 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 44				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	2	0	42
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	3	Ok; Gute Idee; Unbedingt		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #90ee90; width: 50%; text-align: center;">11</div> <div style="background-color: #d3d3d3; width: 50%; text-align: center;">8</div> </div>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #90ee90; width: 50%; text-align: center;">12</div> <div style="background-color: #d3d3d3; width: 50%; text-align: center;">8</div> </div>	/	

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M150_001	Die Klimaneutrale Landesverwaltung soll bereits bis 2030 umgesetzt werden (nicht erst 2040). die Sanierung aller landeseigenen Gebäude (Universitäten, Schulen, Verwaltung etc.), um einen klimaneutralen Bestand zu erreichen und Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieversorgung eine Vorbildfunktion auch in der Mobilität: Verbot von innerdeutschen (dienstlichen) Flugreisen und Flugreisen in die angrenzenden Länder die Umstellung des Angebots in Kantinen auf eine vegan/vegetarische Ernährung (Duplikate: 13)	n. a.	OB
M150_002	Die Errichtung und Einhaltung einer Gebäudeleitlinie für die landeseigenen Liegenschaften als Ergänzung bzw. Erweiterung der Maßnahmen des IEKK würde die Umsetzung stärken. Die Vorbildwirkung ist wichtig und richtig einzuhalten.	n. a.	OB
M150_003	Das Land sollte die Vorbildfunktion wahrnehmen, d.h. die eigenen Liegenschaften mind. bis KfW 70 sanieren und alle Einsparpotentiale nutzen, ggf. auch mit Dritten (Verpachtung Dachflächen für Solaranlagen, stärkere Nutzung von Contracting).	n. a.	OB
M150_004	Sämtliche kommunalen Gebäude auf 0 Emission bringen, neue Gebäude nur noch so zulassen alte Gebäude bei Renovierung die Pflicht auf 0 Emission zu bringen.	n. a.	OB
M150_005	Mit Hilfe des in KEM.Checks lässt sich je Liegenschaft überprüfen, auf welchem Stand das Energiemanagement ist. Im weiteren Schritt bietet sich eine Prozessoptimierung mit Hilfe von Zur Zielerreichung wird empfohlen, die bewährten Energieleitlinien der Kommunen auf Landesbelange anzupassen. Beispielsweise werden damit Mindeststandards für Neubau und Sanierungsvorhaben definiert, mit denen der Niedrigstenergiestandard bei jeder Baumaßnahme angestrebt wird. Grundsätzlich müssen alle Fassaden und Dachflächen zur Solarenergiegewinnung genutzt werden, sofern das jeweilige Bauteil baulich bearbeitet wird und das Gebäude keinen wesentlichen gestalterischen Restriktionen unterliegt. Ein wirksames Energiemanagement ist einzurichten und regelmäßig dem Landtag über die Ergebnisse zu berichten.	n. a.	OB
M150_006	Sanierung wo sinnvoll - immer versuchen erneuerbare Energie zu verwenden, idealerweise immer mit erzeugen, so gehört PV auf fast jedes Gebäude einer	n. a.	OB

	Verwaltung (mit Abstichen beim Denkmalschutz - evtl., denn das ist auch eine Frage der Zeit, so wie Satelliten-Schlüsseln auch mal verpönt waren)		
M150_007	Die klimarelevante Modernisierung der Liegenschaften muss gutes Beispiel für private Bauherrn/Sanierer werden und auch der Wirtschaft ein Vorbild sein.	n. a.	OB
M150_008	Es muss für landeseigene Liegenschaften eine grundsätzliche Umstellung auf Erneuerbare Energiequellen stattfinden, Leuchtturmprojekte müssen konsequent umgesetzt werden. Das Land setzt die Maßstäbe! Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit beginnt auch von oben nach unten.	n. a.	OB
M150_009	Sehr wichtig, um mit gutem Beispiel gegenüber den Menschen voranzugehen. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M150_010	Ja, richtig. ES müssen jedoch auch Kümmerer vor Ort in den Liegenschaften platziert werden, die auch kleinere Aufträge selbst beauftragen dürfen. Nur so wird eine schnelle Umsetzung gewährleistet!	n. a.	OB
M150_011	Die Klimaneutrale Landesverwaltung soll bereits bis 2030 umgesetzt werden (nicht erst 2040). die Sanierung aller landeseigenen Gebäude (Universitäten, Schulen, Verwaltung etc.), um einen klimaneutralen Bestand zu erreichen und Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieversorgung eine Vorbildfunktion auch in der Mobilität: Verbot von innerdeutschen (dienstlichen) Flugreisen und Flugreisen in die angrenzenden Länder die Umstellung des Angebots in Kantinen auf eine vegan/vegetarische Ernährung (Duplikate: 6)	n. a.	OB
M150_012	"weitgehende" Klimaneutralität bis "2040" ist viel zu wenig! Wenn sogar die Verwaltung es verfehlt, bis 2035 und damit Paris-konform klimaneutral zu werden, wie lange brauchen dann die privaten Haushalte? Je früher hier gehandelt wird, desto später wird das deutsche CO2-Budget erschöpft sein und desto weniger ungemütlich wird es.	n. a.	OB
M150_013	Reduktion vor Effizienz: Es sollte von Neubauten abgesehen und stattdessen bestehende Gebäude saniert werden.	n. a.	OB
M150_014	Klimaneutrale Mensa: Zum konsequenten Klimaschutzkonzept gehört auch eine betriebliche Mensa, die auf Plastik und Fleisch verzichtet.	n. a.	OB
M150_015	Kompensation von nicht-vermeidbaren Emissionen durch Transport	n. a.	OB
M150_016	Viel mehr freie Hand auch für private Grundstückseigner, um kleinteilige, dezentrale und natur- sowie landschaftsschonende Lösungen umzusetzen. Mehr Anreiz und Belohnung für Eigeninitiative von Bürgern! (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M150_017	Die Landesliegenschaften sollen ja als Vorbild fungieren. Daher reicht der Zeitrahmen 2040 nicht aus - sollte mindestens auf 2035, besser 2030 vorgezogen werden. Zudem braucht es ein Monitoring der Umsetzung und Transparenz der Entscheidungsprozesse.	n. a.	OB
M150_018	Weitgehende Klimaneutralität gibt es nicht. Die Landesverwaltung muss per Gesetz verpflichtet werden bis spätestens 2035 CO ₂ eq-emissionsfrei zu sein. Die o.g. Eckpfeiler sind bis 2035 erreichbar.	n. a.	OB
M150_019	Wie bereits erwähnt, sollten ambitioniertere Ziele verfolgt werden und eine frühere Klimaneutralität angestrebt werden.	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M150_020	Erster Schritt: Zunächst einmal muss man sich mit einem KEM.check einen Überblick verschaffen, ob die entsprechende Verwaltungsrichtlinie beachtet wird und auf welchem Stand das Energiemanagement in der einzelnen Landesliegenschaft ist. Zweiter Schritt: Einführung bzw. Optimierung des Energiemanagements mit dem Werkzeug zur Prozessoptimierung Kom.EMS.	n. a.	OB
M150_021	Architekturwissen von Hundertwasser (Naturhaus) in Betracht ziehen - und den Mehrwert von Fassadenbegrünung ernstnehmen (erwiesenermaßen greifen die richtig gewählten Pflanzenarten die Fassade nicht an). Auch informativ: ökologischer Siedlungs(um)bau von Margrit & Declan Kennedy	n. a.	OB
M150_022	Es fehlt eine Unterscheidung von Energie in elektrische und thermische Energie. Diese erfordern unterschiedliche Maßnahmen! Z.B. verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien -> elektrisch mittels PV+Wind und thermisch mittels ???	n. a.	OB
M150_023	Das Ziel einer weitgehend klimaneutralen bis 2040 ist viel zu wenig ambitioniert.	n. a.	OB
M150_024	Maßnahmen in die Fläche bringen, die Phase der Pilotprojekte ist vorbei	0	VB
M150_025	Vorbildfunktion stärken -> Klimaneutralität bis 2035	0	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M150_026	Beim Einsatz erneuerbarer Energien muss von Anfang an auf einen realisierbaren Energiemix geachtet werden! Bioenergie (Hackschnitzel, etc.) ist aktuell noch im Überfluss verfügbar und billig. Biomasse kann in Baden-Württemberg jedoch nur etwa 10 % des aktuellen Primärenergieverbrauchs decken! Vgl. Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (2010): Biomasse-Aktionsplan - erste Fortschreibung. S. 9	n. a.	OB
M150_027	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M150_028	dass das Land seine erforderlichen Maßnahmen umsetzt, sollte selbstverständlich sein	n. a.	OB

M151	Förderung zielkonformer Sanierungen
<p>Im Jahr 2018 wurde im Förderprogramm Klimaschutz Plus eine Bonusförderung ergänzend zur Förderung der Schulsanierung durch das Kultusministerium aufgenommen, wenn mit der Sanierung der KfW Effizienzhausstandard 70 (+ 60 Euro/m²) oder KfW 55 (+ 120 Euro/m²) erreicht werden. Diese Bonusförderung soll auf weitere Landes-Förderprogramme für die energetische Sanierung von Nicht-Wohngebäuden ausgebaut werden.</p> <p>Angestrebter Standard: bis 2025 mindestens KfW 70; ab 2026 mindestens KfW 55</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des Förderbonus für nachhaltige Sanierungen <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.3. S. 15 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 19				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	0	0	19
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	OK; Sehr wichtig!; Ja, eine sehr gute Maßnahme; Ja; Guter Ansatz		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>				/

Die Maßnahme ist unklar	0	0	/
-------------------------	---	---	---

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M151_001	Eine gesonderte Förderung vorbildlicher Sanierungen wird die Sanierungsrate in Kommen steigern, evtl. wäre hie die Erweiterung der Förderung für Plus Energiegebäude mit einem höheren Fördersatz ein zusätzlicher Anreiz auch über die bisherigen Standards hinaus zu sanieren.	n. a.	OB
M151_002	Daneben: - Neben der Erhöhung der Sanierungsrate ist der effiziente Anlagenbetrieb deutlich zu verbessern: Einführung eines Effizienznachweises für modernisierte technische Anlagen (Wärme, Kälte, Druckluft, Strom...) für die ersten 3 Betriebsjahre. Dies erfolgt im Rahmen des Contracting eh und ist ansonsten durch qualif. Energieberater, Handwerker etc. zu bescheinigen. Auf jeden Fall ist im Zuge der Förderprogramme dieser Effizienznachweis einzufordern - Berücksichtigung von Contracting in allen relevanten Förderprogrammen des Landes: Obwohl das Umweltministerium den Contractingmarkt deutlich ankurbeln will, sind Contractingprojekte noch nicht in allen einschlägigen Förderprogrammen des Landes enthalten (z.B. Kommunaler Sanierungsfonds Schulgebäude). Daher sollten alle Förderprogramme systematisch bzgl. Contracting geprüft und die Regelungen ggf. erweitert werden.	n. a.	OB
M151_003	Erster Schritt sollte direkt KfW55 sein, dann im zweiten Schritt Passivhausstandard	n. a.	OB
M151_004	Standard KfW 55 ab sofort, wir haben keine Zeit mehr	n. a.	OB
M151_005	Ja, da der Gebäudebestand ein wichtiger Bestandteil der Energiewende ist.	n. a.	OB
M151_006	Auch bei Neubau Forderungen (und Förderungen) für hohe Energieeffizienz bzw. Null-Energie-Hausbau. (Duplikate: 2)	n. a.	OB
M151_007	bis 2025 KfW 70 und ab 2026 KfW 55?? warum nicht gleich ab 2020 Förderung von KfW55? Ein zusätzlicher Förderbonus sollte gewährt werden, für Projekte die besser als KfW55 sind. Die Prämie sollte dazu gestaffelt werden. Je ambitionierter desto mehr Förderung.	n. a.	OB
M151_008	Langfristig sind alle Landesförderungen daran zu koppeln, dass zukunftsfähige energetische Standards erreicht werden. Dies bedeutet letztlich eine Systemänderung weg von der Bonusförderung hin zu Mindestanforderungen für alle Fördermaßnahmen: keine	n. a.	OB
M151_009	Warum nicht direkt Plusenergie-Standard einfordern, warum nur stufenweise und so zögerlich? Um etwas zu bewirken muss grundsätzlich anders gedacht und auch gehandelt werden. Das Land kann doch bei seinen eigenen Gebäuden Vorreiter für eine ambitionierte Wende sein!	n. a.	OB
M151_010	Es wird nicht klar, warum der angestrebte Sanierungsstandard noch bis 2025 nur bei KfW 70 liegen soll. Um Lock-In-Effekte bei der Sanierung zu vermeiden wird	n. a.	OB

	dringend empfohlen, diesen sofort auf KfW 55 anzuheben.		
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M151_011	Haha. Kein Geld für Schulsanierung? Ich sehe im Land viele marode Schulen, weil das Geld fehlt. Aber dafür ist Geld vorhanden? Ach ja, ich habe vergessen. Der Bürger wird wieder mit CO2-Steuer abgezockt, damit das finanziert wird, was lange vernachlässigt wurde, weil das Geld in andere Projekte floss.	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M151_012	Ist es wirklich sinnvoll Styropor an Wände zu kleben. Das Material, das uns bei der Entsorgung vor Herausforderungen stellt und aus einer erschöpflichen Ressource besteht. Wir zwingen Hersteller dieses Material aus dem Verpackungsumfeld zu entfernen und setzen es gleichzeitig zur Rettung unseres Klimas ein. Das geht nicht zusammen. Bitte umweltfreundlichere natürliche Dämmmaßnahmen fördern, auch deren Entwicklung	n. a.	OB
M151_013	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M152	Identifikation von Effizienzpotenzialen		
	<p>Langfristig sollen alle Kommunen im Land Baden-Württemberg für ihre Gebäude ein kommunales Energiemanagementsystem (EM-System) einführen und aktiv betreiben. Im ersten Schritt soll eine Pflicht zur Veröffentlichung der Energieverbräuche kommunaler Liegenschaften eingeführt werden. Die gleichzeitige Einführung eines EM-System bleibt dabei anfangs noch freiwillig. In einem zweiten Schritt ist die Einführung eines verpflichtenden EM-Systems denkbar. Die Einführung der EM-Systeme wird durch die regionalen Energieagenturen unterstützt.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckende Einführung von Energiemanagement bei kommunalen Gebäuden <p><i>Diese Frage wird insbesondere innerhalb der Landesverwaltung noch offen diskutiert.</i></p>		
	<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.3. S. 15 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 49				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändefeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	10	14	2	23
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	1	Ja!		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>	<i>Verbändefeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/	
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	0	0	1	

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M152_001	Hier sollte eine Differenzierung nach Kommunengröße erfolgen. Nicht überall sind hauptamtliche Hausmeister vorhanden, welche die Daten zuliefern. Und gerade bei Kleikommunen ist die Personaldecke eher dünn. --> Darstellung E-Verbrauch pro Jahr überall darstellbar --> KEM ???	n. a.	OB
M152_002	Bitte gleich verpflichtend einführen. Uns läuft die Zeit davon.	n. a.	OB
M152_003	Die Einführung eines Flächendeckenden KEM ist vom Ansatz richtig, es muss	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	jedoch langsam eingeführt werden. Hier wäre beispielsweise der Einsatz von drei, vier Energiemanagern in Landkreisverwaltungen oder Energieagenturen, die kleinere Kommunen unterstützen können ein Ansatz das KEM flächendeckend aufzubauen.		
M152_004	Neben Energiemanagement in Kommunen sollte dies auch in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen bzw. für größere Wohnungseigentümer und KMUs eingeführt werden.	n. a.	OB
M152_005	Standardisierte Vorgaben für Vergleichbarkeit sind notwendig. EM System sollte den Kommunen angeboten werden.	n. a.	OB
M152_006	Ja, aber bitte nach 2-jähriger Erprobung verbindlich machen.	n. a.	OB
M152_007	direkt Pflicht eines EM fordern, ggf. zeitlich gestaffeltes Quotensystem für den Anteil der erfassten Gebäude	n. a.	OB
M152_008	Im ersten Schritt regen wir an, die Kommunen im Klimaschutzgesetz dazu zu verpflichten, die Energieverbrauchsdaten aller Liegenschaften sowie deren Flächen zu veröffentlichen. Ein Ranking der Kommunen im Land wird angeregt (effizienteste Schule, Schule mit dem höchsten Energieverbrauch...). Energiemanagement ist das zentrale Werkzeug, um die betrieblichen Einsparpotentiale zu erschließen und investive Maßnahmen sinnvoll vorzubereiten. Mit Kom.EMS steht ein Werkzeug zur Verfügung, das Kommunen beim Aufbau eines systematischen Energiemanagements unterstützt. Für Initialberatungen steht das Kompetenzzentrum Energiemanagement der KEA zur Verfügung. Schulungen zum Energiemanager kommunal werden von den regionalen Energieagenturen unterstützt von der KEA angeboten. Zudem erleichtern kommunale Energieeffizienznetzwerke (kEEN) den Einstieg ins Energiemanagement	n. a.	OB
M152_009	Dazu wäre es sinnvoll ein einheitliches Erfassungstool zu entwickeln, um den Vergleich zu vereinfachen. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M152_010	Langfristig sollen alle Kommunen im Land Baden-Württemberg für ihre Gebäude ein kommunales Energiemanagementsystem (EM-System) einführen und aktiv betreiben. Im ersten Schritt soll eine Pflicht zur Veröffentlichung Dokumentation der Energieverbräuche kommunaler Liegenschaften eingeführt werden. Die gleichzeitige Einführung eines EM-System bleibt dabei anfangs noch freiwillig. In einem zweiten Schritt ist die Einführung eines verpflichtenden EM-Systems denkbar. Die Einführung der EM-Systeme wird durch die regionalen Energieagenturen und das Kompetenzzentrum Energiemanagement der KEA unterstützt. Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen: • Flächendeckende Einführung von Energiemanagement bei kommunalen Gebäuden • Webtool Kom.EMS zur Dokumentation der Energieverbräuche und zum Benchmark mittels Verbrauchskennwerten	n. a.	OB
M152_011	Sehr gut, mit Nachweis für die Kommunalaufsicht	n. a.	OB
M152_012	Monitoring der Energieverbräuche und Energiemanagement muss zur Pflicht werden und gleichzeitig eine Planung zur Erreichung von Plusenergie-Standard verpflichtend sein.	n. a.	OB
M152_013	Nicht nur kommunale Gebäude, sondern auch die Industrie muss integriert werden, um Energiemanagementsysteme zu verwenden. Bspw. durch die verpflichtenden Zertifizierung nach DIN EN ISO 50001 / DIN EN 16001.	n. a.	OB

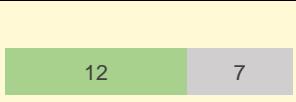
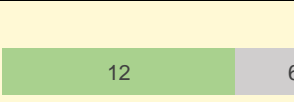
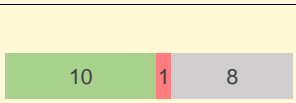
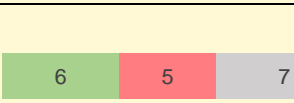
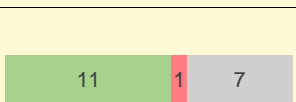
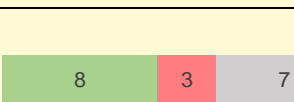
Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M152_014	Ja, soll in jeder Gemeinde erfolgen. Dafür müssen aber die Fachkräfte zur Verfügung stehen. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M152_015	Energiemanagement in Kommunen sollte selbstverständlich sein, da sonst unnötig Energie und Geld verschwendet werden	n. a.	OB
M152_016	Zentrale Beratung und Überwachung auf Landesebene	1	BB
M152_017	Nicht freiwillig => gleich gesetzliche Regelung! Genauste Erhebung, wie Alter der Heizungsanlagen z.B. etc.	1	BB
M152_018	Einführung des EM-Systems belohnen. (z.B. mit Zugang zu weiteren Fördermöglichkeiten)	6	BB
M152_019	Öffentliches EM-System führt zu einem Wettbewerb der optimierten Nutzung	6	BB
M152_020	Mehraufwand beachten	1	BB
M152_021	Bürokratischen Aufwand im Verhältnis sehen	1	BB
M152_022	EM-System muss "einfach" händelbar sein und darf nicht zu großer zusätzlicher Bürokratie führen	8	BB
M152_023	Auf Landesimmobilien ausweiten (Vorbildfunktion)	0	VB
M152_024	Unterstützung der Kommunen	2	VB
M152_025	Zeitpunkt der Verpflichtung festlegen	0	VB
M152_026	KEM ist hoch wirtschaftlich -> als erster Schritt zwingend Daten erheben	0	VB
M152_027	keine Zertifizierung! -> unnötige Kosten	1	VB
M152_028	Finanzierungsinstrumente	1	VB
M152_029	Transparenz der Mittelverwendung (Steuer)	0	VB
M152_030	Pflicht zur Datenlieferung/Veröffentlichung	0	VB
M152_031	Einheitliches verpflichtendes System zur Kartierung in verschiedenen Stufen	0	JB
M152_032	Schnelle Umsetzung bis Ende 2020	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M152_033	Keine Pflicht zur Veröffentlichung der Daten! Kommunen werden gegeneinander ausgespielt!	1	VB
M152_034	Kommunen haben so unterschiedliche Grundvoraussetzungen, dass sie nicht vergleichbar sind!	1	VB
M152_035	Anreiz statt Pflicht	1	VB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M152_036	Themen wiederholen sich: ohne zu wissen wo mein Stand ist - wie z.B. alte Fenster ohne Dämmung - kann ich ja keine Potenziale oder Maßnahmen definieren	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M152_037	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M152_038	Nachstehend zwei Vorschläge, für die ich keinen geeigneten Platz gefunden habe: 1. Baden-Württemberg-Stiftung Auftrag und Ziel der Baden-Württemberg-Stiftung ist die Sicherung der Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs. Die Stiftung setzt sich dafür ein, dass Baden-Württemberg auch zukünftigen Generationen eine lebenswerte Heimat mit Chancen für die Zukunft bietet. Aus diesem Auftrag folgt die Notwendigkeit, dass sich die Baden-Württemberg-Stiftung auf die Förderung von Projekten mit unmittelbarer Klimarelevanz fokussiert und alle anderen Förderungen so lange zurückstellt, bis sich Baden-Württemberg auf 1,5-Grad-Kurs befindet. 2. Landesbeteiligungen Die Landesbeteiligungen sind auf Werthaltigkeit in einer kohlenstofffreien Wirtschaft zu überprüfen. In den Fällen, in denen das Land einen beherrschenden oder einen großen Anteil hält, ist zu veranlassen, dass die entsprechenden Unternehmen bis spätestens 2035 auf Klimaneutralität umgestellt werden (z.B. Thermalbäder). Falls dies nicht möglich ist (z.B. Flughäfen), müssen die Unternehmen zurückgebaut bzw. abgewickelt werden. Für beides sind Zeitpläne zu erstellen. Zur Finanzierung sind ggf. Bundes- und EU-Beihilfen zu beantragen.	n. a.	OB
M152_039	Frage: sind regionale Energieagenturen neutral?	1	BB
M152_040	Den Posten eines Energiemanagers in der Behörde einführen. (ähnlich "großer Gockel" (Kirchen))	0	BB
M152_041	Konzentration auf zukünftige Projekte	1	BB
M152_042	Geltungsbereich? -> durch kommunale Unternehmen? -> wenn ja, ab welchem Anteil? -> kein Wettbewerbsnachteil	0	VB
M152_043	Was ist, wenn Kommune sinkende Einnahmen hat? (Krise) Verpflichtung kann Problem für Haushalt werden.	1	VB
M152_044	Urheberschaft den Daten!	1	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M153	Informieren, motivieren, beraten
<p>Das Land fördert die regionalen Energieagenturen (rEAs), die die Aufgabe übernehmen, Kommunen intensiver hinsichtlich der Möglichkeiten zur Sanierung ihres Gebäudebestandes zu beraten, einschließlich Hinweis auf Fördermöglichkeiten (Förderung, kEM). Dabei soll auch zu Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Mobilität beraten werden (Bewirtschaftung der Parkplätze in TG, Stellplätze für Carsharing, Lademöglichkeiten, Stellplätze für Fahrräder, etc.).</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Energie- und Mobilitätsberatung für Kommunen 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.3. S. 16 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 19				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	1	0	18
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	1	Unterstützung		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>				/

Die Maßnahme ist unklar	0	0	/
-------------------------	---	---	---

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M153_001	OK. Wichtig wäre neben der reinen Beratung regelmäßig wieder zu erscheinen, um nach dem Stand nachzufragen.	n. a.	OB
M153_002	Die Beratung der rEA´s ist eine wichtige Arbeit und sollte in den Bereichen, die in das Themenfeld Energieeffizienz und Klimaschutz gehören ausgebaut werden. Hierzu gehört auch das Thema Mobilität und die Sanierungsberatung. Die rEA´s sind als Ansprechpartner für Kommunen zu stärken.	n. a.	OB
M153_003	Beratung von Kommunen, wie sie den Trend zu immer größeren PKW umkehren können (z.B. gestaffelte Parkgebühren nach Kfz-Größe, Verkehrsbeschränkungen für SUV wg. erhöhtem Risiko für Fußgänger und Überbreite)	n. a.	OB
M153_004	Eines der Probleme bei der Bewältigung der Klimakrise ist das mangelnde öffentliche Bewusstsein für die Dringlichkeit. Das Land ist hier in der Pflicht, zumindest die eigenen Beschäftigten korrekt zu informieren. Alle Beamten und Angestellten des Landes, der zugehörigen Gebietskörperschaften und der landeseigenen Unternehmen sollen daher zeitnah eine Schulung zum aktuellen Sachstand der Erderhitzung, zur Dringlichkeit der Klimakrise erhalten. Ihnen sollen Maßstäbe an die Hand gegeben werden, um selbst beurteilen zu können, welche Maßnahmen einen echten Beitrag zur Problemlösung versprechen und welche Maßnahmen in Anbetracht der Dringlichkeit unzureichend und zu kleinteilig sind. Für die Schulungen werden bestehende Infrastrukturen genutzt und externe Dienstleister verpflichtet; alle anderen vorgesehenen Schulungen werden so lange zurückgestellt, bis die Schulungen zur Klimakrise abgeschlossen sind.	n. a.	OB
M153_005	Unbedingt! Auszeichnungen für erfolgreiche Maßnahmen und Projekte könnten flankierend eingeführt werden.	n. a.	OB
M153_006	Beratung kann nie schaden. Beratungserfolg sollte regelmäßig einem Monitoring unterzogen werden.	n. a.	OB
M153_007	konkret geplantes Förderkonzept der rEA über Kreis nennen	n. a.	OB
M153_008	ja, unbedingt notwendig, und nicht nur 1x im Jahr, wo nur 10% der (eh schon interessierten) Bürger kommen, sondern es muss ein laufendes Thema sein, über Medien und vor Ort, diese Veränderungen müssen in den Köpfen normal werden, wie es der Kauf von Gemüse ohne Plastiktüte auch werden muss	n. a.	OB
M153_009	Jährliche Updates notwendig	n. a.	OB
M153_010	Sehr wichtig, baldmöglichst machen bitte	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M153_011	Damit die Mieten weiter steigen? Ein Drittel meines Einkommens geht zur Miete	n. a.	OB

	drauf. Es gibt im ganz unteren Bereich auch Einkommen, bei denen die Hälfte drauf geht. Strom erhöhen, Nebenkosten erhöhen. All das wird auf unserem Rücken ausgetragen		
M153_012	Dies wird die Kompetenz der Energieagenturen übertreffen. Es muss bei der Verkehrsinfrastruktur integriert gedacht werden. Hierfür gibt es Fachfirmen!	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M153_013	E-Mobilität ist nicht so nachhaltig wie behauptet wird (s.S. den ökol. Fußabdruck für die Produktion der Batterien u.v.a.)!! Nur durch Ausklammern all des vorangegangenen Aufwands kann das Ganze geschönt dargestellt werden. Dringendes Verbot von spritfressenden Status-KFZ/SUV etc. Für solche besonders leistungsstarke KFZ sollte ein notwendiger Bedarf (Landwirtschaft/Zugkraftleistung usw.) für den Erwerb nachgewiesen werden. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M153_014	Das Thema Mobilität zählt bislang nicht zu den Kompetenzfeldern der regionalen Energieagenturen. Entsprechendes Knowhow und Kapazitäten wären hierzu aufzubauen.	n. a.	OB
M153_015	Zu wenig kommt der Aspekt, wie reduziere ich ökologisch belastenden Konsum (Energie, Ressourcen etc.)	n. a.	OB
M153_016	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M153_017	Was ist mit den Akteuren der Parkierung, Carsharing, Ladeinfrastruktur, etc.	0	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M154	Modernisierung der Landesfahrzeugflotte
<p>Die Landesfahrzeugflotte Baden-Württemberg soll weiter modernisiert und auf alternative Antriebe umgestellt werden. Das Ministerium für Verkehr unterstützt die Dienststellen des Landes bei der Beschaffung von Elektro- und Hybridfahrzeugen, Lasten-Pedelecs, Pedelecs und E-Bikes sowie Ladeinfrastruktur.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Mobilitätsmanagement in der Landesverwaltung 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.4. S. 17 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 26				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	1	0	25
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	3	Ja, unbedingt!; Gut;		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/	
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/	
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	0	1	/	

B Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M154_001	Einfach sofort umsetzen, wenn ein neues Fahrzeug beschafft wird. Ist kein großes Ding.	n. a.	OB
M154_002	Sehr gut! Noch viel relevanter ist es, dass auch normale Fahrräder und nicht nur elektronische gefördert werden, da diese viel klimaverträglicher sind. Deshalb: Förderung vor allem von Fahrrädern!	n. a.	OB
M154_003	Parallel zur Stärkung der Landesfahrzeugflotte sollte auch die Möglichkeit zur	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Nutzung von E-Bikes für den Arbeitsweg gestärkt werden. Die Möglichkeit auch im TVÖD ein Jobrad nutzen zu können ist zu schaffen.		
M154_004	Politik sollte richtungsweisend auf Prestigefahrzeuge verzichten und somit Vorreiterrolle übernehmen. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M154_005	Ja, bitte! Gleichzeitig verstärkt Forschung an Alternativen zu Lithium, da dieses unter umwelt- und menschengeschädlichen Bedingungen gewonnen wird.	n. a.	OB
M154_006	Ab 2020 nur noch E-Autos/emissionsfreie Fahrzeuge anschaffen. Fahrtkostenerstattung für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor abschaffen. Nur noch Fahrtkostenerstattung für ÖPNV/Rad/emissionsfreie Fahrzeuge auszahlen.	n. a.	OB
M154_007	Und bitte auch Brennstoffzellen Fahrzeuge einsetzen. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M154_008	Auf was wird noch gewartet?	n. a.	OB
M154_009	Warum ist das nicht schon längst geschehen ???	n. a.	OB
M154_010	Es wäre toll, wenn der "Gewinn für die Menschheit" durch diese Modernisierung transparent dargestellt werden würde, z.B. wie viel CO2 wurde dadurch eingespart etc. Dies könnte ein tolles Beispiel für Bürger und Industrie sein und könnte ebenfalls zu Anregungen von Modernisierungsmaßnahmen führen.	n. a.	OB
M154_011	Unterstützung auch für Kommunen	0	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M154_012	Ein Austausch von Verbrennungsmotor durch einen Elektromotor wird uns nicht zur Nachhaltigkeit bringen. Mobilitätsmanagement ist gut formuliert.	n. a.	OB
M154_013	na ja, solange Herr Kretschmann die gepanzerte Limousine behält, hilft es ja nicht wirklich, wenn dazu noch ein E- oder H2-Auto zusätzlich angeschafft wird, oder?	n. a.	OB
M154_014	Ein solches Investitionsprogramm bringt nix im ländlichen Raum	n. a.	OB
M154_015	Bitte keine E-Autos bevor die Energiebilanz eines konventionellen Autos zu einem E-Auto vollständig verglichen ist von der Herstellung über die Nutzung bis zur Entsorgung. Es ist nachgewiesen, dass ein Benziner die bessere Bilanz liefert	n. a.	OB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M154_016	Die Förderung von rein menschlich betriebenen Fahrrädern sollte nicht unter den Tisch fallen, denn auch bei Produktion und Betrieb von E-Fahrrädern entstehen teilweise erhebliche Emissionen - insbesondere beim deutschen Strommix. Eine Fokussierung auf rein elektrische Antriebsformen setzt das falsche Signal. Subventionen für "E" und "nicht E" in gleicher Höhe!	n. a.	OB
M154_017	Ein weiterer Punkt ist die Einführung von manuellen Reinigungsgeräten, wie z.B. Besen. Abschaffung von Laubbläsern mit Verbrennungsmotor.	n. a.	OB
M154_018	Hybridfahrzeuge sollten nicht gefördert werden. Gefördert werden sollten Nullemissionsfahrzeuge.	n. a.	OB
M154_019	alle drei Instrumente (M154, M155, M 156) gibt es bereits, Fortführung und Ausbau Job-Ticket als Maßnahme ergänzen, weitere Maßnahmen fordern, z. B. Minimierung	n. a.	OB

	und Ausgleich Luftverkehr, bei Pkw statt Elektrifizierung eine Maßnahme, mit Ziel weniger/kleinere Fahrzeuge und vermeidbare Fahrten (ggf. über Vorschrift/Erlass) verhindern - Indikator Fahrleistung ergänzen		
M154_020	Zum Mobilitätsmanagement zählt eine Novelle des Landesreisekostengesetzes. Hier sollte beispielsweise festgehalten werden, dass innerdeutsche Flüge nur in Ausnahmefällen zulässig sind. Grundsätzlich sind Dienstreisen mit dem Umweltverbund (ÖPNV, Rad, zu Fuß) durchzuführen. In Ausnahmefällen ist die Verwendung eines Dienstfahrzeuges zulässig. Die Beschaffung kann sich an künftigen Emissionsgrenzwerten orientieren (Beispielsweise kein Neufahrzeug mit mehr als 95 g CO2/km	n. a.	OB
M154_021	Und alternative Kraftstoffe?	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M155	Mobilitätsmanagement Rad-Infrastruktur in der Landesverwaltung		
	<p>Um das Radfahren für alle Beschäftigten der Landesverwaltung attraktiver zu gestalten, unterstützt das Verkehrsministerium die Dienststellen des Landes bei der Beschaffung und Errichtung von Rad-Infrastruktur.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Rad-Infrastruktur in der Landesverwaltung <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.4. S. 17 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 18				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	1	0	17
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	OK; Gute Idee.; Gut; Sehr sinnvoll		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=19)	Verbändebeteiligung (n=18)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M155_001	Wetterfeste Radschnellwege durch mit PV überdachte Rad-Schnellwege	n. a.	OB
M155_002	Die Radinfrastruktur muss auch mit Abstellplätzen etc. gestärkt werden, die Möglichkeit zum Jobrad ist wie oben bereits erwähnt zu schaffen.	n. a.	OB
M155_003	Das halte ich für eine flankierende Maßnahme, wobei allerdings die örtlichen Gegebenheiten zuvor erfasst werden müssen.	n. a.	OB
M155_004	Gute Idee, bitte auch an Leih- und Sharing Systeme denken!	n. a.	OB
M155_005	Warum ist das nicht schon längst unter einer grünen Regierung geschehen???	n. a.	OB
M155_006	Bitte keine isolierte Bevorzugung von Landesstellen	n. a.	OB
M155_007	Endlich Einführung einer Lösung für "Dienstrad"	n. a.	OB
M155_008	Auf kommunale Verwaltungen ausweiten, Radförderung verbessern, ohne die Gewerkschaften gegen sich aufzubringen (Thema Bruttolohn, Jobrad etc.)	n. a.	OB
M155_009	Finde ich mal gut, wenn die Beschäftigten des Landtages, ich hoffe das schließt die Abgeordneten ein, mit dem Fahrrad kommen	n. a.	OB
M155_010	Wir bitten allerdings darum, noch folgende zusätzliche Instrumente aufzunehmen: - Dauerhafte Förderung von Job-Tickets - Förderung von Job-Rädern - Förderung von Fahrgemeinschaften - Klimaschutz orientiertes Dienstreisemanagement und Verwaltungslogistik Wenig ambitioniert ist der vorgesehene Zielwert für den CO ₂ -Ausstoß der Bestandsfahrzeuge. Wir regen einen Zielwert von 70 g CO ₂ /km bis 2025 und von 40 g	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	CO ₂ bis 2030 an.		
M155_011	Unterstützung auch für Kommunen	5	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M155_012	klar: Förderung von E-Bikes, denn wenn sich das Wetter (ist ja nicht das Klima ;-) weiter so entwickelt, wird es vom Frühjahr bis Herbst nicht regnen, oder es stürmt dann eh so, dass keiner mehr ins Büro kann, und dann kann er zuhause im Home- Office mit digitalisierten Akten und Anfragen arbeiten (oder?)	n. a.	OB
M155_013	Deutlich mehr Radabstellplätze in der Innenstadt, hier sind meist zu wenige	n. a.	OB
M155_014	Deutlich mehr Radstellplätze in der Innenstadt, Sicherung der Radwege vor allem für Schüler	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M155_015	Rad-Infrastruktur sollte allgemein verbessert werden.	n. a.	OB

M156	Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in der Landesverwaltung
<p>Aus Gründen des Klimaschutzes, der Luftreinhaltung sowie der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit soll die Bewirtschaftung (Bepreisung) der rund 57.500 landeseigenen Stellplätze schrittweise ausgeweitet werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.4.4. S. 17 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 15				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	0	16
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur</i>	5	OK; Gute Idee.; Ja!; Gut		

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme				
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	1	Bringt nix im ländlichen Raum		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung		Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=19)	Verbände e beteiligung (n=18)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/	
Ihre Umsetzung ist notwendig			/	
Die Umsetzung unterstütze ich			/	
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/	


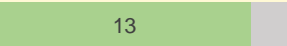


B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M156_001	Zusätzlich wäre es wünschenswert, wenn Stellplätze gestrichen und Fahrrädern zur Verfügung gestellt würden.	n. a.	OB
M156_002	Gerne auch bei gleichzeitiger Verknappung der Stellplätze bzw. deren Umwidmung in Baumflächen oder Fahrradstellplätze.	n. a.	OB
M156_003	Es gibt hier tolle Modelle wie z.B. gestaffelte Preise je nach Einsatz des Fahrzeugs für den Dienstgebrauch o.ä., hier ist das Potential auszuschöpfen. Auch die Schaffung von Fahrgemeinschaftsparkplätzen ist ein Ansatz.	n. a.	OB
M156_004	Nicht ausgeweitet, sondern es darf bereits Ende 2020 keine kostenlosen Parkplätze mehr geben. Die Parkgebühren sollten zur Verbilligung eines Jobtickets bzw. zur Finanzierung von Leih und Sharing Systemen (Nullemissionsfahrzeuge) verwendet werden.	n. a.	OB
M156_005	Letztlich stellt die Bereitstellung eines kostenfreien Parkplatzes eine Subventionierung fossiler Energieträger dar. Zur Gleichbehandlung der PKW-Nutzer sind zeitnah kostendeckende Parkgebühren einzuführen (orientiert an marktüblichen Mietpreisen)	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge


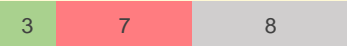
M156_006	In Verbindung mit Angeboten für ÖPNV, Radverkehr, etc. wichtig. Aber wer nicht anders kann als mit dem Auto aus dem Land zu kommen, wo es halt immer noch keinen Bus gibt, der sollte nicht zahlen müssen, also eine Bewertung wer bezahlt, wer nicht. Auch Schwerbehinderte können sicher weniger auf nen PKW verzichten.	n. a.	OB
M156_007	Parallellaufende Erprobung von Umnutzung (als Grünraum, mit Sitzgelegenheit, ...)	n. a.	OB
M156_008	Parkgebühren für fossile Verbrenner deutlich erhöhen, Blaue Plakette einführen	n. a.	OB
M156_009	Transparenz, wofür die Mittel verwendet werden sollen (Klimaschutz)	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M156_010	Nicht den Parkraum optimieren, sondern reduzieren! Es muss eine echte Notwendigkeit zur Nutzung von ÖPNV entstehen, bevor sich Autofahrer ändern!	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

5. HANDLUNGSFELD: ERNEUERBARE BRENNSTOFFE

M157	Weiterentwicklung synthetischer Brennstoffe
<p>In manchen Bereichen ist der Ersatz von fossilen Brennstoffen durch direkte Nutzung von Erneuerbaren Energien oder durch die Nutzung von Strom bislang schwierig. Dies gilt etwa für den Luftverkehr, die Schifffahrt, den Güterfernverkehr auf der Straße oder auch zahlreiche Industrieprozesse. Auch für die Stromerzeugung in Zeiten ohne Wind und ausreichende Sonneneinstrahlung könnten synthetische Brennstoffe langfristig eine Rolle spielen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Synthetische Brennstoffe durch Forschung und Entwicklung so weiterentwickeln, dass diese möglichst effizient erzeugt und kostengünstig in Anwendungsbereichen genutzt werden können, die anderweitig nicht klimaneutral betrieben werden können. <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.5. S. 18 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 28				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	2	0	26
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	6	Ja, unbedingt!; Gut; Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, der mit Sicherheit zukunftsweisend ist.; Ja, ein wichtiger Bestandteil der Energiewende.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	1	0	/

B **Kommentarinhalt**

Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M157_001	Vor allem sollte die Förderung der Wasserbrennstoffzelle gefördert werden und mehr Tankstellen für diese Antriebskraft zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist es wichtiger den LKW-Verkehr auf die Schiene zu verlegen, anstatt ihn etwas sauberer zu werden lassen.	n. a.	OB
M157_002	Veränderungsvorschlag im wording: "[...]Entwicklung so weiterentwickeln, dass diese möglichst klimaneutral und effizient erzeugt, sowie kostengünstig in Anwendungsbereichen[...]"	n. a.	OB
M157_003	Der Ausbau im Bereich Wasserstoffnutzung ist aus meiner Sicht ebenfalls voran zu treiben, die Nutzung überschüssigen Erneuerbaren Stroms ist hier ein wichtiges Thema. Parallel zur reinen E-Mobilität sollte hie Ba.-Wü. schnell vorankommen, um Arbeitsplätze zu sichern.	n. a.	OB
M157_004	Gute Idee. Hier steht aus meiner Sicht die Industrie/ Unternehmen in der Pflicht, da diese dann auch Gewinn aus dem (erfolgreichen) Produkt schlagen werden.	n. a.	OB
M157_005	Hierbei ist darauf zu achten, dass damit nicht der DUAL USE von gewöhnlichen Verbrennungsmotoren gefördert wird. Für die Bewältigung von Dunkelflauten sollte primär ein stärkerer Austausch von Strom im europäischen Rahmen gesetzt werden, z.B. Speicherung in norwegischen Pumpspeicherkraftwerken. Auf Wandlungseffizienz muss geachtet werden.	n. a.	OB
M157_006	Es wären auch die Entwicklung einer (evtl. mobilen) Lösung zur Erzeugung von Wasserstoff aus den Überkapazitäten der Windparks sinnvoll. Aktuell werden einzelne Windenergieanlagen bei Überkapazität gestoppt bzw. die Strommengen an der Strombörse 'verschenkt'. Idee: Anlage zur Wasserstofferzeugung steht direkt in größeren Windparks und erzeugt vor Ort durch Nutzung der Überkapazitäten sehr kostengünstig den Wasserstoff.	n. a.	OB
M157_007	Förderung der Forschung und schnellen Umsetzung von Power to Gas, so dass in Zukunft CO2 neutral erzeugte (hoffentlich überschüssige) Energie (Strom) in Gas umgewandelt werden kann. Somit müssen dann nicht die PV- oder Windkraftanlagen bei Überproduktion gedrosselt werden. Gleichzeitig kann auch ein bestehendes Leitungsnetz (Gas) verwendet werden, um die dann CO2 neutralen Gasmenge zu transportieren	n. a.	OB
M157_008	Förderung der Forschung für Power to Gas, um in Zukunft der Überschuss von neutral produziertem Strom komplett verwenden zu können, um in Zukunft keine Abregelung bei CO2 neutral erzeugtem Strom zu haben	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M157_009	(synthetische Kraftstoffe: u.a. Forscher der RWTH Aachen sehen hier mittel- bis langfristig und im globalen Maßstab und bei EE-Überschüssen (aus Nordafrika etc.!) die alleinige Chance den Klimawandel einzudämmen, gerade angesichts der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung in China, Indien, Afrika)	n. a.	OB
M157_010	Das Potential von Bestands-Biogasanlagen (besonders nach Auslaufen von EEG-Vergütung!!) sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden: - Speicherung von Überschuss-Strom als hydrolytisch erzeugter Wasserstoff im Bioreaktor. Dort Synthese zu Methan - Reinigung von Methan für Erdgasfahrzeuge - Rückführung Restgas (überwiegend CO2) in den Reaktor zur weiteren Methanogenese mit Wasserstoff. Dies könnte ebenso einen Beitrag zum Smart-Grid bedeuten.	n. a.	OB
M157_011	Forschen in D ist immer gut, sonst kaufen wir in 5 Jahren nur noch chinesische E-Autos, Bündelung mit Forschung in anderen Ländern wie Skandinavien, etc., um von Erfahrung zu profitieren und Geld besser abgestimmt auf unterschiedliche Themen zu verwenden, nicht am exakt gleichen forschen	n. a.	OB
M157_012	Zwingend notwendig, wenn der private Haushalt aus der fossilen Energieversorgung aussteigen soll. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M157_013	Wir dürfen uns nicht von einer Energieform (Photovoltaik) abhängig machen. Es gibt viele alternative Energieformen, die von der Regierung gefördert werden sollten.	n. a.	OB
M157_014	Aus Sicht des BUND sollte im IEKK ausdrücklich die Nutzung von Biokraftstoffen ausgeschlossen bzw. auf Sonderfälle (Landwirtschaft) beschränkt werden. Bei Berücksichtigung strikter Nachhaltigkeitsstandards auf der Grundlage ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Kriterien sowie der Einbeziehung indirekter Landnutzungseffekte verbietet sich der breite Einsatz von Biokraftstoffen.	n. a.	OB
M157_015	Die positive und technologieoffene Betrachtungsweise dieser Thematik wird begrüßt. Zudem stimmen wir mit der Einschätzung überein, dass aktuell noch unklar ist, welche Rolle Wasserstoff und synthetischen Brennstoffen in Zukunft zu Teil wird. Den Hinweis, dass man in Baden-Württemberg wegen der „ <i>nur begrenzten Flächen für deren Nutzung</i> “ zur Verfügung hat und daher nicht so stark auf dieses Thema bei den Maßnahmen fokussieren möchte, halten wir allerdings für zu kleinteilig gedacht. Speziell Baden-Württemberg verfügt über eine exzellente Forschungsinfrastruktur, die sich dieser Thematik bereits heute widmet und diese Aktivitäten noch weiter ausbauen sollte. Sollte hieraus ein zusätzlicher Flächenbedarf erwachsen, der dann vielleicht außerhalb von Baden-Württemberg gedeckt werden könnte, sollte dem nichts im Wege stehen. Vielmehr müsste dies dann eben durch entsprechende Kooperationen mit geeigneten Regionen außerhalb von Baden-Württemberg abgedeckt werden.	n. a.	OB
M157_016	Technologieoffene Ausgestaltung	5	VB
M157_017	Ausbau und Erhalt der infrastrukturellen Voraussetzungen für synthetische Brennstoffe (Gasinfrastruktur z.B. Speicher)	2	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M157_018	Außer der Erzeugung von Wasserstoff für Brennstoffzellen oder ggf. noch Methangas für das deutsche Gasnetz ist die Nutzung von synthetischen Kraftstoffen	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	(Benzin, Kerosin, etc.) aus Erneuerbaren Energien völliger Unsinn, da sie mit erheblichen Wirkungsgradverlusten sowohl bei der Erzeugung als auch bei der Verbrennung verbunden ist und nur der Erhaltung des Status quo für die Verbrenner dient!		
M157_019	Nein, stattdessen bewährte Techniken der Stromspeicherung und Schnellladung fordern und fördern	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M157_020	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M157_021	stimmt es, dass aus einem großen Ballenstroh, synthetischer Kraftstoff für den Jahresbedarf eines Kleinwagens hergestellt werden kann? (Heute Show Mai 2019), wenn dies Stimmt hat die Sache Potential- Förderung / Forschung intensivieren	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M157_022	Nicht die Kosten sollten im Vordergrund stehen, sondern die Klimaneutralität.	n. a.	OB
M157_023	Im Fall von LKW scheinen die volkswirtschaftlichen Kosten von Oberleitungsinfrastruktur und entsprechenden Fahrzeugen unter denen einer Re-Fuel-Infrastruktur zu liegen. Wasserstoff o.ä. wären dann nur auf der letzten Meile schwerer LKW notwendig.	n. a.	OB

6. HANDLUNGSFELD: DIGITALISIERUNG

M158	Landesstrategie Green IT 2020
<p>Die im Jahr 2014 verabschiedete „Landesstrategie Green IT 2020 in der öffentlichen Verwaltung Baden-Württemberg“ wurde für den Umsetzungszeitraum 2015 - 2020 konzipiert. Sie verfolgt dabei u.a. Ziele zur Senkung des IT-Energieverbrauchs und des Verbrauchs natürlicher Ressourcen Die Landesverwaltungs-IT nimmt momentan ca. 1/5 des gesamten Stromverbrauchs der Landesverwaltung ein, daher wurden und werden Effizienzmaßnahmen gefördert, die den Zielen der Landesstrategie dienlich sind.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Informationsplattform https://green-it.baden-wuerttemberg.de/ • Experten- und Erfahrungsaustausch über Forum Green IT, bedarfsgerechte Workshops und Schulungen • Förderung von Effizienzmaßnahmen über Sachmittel der Kompetenzstelle Green IT <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.1. S. 19 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen				
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 17</i>					
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>	
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	0	17	
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>					
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>			
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	2	OK; ok			
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0				
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>					
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>		
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #8bc34a; width: 50%; text-align: center;">11</div> <div style="background-color: #bdbdbd; width: 50%; text-align: center;">8</div> </div>		<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #8bc34a; width: 33%; text-align: center;">8</div> <div style="background-color: #e91e63; width: 33%; text-align: center;">5</div> <div style="background-color: #bdbdbd; width: 33%; text-align: center;">5</div> </div>		/




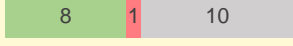
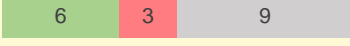
Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

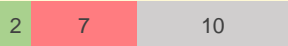

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M158_001	Die IT Infrastruktur ist wichtig und muss sicher laufen, beispielsweise würde eine Förderung zur Anschaffung von "Green IT" den Kommunen im Bereich der Beschaffung eine Erleichterung bringen.	n. a.	OB
M158_002	Berücksichtigung von Recycling der Geräte bzw. deren Komponenten.	n. a.	OB
M158_003	Information und Erfahrungsaustausch unbedingt. Der Energieverbrauch könnte auch dadurch gesenkt werden, dass alte, stromfressende Hardware durch neue, stromsparende ersetzt wird - aber: Kosten!	n. a.	OB
M158_004	Die Landesverwaltung sollte verpflichtet werden nur 100% EE Strom einzukaufen.	n. a.	OB
M158_005	Insbesondere die Nutzung der Abwärme hat ein großes Potential	n. a.	OB
M158_006	Stichwort: Green Controlling bzw. Energie-Controlling, also bei der Anschaffung von Hardware auch auf den Verbrauch und die Umweltbelastung achten.	n. a.	OB
M158_007	Der Stromverbrauch für IT, die Datentransferraten sowie die in der Cloud gespeicherten Datenmengen sollen zurückgefahren werden. Hierzu ist zeitnah ein Plan zu erstellen. Wenn der Plan ergibt, dass nicht mehr alle IT-Systeme wie bisher aufrechterhalten werden können und nicht mehr alle IT-Projekte wie geplant realisiert werden können, ist dem Klimaschutz Vorrang vor der IT-Nutzung zu geben.	n. a.	OB
M158_008	Open-Source Bürosoftware läuft oft deutlich effizienter, weil sie nicht damit beschäftigt ist, Nutzungsdaten abzugreifen und an Amerikanische Server zu senden. Damit IT nachhaltiger werden kann, sind von Seiten des Landes Investitionen in Open Source Programme nötig, sowie in die digitale Bildung von Bürgerinnen und Bürgern. Künstliche Intelligenz, wenn auch ein aktuelles Forschungsthema, ist extrem Energieineffizient, der Bau von neuen KI-Clusters sollte unter allen Umständen vermieden werden.	n. a.	OB
M158_009	Der Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen sollte innerhalb eines definierten Zeitraums beendet werden.		
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M158_010	Energiefressenden Kryptowährungen den Kampf ansagen (Blockchain Konzept)	n. a.	OB
M158_011	Ist nicht schon beinahe 2020? Ist eine Fortschreibung des Projekts vorgesehen?	n. a.	OB
M158_012	Für den Bau neuer Rechenzentren wird eine Verpflichtung zur Erstellung eines Wärmenutzungskonzeptes empfohlen. Diese Abwärme kann wiederum ein Baustein der jeweiligen kommunalen Wärmeplanung sein. Bei der Erneuerung von Rechenzentren ist auf eine möglichst hohe Betriebstemperatur der IT zu achten, um möglichst hohe, sinnvoll nutzbare Abwärme zur Verfügung zu haben. Empfohlen wird ein Pilotprojekt beispielsweise zur Abwärmenutzung des Höchstleistungsrechenzentrums Stuttgart mit Hilfe einer Wärmepumpe im Fernheiznetz des Campus Vaihingen.	n. a.	OB
M158_013	Landesmitarbeiter sollten dabei unterstützt werden, klimafreundlich Dienstreisen durchzuführen. Insbesondere: - Vereinfachte Abrechnung bei Nutzung des ÖPNVs anstatt eines privaten Fahrzeugs. Wenn ich das eigene Auto angebe, muss ich nur sagen, wie viele Kilometer ich gefahren bin. Beim ÖPNV muss ich jede einzelne Fahrkarte aufheben und erklären. - Vereinfachte Nutzung der 1. Klasse durch weniger strenge Vorgaben. - Vereinfachte dienstliche Finanzierung der BahnCard 50. Vielleicht wäre sogar ein generelles Abkommen mit der Bahn interessant, um allen Landesbediensteten eine BahnCard 50 zur Verfügung zu stellen. Das macht den Bankverkehr überhaupt erst attraktiv ggü. dem Auto. - Abrechenbarkeit von CO2-Ausgleich: Wenn es sich nicht vermeiden lässt zu fliegen, sollten CO2-Ausgleichsmaßnahmen als Teil der Kosten der Dienstreise anrechenbar sein. Das Land könnte Vorgaben machen, welche Anbieter hierfür zulässig sind.	n. a.	OB
M158_014	Bitcoin, Digitalisierung, 5G benötigt unglaubliche Mengen an elektrischer Energie, wann wird offen darüber gesprochen, wann werden Entscheidungen bekannt gemacht?	n. a.	OB
M158_015	Wieviel des Ziels dieser Planung sind seit 2015 erreicht worden? Nur wenn das nennenswert ist weitermachen ansonsten beenden.	n. a.	OB
M158_016	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M159	Einrichtung einer landesweiten, offenen Mobilitätsdatenplattform bei der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg
<p>Mit der Mobilitätsdatenplattform Baden-Württemberg entsteht 2019 ein zentraler Hub zur digitalen Mobilität, in dessen Umfeld sich ein „Business Ecosystem“ für neue, nachhaltige und explizit klimafreundliche Mobilität entwickeln kann. Der Open-Data-Gedanke ist dabei das Leitprinzip. Die Mobilitätsplattform bündelt und clustert Daten und gibt sie weiter-mit einem gemeinwohlorientierten und diskriminierungsfreien Ansatz. Sie ist Basis für innovative Beiträge zur Förderung nachhaltiger Mobilität und richtet sich explizit an die Entrepreneur-Szene und die anwendungsnahe Forschung und Entwicklung.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Zusammenführung und Offenlegung von bislang getrennten Datenbeständen in den Bereichen ÖPNV, Straßenverkehr und neuen Mobilitätsdiensten <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.1. S. 19 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A		In Zahlen		
Gesamtanzahl Kommentare: 17				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	2	0	15
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Sehr gut; Gute Idee.; Ja, eine Offenlegung der Daten ist eine sinnvolle Sache!; sehr sinnvolle Maßnahme!		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	2	2	1

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M159_001	Der Ausbau des ÖPNV auch in ländlichen Gebieten ist wichtig, die passende Datengrundlage zu schaffen ein sinnvoller Ansatz zur Verbesserung des Angebots.	n. a.	OB
M159_002	sehr gut, die APP sollte kostenlos und datensparsam sein.	n. a.	OB
M159_003	Aufbauend auf Kommentar zu M79 können digitale Systeme eine Transportbedarfsplanung unterstützen um auf tageszeitlich und kleinräumig/geographisch unterschiedliche Nachfrage zu reagieren. Denkbar sind eine Online- bzw. Echtzeitplanung mit individueller Bedarfs(vor)anmeldung im zeitlichen Rahmen 15-30 min vor Fahrtantritt oder ein aus empirisch erhobenen Nutzungsdaten abgeleitetes Transportangebot. Je nach Nachfrage kann das Fahrzeugangebot (Busse, Kleinbusse) im Tagesverlauf und je nach Strecke skaliert werden. (Duplikate: 2)	n. a.	OB
M159_004	Soll dies bedeuten, dass zukünftig eine App / Website / zentrale Stelle Fahrplan-Auskünfte, Verbindungen, Verfügbarkeit Carsharing / Leihräder, Tickets & Reservierungen für alle Anbieter und alle Mobilitätsangebote anbieten soll? Fände ich mehr als genial! Aber bitte keinen Alleingang von Baden-Württemberg. Ich wünsche eine europaweite Plattform;)	n. a.	OB
M159_005	wäre wunderbar, alle Netze liefern die Daten um 1) mit allen zu planen um von A nach B zu kommen 2) in BW, dann in D, und bitte auch in EU - denn ich möchte auch weiterhin mal nach Südtirol oder ins Elsass :-)) 3) Tarife sollten verfügbar sein, um sich auch Verbindungen gleich buchen zu können (und bei der Bahn endlich bitte auch mal Fahrräder im ICE und buchbar in ICE und IC !!)	n. a.	OB
M159_006	Weiter fördern, Öffentlichkeit herstellen	n. a.	OB
M159_007	Unbedingt kurzfristig machen und alle Leistungserbringer in den Ausschreibungen verpflichten zeitnah und kompetent einzuspeisen. Dazu gehört auch Training des Fahrpersonals, das nicht erst bei Abfahrt von „Pause“ auf das Ziel umstellen darf. Unbedingt schnellstmöglich machen	n. a.	OB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle


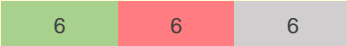




Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M159_008	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M159_009	Einbindung Taxigewerbe?	0	VB
M159_010	Neue Mobilitätsdienste sind zum Teil Wettbewerbsdaten, daher eher schwierig	4	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M160	Förderung von offenen Datenbeständen		
	<p>Mit der Projektförderlinie MobiArch BW setzt sich das Ministerium für Verkehr gezielt für die Offenlegung von bislang nicht zugänglichen, proprietären Datenbeständen und deren Anwendung in Maßnahmen für eine nachhaltigere, auch klimaverträglichere Mobilität ein. Start der einzelnen Projektmaßnahmen ist in Quartal 2/2019.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projektförderlinie Mobilitätsdatenarchitektur Baden-Württemberg (MobiArch BW) <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.2. S. 21 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

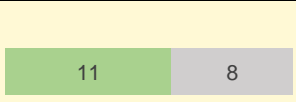
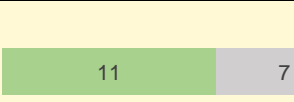

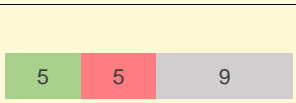
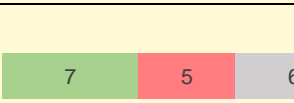
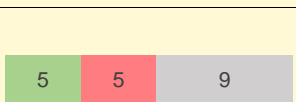
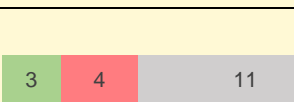
A	In Zahlen			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 9</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	0	10
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	OK; Unbedingt!; Ja; Guter Ansatz		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	3	0	/

B Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M160_001	Offene Datenbestände in deutlich größerem Umfang auch bei Daten für GIS. Diese dienen auch zum schnelleren Erkennen und Ausnutzen von Chancen zur Errichtung von erneuerbaren Erzeugungsanlagen.	n. a.	OB
M160_002	Die Offenlegung sollte spätestens 2025 umgesetzt sein.	n. a.	OB
M160_003	Klingt gut, hoffentlich bewirkt es auch was siehe M159 und den Themenbereich Verkehr	n. a.	OB
M160_004	Eine Transparente Datenlage zur Kommunalen Nutzung zu schaffen ist in allen Bereichen wichtig, um die Planungen auch interkommunal richtig zu erstellen	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M160_005	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatriftschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M161	Förderung von offenen Datenbeständen
<p>In dem vom Ministerium für Verkehr bis April 2019 geförderten und von der baden-württembergischen Software-Industrie durchgeführten Projekt „Mobilitätsinformation und Verkehrssteuerung Baden-Württemberg“ (moveBW) entstand ein umfassender, App-basierter Mobilitätsassistent für Pendlerinnen und Pendler. Die entwickelte App verknüpft den motorisierten Individualverkehr mit Mobilitätsalternativen im ÖPNV und im Bereich der Sharing Economy.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dauerbetrieb des App-basierten Mobilitätsassistenten für Pendlerinnen und Pendler 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.2. S. 21 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	



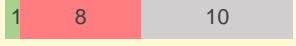
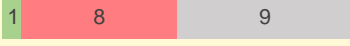
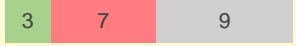

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 14				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	1	0	14
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	Finde ich gut; Ja, eine auf die Zukunft ausgerichtete Maßnahme.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>				/

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Maßnahme ist unklar	1	0	4
-------------------------	---	---	---

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M161_001	Sehr gut, wenn's einen guten, attraktiven ÖPNV geben sollte.	n. a.	OB
M161_002	Schnelle Einführung mit entsprechender Werbung in interessierten Kommunen wäre sinnvoll	n. a.	OB
M161_003	Kostenlos und datensparsam	n. a.	OB
M161_004	Einbindung von Carsharing Angeboten in den Kommunen prüfen	3	VB
M161_005	Die Nutzung von Apps die dem Nutzer auch tatsächlich einen Vorteil verschaffen ist sinnvoll. Es ist darauf zu achten, dass hier nicht nur teilweise unsinnig Daten gesammelt werden.	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M161_006	Ist keine Aufgabe des Landes	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M161_007	Was nützen Mobilitätsassistenten, wenn Pendler in Zügen sitzen, die große Verspätungen wegen veralteter Schieneninfrastruktur (Signalanlagen, Stellwerke, Weichen usw.) aufbauen?	n. a.	OB
M161_008	Auch Erkenntnisse wie aus dem Reallabor Schorndorf ernstnehmen und Umsetzung bzw. Weiterführung von erfolgreichen Experimenten erlauben (was ggf. flexiblere rechtliche Rahmenbedingungen erfordert)	n. a.	OB
M161_009	Autobahnen müssen mit Zeitangaben zum Fahrziel ausgestattet werden. Z.B. Stau A8 bei Pforzheim Ziel Karlsruhe 45 min, Alternativ über Umleitung XY 55 min, diese Angabe würde ein grundsätzliches hektisches Abfahren verhindern, Info sollte auch zeitnah im Radio und den Navigationsgeräten erscheinen	n. a.	OB
M161_010	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M161_011	Wichtig: alle App-basierten Dienste sollten auch ohne App zur Verfügung stehen!	n. a.	OB

M162	Mobilitätsstipendium Baden-Württemberg
<p>Im Rahmen des Mobilitätsstipendiums Baden-Württemberg hat das Ministerium für Verkehr bis Ende 2018 elf digital basierte Mobilitätsprojekte mit klarem Nachhaltigkeitsbezug gefördert. Teil der Ergebnisse ist beispielsweise eine kostengünstige White-Label-Lösung zum Bikesharing, die gerade kleineren und mittleren Kommunen mittelfristig den Einstieg ins Sharing von nachhaltigen Verkehrsmitteln ermöglichen kann.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Ideelle und finanzielle Unterstützung der Ergebnisse aus dem Mobilitätsstipendium Baden-Württemberg <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.2. S. 21 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 10				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändefeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	0	0	11
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	7	Ok; Gute Idee.; Ja!; Ja. Wir brauchen dringend Starhilfen für neue Verkehrskonzepte.; Eine Förderung nachhaltiger Mobilität mit den richtigen Ansätzen zur Stärkung der Kommunalen Vorbildwirkung ist zu begrüßen.; Ja;		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>	<i>Verbändefeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/	
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/	

Die Maßnahme ist unklar	0	0	/
-------------------------	---	---	---

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M162_001	Infos aktiv an die Gemeinden weitergeben	n. a.	OB
M162_002	Die Projekte sollten dann aber auch flächendeckend umgesetzt werden.	n. a.	OB
M162_003	warum nicht, aber den Stand der APP die 2016 angefangen war, kann man nicht erfahren hmhm ... dann doch lieber Apps wie in Tallin, die nun in Berlin eingeführt werden. Also: nicht einfach wieder was Neues anfangen und irgendjemand bekommt Förderung, und das Ergebnis landet in einer Schublade (worst case), sondern vorhandenes suchen, nutzen, ausbauen. Denn auch Zeit ist Geld.	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M162_004	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

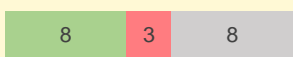
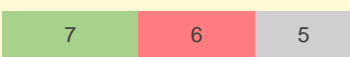
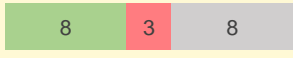
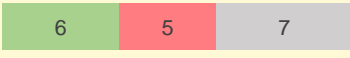
M163	E-Ticketing Baden-Württemberg
<p>Das Land ermöglicht mit dem Förderprogramm LETS!go den Verkehrsunternehmen und –verbänden in Baden-Württemberg, die Kontrollinfrastruktur für E-Ticketing landesweit aufzubauen. Darüber hinaus läuft derzeit die Beschaffung sogenannter Produktmodule für die Verbundtarife in Baden-Württemberg. Diese bilden die technische Grundlage für E-Ticketing nach dem aktuellen Branchenstandard. Das Land vereinfacht damit die Einführung von E-Ticketing nach aktuellen Standards in mehrfacher Hinsicht.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • E-Ticketing Baden-Württemberg: Fortführung der Vereinfachung der Einführung von E-Ticketing 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.2. S. 21 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A		In Zahlen		
Gesamtanzahl Kommentare: 11				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	0	0	12
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Ok; Sehr wichtig!; Gute Idee.; Dranbleiben		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>				/



Die Maßnahme ist unklar	0	1	1
-------------------------	---	---	---

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M163_001	Das System sollte existierende Systeme wie handyticket Deutschland mit einbeziehen oder darauf aufsetzen.	n. a.	OB
M163_002	ja, immer, Automaten an Bahnhöfen dauern zu lange, gerade wenn's "präsiert" 1) app (s. vorne aber übergreifend) 2) scannen NFC beim Einstieg, beim Um- und Ausstieg - > dafür aber dann nicht die Einzelstrecken kumuliert, sondern hier bedarfs es dann Tarifen für Zonen, Länder ...	n. a.	OB
M163_003	Außerdem mehr Kooperation zwischen den regionalen Verkehrsverbänden (auch im "analogen" Bereich).	n. a.	OB
M163_004	Die Tarifstruktur im ÖPNV sowie die Verknüpfung von Tarifen über Kreisgrenzen hinweg ist ein wichtiger Ansatz, um den ÖPNV im ländlichen Raum zu stärken.	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M163_005	E-Ticketing darf nicht dazu führen, dass gedruckte Fahrscheine rasch zum Auslaufmodell werden. Man stelle sich nur vor, wie viel Energie - und Zeit bei der Kontrolle von Fahrscheinen - benötigt wird, wenn Fahrkarten nur noch digital auf dem Smartphone erhältlich sind.	n. a.	OB
M163_006	Bitte nicht das falsche Problem lösen. Im Auto brauche ich kein Ticket, das muss für den ÖPNV auch das Ziel sein, einmalig investieren (statt ins Auto in eine Netzkarte) und dann für immer ohne Aufregung in allen, ja ALLEN, Verkehrsmitteln fahren, auch Taxi.	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M163_007	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M164	Kontrolle von Regelungen
<p>Digitalisierung kann Mobilitätsangebote attraktiver gestalten (bessere Vernetzung der Verkehrsträger, flexiblere Angebote etc.). Dadurch wird in der Regel mehr Verkehr erzeugt – ein Klimaschutzbeitrag entsteht nur, wenn mit der Angebotsverbesserung im Umweltverbund zugleich fossil betriebene Verkehre erschwert werden. Dies kann z.B. durch digital überwachte Geschwindigkeiten, digitale Sicherstellung von vorgesehenen Flächennutzungen oder digital gestützte Preissysteme geschehen.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parkraummanagement • Verhinderung missbräuchlicher Flächennutzung • Geschwindigkeitsüberwachung <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.2. S. 22 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 26				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändeebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	12	0	15
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	3	Gute Idee.; Uneingeschränkte Zustimmung;		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändeebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M164_001	Überwachung + konsequente Ahndung von Vergehen. Die Leute sollen sich keine Sonderrechte, wie schnelles Fahren oder überall Parken, "erkaufen" können	n. a.	OB
M164_002	Sehr gute Ideen! Missbräuchliche Flächennutzung sollte darüber hinaus finanziell stärker bestraft werden.	n. a.	OB
M164_003	Der ÖPNV muss mittelfristig auf emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt werden, eine Förderung schafft hier einen Anreiz.	n. a.	OB
M164_004	Zeit- und bedarfsgesteuertes Parkraum Management einführen. Eventuell sogar lastgesteuerte Zugangsbegrenzung von Fahrzeugen in Innenstädten.	n. a.	OB
M164_005	Wo gibt es Parkplätze (langes wildes suchen vermeiden) - in Apps wie auch durch Beschilderung - freie Plätze grün ... wie in Parkhäusern, wo es überall installiert werden sollte (solange das Auto nicht alleine dort reinfahren kann) und bitte mi KI, damit man nicht bei 2 freien Plätzen als dritter dort ankommt - Parkverbote durchsetzen, ich sag mal, wenn solche Dinge nicht geahndet werden bekommt man es auch nicht abgestellt, oder anders und extremer: Autofahren muss in manchen Stellen uninteressant werden, gerade bei neu umgewidmeten Flächen die die Bewohner, muss MIV etwas weichen	n. a.	OB
M164_006	ÖPNV muss gleichzeitig erschwinglicher werden.	n. a.	OB
M164_007	Intensive Kontrollen, leider auch mit härteren Strafen sonst wird die Sache nicht ernstgenommen	n. a.	OB
M164_008	Naja, da gibt es wichtigere oder dringlichere Maßnahmen.	n. a.	OB
M164_009	Wichtig ist hier die Einhaltung des Datenschutzes!	n. a.	OB
M164_010	Überprüfung der Maßnahmenumsetzung ist sinnvoll	1	VB
M164_011	Kontrolle ja! Aber: Klimaschutz sollte nicht nur Verbote & Kontrolle beinhalten!	5	VB
M164_012	Parkraummanagement in Verbindung mit Landeinfrastruktur	0	VB
M164_013	Ohne Kontrolle & Sanktionen keine Einhaltung von Regeln	2	VB
M164_014	Datenschutz beachten	4	VB
M164_015	Monitoring statt Kontrolle	3	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge


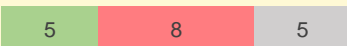
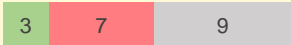

<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M164_016	Ich bin gegen diese vollkommene Überwachung. Hört sich nach Diktatur an	n. a.	OB
M164_017	So wie beschrieben führt die Maßnahme zu einer staatlichen Überwachungsbürokratie	4	VB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M164_018	Das Land sollte sich für ein Tempolimit auf Autobahnen beim Bund einsetzen.	n. a.	OB
M164_019	Für den ÖPNV schlage ich eine Qualitätsverbesserung bei den Fahrzeugen selbst vor. Züge und Straßenbahnen bieten i.d.R. nicht genug Platz für Kinderwagen, Rollstühle und Rollatoren. Die Klimaanlage funktionieren oft nicht oder unzureichend. Warum sollten Autofahrer umsteigen wollen in veraltete Straßenbahnen? Dem Klima ist am besten gedient, wenn möglichst viele Menschen oft und gern den ÖPNV nutzen.	n. a.	OB
M164_020	Fundamental Beschreibung komplett	0	VB
M164_021	Zuständigkeit? Zusätzliches Personal? Wer zahlt den zusätzlichen Aufwand?	2	VB
M164_022	Nutzen/Aufwand-Verhältnis gerechtfertigt?	6	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M164_023	Gesetz ohne Überwachung -> sinnlos	1	VB
M164_024	Begriff "Kontrolle" negativ besetzt	0	VB

7. HANDLUNGSFELD: FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

M165	Forschung und Entwicklung
<p>Durch Forschung und Entwicklung in den Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen Innovationen entwickelt werden, die den Treibhausgasausstoß in den verschiedensten Bereichen senken und zugleich die wirtschaftliche Basis des Landes sichern. Dies gilt insbesondere für die stark von technologischer Transformation und Disruption geprägten Schlüsselbranchen wie die Automobilindustrie.</p> <p>Zur Zielerreichung wird u.a. die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortführung Strategiedialog Automobilwirtschaft • Umweltforschung • Bioökonomie-Strategie • Ressourceneffizienzstrategie <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.6.2. S. 22 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 29					
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>	
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	1	0	28	
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>					
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>			
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Ok und wichtig; Gute Idee.; Unbedingt!; Sehr sinnvolle Maßnahme!; Ja, muss weitergeführt werden.			
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0				
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>					
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>		
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #8bc34a; width: 50%; text-align: center;">10</div> <div style="background-color: #bdbdbd; width: 50%; text-align: center;">9</div> </div>		<div style="display: flex; justify-content: space-around; width: 100%;"> <div style="background-color: #8bc34a; width: 60%; text-align: center;">12</div> <div style="background-color: #e91e63; width: 5%; text-align: center;">1</div> <div style="background-color: #bdbdbd; width: 35%; text-align: center;">5</div> </div>		/

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M165_001	Der Strategiedialog Automobilwirtschaft muss unter anderem zum Thema haben, den Trend zu immer größeren und leistungsfähigeren Autos zu stoppen und umzukehren. Die Automobilwirtschaft sollte dabei um eine klar definierte Selbstverpflichtung gebeten werden, um eine gesetzliche Regelung zu verhindern. Bei der Bewertung der Umweltfreundlichkeit von Autos sollte nicht nur auf Effizienz, sondern auch auf Suffizienz geachtet werden.	n. a.	OB
M165_002	Sehr essentiell, da es um Verhaltensänderung bei vielen Menschen geht: sozialwissenschaftliche Forschung mit Bezug zur sozial-ökologischen Transformation!	n. a.	OB
M165_003	Die Einbindung von Forschungseinrichtungen in die Entwicklung von Konzepten ist sinnvoll. Hier wäre ein Ausbau der Verknüpfung von kommunalen Projekten mit Hochschulen wünschenswert zu fördern.	n. a.	OB
M165_004	Förderung von innovativen Demonstrationsvorhaben im Bereich EE-Wärmenetze.	n. a.	OB
M165_005	Daneben sollte auch der Bereich Energieeffizienz bei der Forschung berücksichtigt werden, insbesondere angesichts der vielfältigen Effizienzpotentiale im betrieblichen Bereich.	n. a.	OB
M165_006	Weniger autonomes Fahren fördern, dafür aber mehr Ressourceneffizienz. Förderung neuer Fahrzeugentwicklungen, weg vom SUV.	n. a.	OB
M165_007	F&E ja, aber eher, um Kosten zu senken (z. B. Speicher, synthetische Kraftstoffe) – und um den Wirtschaftsstandort BW zu sichern, die notwendigen Technologien stehen zur Verfügung!	n. a.	OB
M165_008	Die Autoindustrie sollte eingebunden werden in die Entwicklung von Alternativen zum Individualverkehr.	n. a.	OB
M165_009	Abschlussarbeiten für Studenten, Techniker usw. attraktiv machen, finanziell fördern	n. a.	OB
M165_010	Energieforschung stärken und Unterstützung/Begleitung von Energieforschungsprojekten bei Bundes- und europäischen Programmen	1	VB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>


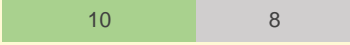


M165_011	Eine wirtschaftliche Basis, die die Grundlage des Wirtschaftens (Planet) bedroht, darf nicht als Schlüsselindustrie betrachtet werden. Die deutsche Automobilindustrie hat sich, insbesondere in der letzten Dekade nicht als verlässliche Partnerin - weder für Bürger*innen noch für den Staat - erwiesen. Eine zusätzliche Subvention (neben vielen bereits bestehenden) in Form von Hilfe durch den Wissenschaftsbetrieb empfinde ich als unsittlich. Die Erforschung neuer Mobilitätskonzepte muss Vorrang vor der Verbesserung eines schlecht funktionierenden Systems haben.	n. a.	OB
M165_012	Strategiedialog Automobilwirtschaft dient nur den Auto-Industrie und ist gar kein Mobilitäts-Dialog! Eine echte Mobilitätswende wäre "Hersteller-neutral"	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M165_013	Bitte führen Sie KEINEN 5G-Mobilfunk ein!! Mehr Konsum an Smartphones, neuen Haushaltsgeräten (Smart Home) führen zur Explosion des Datenverkehrs und damit des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Effizienzsteigerungen neuer Produkte werden durch den Reboundeffekt zunichte gemacht. Die Smart City ist ein Klimakiller und kontraproduktiv.	n. a.	OB
M165_014	Weniger Investitionen in künstliche Intelligenz: Künstliche Intelligenz ist extrem ressourcenineffizient. Die Industriepartner, wie z.B. Amazon drücken sich hier vor der Steuer und zeigen kein Interesse am Klimaschutz. Solchen Unternehmen sollten wir keine Fachkräfte in den A*** schieben.	n. a.	OB
M165_015	was bringt bisher der Strategiedialog Automobilwirtschaft?	n. a.	OB
M165_016	Wissenschaftliche Konferenzen mit Klimakonzept fördern: Die Landesregierung könnte eine eigene finanzielle Förderung für wiss. Konferenzen ausschreiben, die in BW stattfinden und ein eigenes Klimakonzept haben, das z.B folgendes beinhaltet: (1) Multikonferenz zur Sammlung mehrerer Konferenzen an einem Standort, um Reisen zu vermeiden/reduzieren, (2) integrierte ÖPNV-Fahrkarte für Fahrten am Standort, um Taxifahrten zu vermeiden, (3) klimaneutrale Verpflegung, (4) klare und einfache Möglichkeiten zur virtuellen Teilnahme an der Konferenz, (5) Konferenzort mit 100% erneuerbaren Energien und einfacher Anreisemöglichkeit mit ÖPNV, (6) keine unnötigen Konferenzgeschenke, wie Taschen, USB-Sticks etc.	n. a.	OB
M165_017	Suffizienzstrategie nicht vergessen. Vielversprechende Vorschläge dazu in "Die Große Transformation" von Uwe Schneidewind.	n. a.	OB
M165_018	Es fehlt eine übergeordnete "Transformationsstrategie", die die genannten Strategien in einen ganzheitlichen Zusammenhang stellt. Denn das betrachtete System ist äußerst komplex und die einzelnen Strategien hängen zusammen. Siehe "Biokraftstoffe", diese betrifft alle genannten Strategien.	n. a.	OB
M165_019	Die Souterrain-Architektur sollte erforscht und weiterentwickelt werden. Der Verbrauch wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen könnte so einigermaßen verringert werden. Die ökologische Landwirtschaft braucht nämlich mehr Flächen.	n. a.	OB
M165_020	Dazu bräuchte Baden Württemberg, das gilt für ganz Deutschland, Fachkräfte. Sie fehlen und sie wird durch die momentane Politik nicht geändert. Wohnraum ist zu teuer, wir zahlen zu viele Steuern und die Sicherheitslage in Deutschland und Europa sehe ich als sehr gespannt an. Das lockt ausländische Fachkräfte nicht an und viele, die hier in Deutschland studiert haben, verlassen das Land. Da muss ein völlig neuer	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Ansatz her. Noch gibt es viele neue Ideen		
M165_021	<p>Da ein "freier Raum" für meinen Vorschlag nicht vorgesehen ist, verwende ich dieses Fenster und bitte darum mit diesem Hinweis SEHR ernstgenommen zu werden: wenn Energieverbrauch verringert und Ressourcenschonung betrieben werden soll - muss dringend und umfassend auf den Ausbau von 5G verzichtet werden! 5G würde alle Versuche klimaschützender Maßnahmen vernichten! Durch die Unmengen an neu zu produzierenden Geräten, den rasant ansteigenden Stromverbrauch, Wärme produzierende Großrechner, zu fällende und absterbende Bäume, würde durch diese Art von digitalem Fortschritt Zerstörung, Energieverbrauch und Erwärmung noch viel schneller voranschreiten!</p> <p>(Duplikate: 1)</p>	n. a.	OB
M165_022	<p>Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"</p>	n. a.	OB
M165_023	<p>Jeder Strukturwechsel kosten Arbeitsplätze, vor 100 Jahren hätte auch keiner gedacht, dass die Autoproduktion man ne Schlüsseltechnologie sein wird, aber man muss Wege aufzeigen, wo hin gehen Arbeitsplätze, welche Industrien sollen wachen. Und wir werden nicht nur die E-Autos etc. Arbeitsplätze verlieren auch die IOT, steigende Anforderungen an einen Arbeitsplatz. Aber wir dürfen keine Dienstleistungsgesellschaft werden, der 1. Arbeitsplatz muss auskömmlich sein für ein Leben in BW, für eine Wohnung, mind., etwas Freizeit. Denn wer Geld bekommt gibt es auch aus. Klima und Energie werden immer wichtiger, Arbeitsplätze dafür sind immer wichtiger. Und wenn BW (oder D) das nicht macht, dann eben die Chinesen (s. Solarpanels)</p>	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

8. HANDLUNGSFELD: BILDUNG, INFORMATION UND UMWELTBEWUSSTSEIN

M166	Öffentlichkeitsarbeit für die Energiewende
<p>Damit einzelne Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen individuelle Lösungen zur Energiewende im eigenen Umfeld finden, sollten sie vorinformiert auf kompetente und motivierte Ansprechpartner treffen.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einbindung und Stärkung externer Partner • Information über die Themen der Energiewende • Motivation zum Mitmachen 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 23 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 27				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	0	27
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	Ok; Gute Idee.; Befürworte ich sehr.; Unterstützung;		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M166_001	Bewusstsein schärfen für die Dringlichkeit des Handelns in Bezug auf die Klimakrise	n. a.	OB
M166_002	Motivieren klingt gut. Aber demotivieren mit einer CO2- und Kerosinsteuer ist ebenso nötig. Außerdem wird es langfristig nicht ohne Verbote gehen.	n. a.	OB
M166_003	Einbindung von ADFC, VCD, BUND, Greenpeace	n. a.	OB
M166_004	Mehr spaßige Formate! Feste, Kulturabende, Sportevents, ...	n. a.	OB
M166_005	Kampagnen und Projekte, wie z.B. PV Netzwerke und Wärmenetze bringen Information in die Breite und sollten weiter ausgebaut werden. Die Einbindung der rEA's als Partner ist wichtig.	n. a.	OB
M166_006	Grade in Real- und Hauptschulen sollte dieses Thema mehr Bewusstsein bringen, attraktiv gestalten	n. a.	OB
M166_007	Klimaschutzbeauftragte in den Unternehmen einführen, ähnlich wie Sicherheitsfachkräfte bzw. Datenschutzbeauftragte. Mit Aufklärungspflicht (vgl. Arbeitssicherheit)	n. a.	OB
M166_008	Alles geeignete Instrumente. Es gilt jedoch der Grundsatz: Die Energiewende beginnt im Kopf/Denken jedes Einzelnen.	n. a.	OB
M166_009	Gut und wichtig. Sachliche Information. Auf verschiedenen Niveaus - nicht nur Basisinfo "Energiewende ist wichtig", sondern konkret - Biogasanlage versorgt x Haushalte mit Strom und Wärme. Flexibel.... nur x Prozent Mais, sonst Gülle und Reststoffe...	n. a.	OB
M166_010	vor allem die Neutralen und Uninteressierten, bisher sind Angebote meist für die "üblichen Verdächtigen"	n. a.	OB
M166_011	Ich rege an, die Mittel für die zentrale Kampagne zur Energiewende (Ressourcenmangel) für die unten beschriebenen dezentralen Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, um die Wirkung zu vervielfachen.	n. a.	OB
M166_012	Oh ja, s. weiter vorne (man sollte vorher alle Maßnahmen kennen ...) - deutlich mehr Aufklärung, das Thema Energie sparen, richtig einsetzen, Mobilität, etc. und die Ziele, welche Maßnahmen gehen, was wichtig ist, was jeder dazu beitragen kann muss MASSIV kommuniziert werden, damit sich Themen in die Köpfe "einbrennen" und normal werden - und es muss hipp werden da mitzumachen (auch ohne halbnackte Models für Fahrradhelme - wobei: es hat gewirkt, man hat darüber geredet) - die Generation des Wirtschaftswachstums, die Errungenschaften in Gefahr sehen, wird immer weniger werden, junge Menschen lassen sich begeistern - wenn	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	man sie respektiert und nicht ignoriert wie es derzeit manchmal passiert		
M166_013	Ja, und solche relevanten Themen auch im Rahmen der Bildungsziele Nachhaltiger Entwicklung spielerisch aufarbeiten, sodass früh Interesse dafür und Verständnis entwickelt werden.	n. a.	OB
M166_014	Positiv Image herstellen, Solarnutzung – E-mobilität - ÖPNV durch TV Radio Internet YouTube als absolut cooles Statussymbol darstellen Ähnliches gilt für den Lebensmittelbereich weniger ist mehr und wir bleiben gesund	n. a.	OB
M166_015	Mehr mediale Wirkung wäre wünschenswert durch bspw. eigene Kanäle in digitalen Medien.	n. a.	OB
M166_016	Siehe die Antworten im Themenbereich Energie, einheitliche Beratung ist wichtig	n. a.	OB
M166_017	Wer neu in eine Stadt zieht, sollte ein Informationspaket zu klimafreundlicher Mobilität, Second-Hand-Geschäften und ähnlichem bekommen.	n. a.	OB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M166_018	Das Land sollte prüfen, für welche Bereiche eine verbindliche Ausweisung der CO ₂ -Emissionen vorgegeben und entsprechende Kalkulationstools bereitgestellt werden können, aus denen auch ein Vergleich mit dem tatsächlich verfügbaren CO ₂ Budget pro Person hervorgeht (z.B. mit der Steuererklärung, auf Flugtickets etc.)	n. a.	OB
M166_019	Regelmäßige Durchführung von Klimagipfeln auf kommunaler Ebene mit dem Ziel des Erfolgsmonitorings und der Vorbereitung anstehender Maßnahmen.	n. a.	OB
M166_020	Bringen Sie unseren Neubürgern bei, die Umwelt zu schonen. Wenn ich mittags an einem Flüchtlingsheim vorbei walke, dann fällt nur eines auf: Alles wird vor dem Haus weggeworfen. Es vergeht kein Tag, an dem der Mülleimer nicht überfüllt ist, auf dem Rasen Müll liegt. Mir ist auch bewusst, dass bei Jugendlichen das nicht immer durchgehalten wird, da ich mit meiner Tochter da auch zu kämpfen hat. Aber sie weiß, dass jeder Müll mitgenommen wird und nichts in der Natur weggeworfen wird. Die Umwelt geht uns alle an und fängt im Kleinen bei jedem Einzelnen an. Ich würde vorschlagen, dass Schulen regelmäßig Instandhaltungsmaßnahmen übernehmen, um zu wissen, wie es ist, Müll wegzuräumen. Das sollte man frühzeitig erfahren.	n. a.	OB
M166_021	Informationen gibt es genügend! Hier tritt eher eine Mündigkeit ein!	n. a.	OB
M166_022	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M166_023	Um das Bewusstsein in der Gesellschaft für Klimaschutz und Energiewende zu fördern, ist es wichtig bereits in der Kinder- und Jugendbildung anzufangen. Über die Kinder werden viel einfacher die Eltern erreicht. Deshalb ist ein Klimacurriculum dringend notwendig.	n. a.	OB

Allgemeine Hinweise			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M166_024	Dieses Handlungsfeld sollte von der reinen Umweltbildung in Richtung Nachhaltigkeitsbildung weiterentwickelt werden, damit auch die wichtigen Aspekte Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit Eingang in die Bildungsthemen zum IEKK finden. Eine rein ökologische Betrachtung schränkt die notwendige breite Sichtweise zu stark ein und führt zu einer eindimensionalen Sichtweise. Insofern bitten wir zum einen darum, das Handlungsfeld umzubenennen in „Bildung, Information und Nachhaltigkeits-Bewusstsein“. Zum anderen bitten wir darum, die Aspekte Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit in geeigneter Weise in die entsprechenden Bildungsmaßnahmen zu integrieren.	n. a.	OB

M167	Informationsveranstaltungen zur Energiewende vor Ort durchführen
<p>Durch Teilnahme von Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung, Bundes- oder Landespolitik, Verbänden oder organisierten Interessensgruppen an geeigneten Veranstaltungsformaten vor Ort, kann das Verständnis für die Bedeutung und die Notwendigkeit der Energiewende bzw. der Errichtung lokaler Energieanlagen verbessert werden.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Best Practice Beispiele zur Nachahmung • der Zusammenhang zwischen der Bedeutung von lokalem Handeln und den Folgen für den globalen Klimawandel, • die faire Verteilung von Chancen und Risiken im Zusammenhang mit der Errichtung von lokalen Energieanlagen, • die sachkompetente und faire Durchführung von Entscheidungs- und Genehmigungsverfahren zu Energieanlagen, • die vor Ort wahrgenommenen Nutzen-Lasten-Bilanz von Energieanlagen können durch Energiewende-Botschafter aufgezeigt und thematisiert werden. <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 23 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 53				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	16	2	0	35
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur</i>	6	Ok und wichtig, um die Menschen mitzunehmen; Sehr wichtig!; Gute Idee.; Sehr gut!; Unterstützung;		

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme			
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=19)	Verbändebeteiligung (n=18)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	1

B Kommentarinhalte

Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M167_001	<p>Informationsveranstaltungen können bei den Beschäftigten des Landes begonnen werden. Hierzu sollte der Besuch von Informationsveranstaltungen belohnt werden. Beispielsweise zusätzliche Urlaubstage für besuchte Veranstaltungen zum Thema BNE. Die Landesregierung soll eine Politik für eine nachhaltige Lebensweise betreiben. Neben Bildung muss gleichzeitig die Etablierung von Rahmenbedingungen und Infrastrukturen verändert werden, die einen nachhaltigen Lebensstil ermöglichen. Ergänzende Maßnahmen: Ab dem neuen Schuljahr muss Klimawandel/Klimaschutz im Bildungsplan integriert sein. Verpflichtende Kurse dazu müssen auch in weiterführenden Bildungsinstanzen (FH, Universität etc.) eingeführt werden. Bildung Nachhaltige Entwicklung ist die erste Leitperspektive im Bildungsplan und muss damit überfachlich behandelt werden. Was leider noch fehlt ist die Weiterbildung der Lehrer, dies muss sich bis 2020 geändert haben -> Verpflichtende Weiterbildung der Lehrer Regelmäßige Nachhaltigkeitsmessungen für alle Landesämter (Bspw. Gemeinwohl-Ökonomie Bilanz) Regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen im Hinblick auf Klimaschutz Jährliche Evaluierung aller klimarelevanten Maßnahmen. Die Evaluierung muss prüfen ob innerhalb der Möglichkeit des Landes Baden-Württemberg genug getan wird um das 1,5°C Ziel zu</p>	n. a.	OB



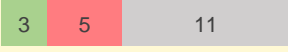
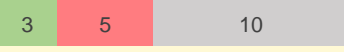
Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	erreichen. (Duplikate: 12)		
M167_002	Info vor Ort für alle Bürgerinnen und Bürger ist wichtig, es hier der Ansatz positiver Kommunikation zu verfolgen.	n. a.	OB
M167_003	Bereitstellung von Finanzmitteln für kommunale Klimaschutzarbeitskreise für Informationsveranstaltungen mit externen Referenten	n. a.	OB
M167_004	Sehr wichtig. Entscheidungsträger (Politik, Wirtschaft) müssen zu den Menschen gehen und über konkrete Projekte sprechen. Raus aus dem Stuttgarter Elfenbeinturm...	n. a.	OB
M167_005	Es ist eine überregionale Zusammenarbeit der einzelnen Behörden erforderlich. Mehr Bürgerinformationen über die Vorteile aber auch Risiken der Energiewende wären sinnvoll.	n. a.	OB
M167_006	Hier sehen wir eine zentrale Rolle der regionalen Energieagenturen in Zusammenarbeit mit der KEA	n. a.	OB
M167_007	Dazu sind die lokalen Energie-Agenturen die richtigen Multiplikatoren. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M167_008	Der Bevölkerung, insbesondere die ältere, sind die Zusammenhänge der Klimaerwärmung größtenteils unklar und sie verkennt, dass jeder einzelne Mensch Einfluss nimmt und dass die Zeit drängt. Notwendig ist daher Aufklärung (Workshops, Vorträge, Zeitung und TV) über - Zusammenhang CO2, Temperaturerwärmung und Dringlichkeit der CO2-Reduktionen um 50 % in kommenden 10 Jahren. - sich schließendes Zeitfenster bevor Kipp-Punkte erreicht werden. - Präventionskosten versus Schadensbegrenzungskosten - Kipp-Punkte ("Points of no return"), ab denen sich Erwärmung beschleunigt und nicht mehr vom Menschen reguliert/beeinflusst werden kann.	n. a.	OB
M167_009	Hier gibt es schon eine Vielzahl von Angeboten. Wurde je ein Verzeichnis solcher Angebote erstellt? Bevor es neue Angebote gibt, sollten existierende unbedingt erfasst und bewertet werden.	n. a.	OB
M167_010	auch unbedingt interkulturell denken - Geflüchtete aus afrikanischen Ländern oder dem mittleren/ nahen Osten sind oft nicht mit einer Heizung vertraut. Das Wissen über z.B. Stoßlüften und andere Maßnahmen muss sensibel und konsequent vermittelt werden.	n. a.	OB
M167_011	Graswurzelinitiativen ausfindig machen und unterstützen	n. a.	OB
M167_012	statt Energiewende (da einseitig mit EE assoziiert) von Klimaschutz (= alle Sektoren/Lebensbereiche, zudem Verbrauch/Emissionen senken) sprechen (z. B. hier: KS-Botschafter)	n. a.	OB
M167_013	Aktiv Information anbieten -> Bsp. Im Verein, usw.	1	BB
M167_014	Öffentliche Veranstaltung + Begleitung im Alltag	0	BB
M167_015	Einfache Schritte sofort machen = Spaß an Veränderung	10	BB
M167_016	Einen unmittelbaren persönlichen Nutzen schaffen. Funktionsverbesserung	1	BB
M167_017	Präsentation durch "Promis"	1	BB



Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M167_018	Infoveranstaltung ja, aber getrennt nach Verbrauchergruppen (privat, Unternehmen, usw.)	1	BB
M167_019	- z.B. Hausrenovierungsfernsehen: Vorher/Nachher Show "Ökologisch" - Blogger zu dem Thema - Prominente in den Medien - Medienberichte! "Schöner-Öko-Wohnen"	1	BB
M167_020	Bewusstsein für die Notwendigkeit der Maßnahme schaffen durch Aufklärung	1	BB
M167_021	Dramatik der Situation Darstellen -> Bürger aktivieren, nicht in Passivität informieren	2	BB
M167_022	Qualität der Information: Brisanz der Klimanotstands; Verantwortung der Bürgerinnen	1	BB
M167_023	keine Information, sondern aktiv + durch Belohnung Gewohnheiten ändern	1	BB
M167_024	-Transparenz -"Negative" Aspekte besprechen	7	BB
M167_025	Keine "Frontbeschallung" -> Erleben lassen!	1	BB
M167_026	Informationsveranstaltung nicht für die "Birne“, sondern praktische Hilfe für den Alltag	3	BB
M167_027	"Begeistern", Spaßfaktor	1	BB
M167_028	Kulturelles Beiprogramm	1	BB
M167_029	Erlebbarkeit durch Erneuerung der Tourenvorschläge z.B. Radtouren, die zu EE Projekten führen	0	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M167_030	Metropolsolar?	n. a.	OB
M167_031	Das wird schon durchgeführt	n. a.	OB
M167_032	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M167_033	Was bedeutet "fair" im Zusammenhang mit Chancen und Risiken?	0	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M167_034	Zur Energiewende gehört auch der verantwortungsbewusste Umgang mit Energie. Das gilt für uns alle.	n. a.	OB

M168	Netzwerk-Aktivitäten und Dialog
<p>Eine Plattform zur Vernetzung der Akteure und Aktivitäten der Erneuerbaren Energien-Verbände soll aufgebaut werden. Beratungs- und Netzwerkinitiativen in den Bereichen Solarenergie, Wärmeplanung und Wärmenetze, sowie das Dialogforum „Erneuerbare Energien und Naturschutz“ sollen gefördert werden.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau der Plattform Erneuerbare Energien • Stärkung der regionalen Energieagenturen und weiterer Akteure • Förderung von Beratungs- und Netzwerkinitiativen • Förderung Dialogforum „Erneuerbare Energien und Naturschutz“ 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 24 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 17				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	1	0	16
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	Ok; Relevant!; Gute Idee.; Ja, das sind geeignete Instrumente!; Unterstützung;		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	Zustimmung		Ablehnung	Enthaltung
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

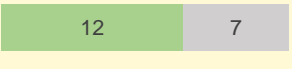
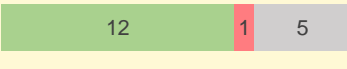
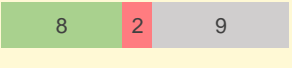
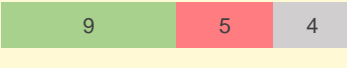
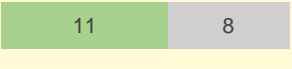
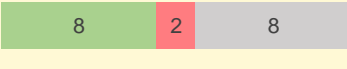
Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	3	0	/

B Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M168_001	Netzwerke sind für den Erfolg der Energiewende und der Einhaltung der gemeinsamen Ziele zur Reduzierung der CO2 Emission wichtig. Die Stärkung regionaler Akteure ein wichtiger Baustein, um die Bürger in der Region zu erreichen. Gute Beispiele regen zum Nachahmen an.	n. a.	OB
M168_002	JA. Die Kontroversen speziell zu Windkraft brauchen dringend den Dialog auf breiter gesellschaftlicher Basis. Die Präsenz von fachlich souveräner Mediation vor Ort scheint mir sehr wichtig.	n. a.	OB
M168_003	Offene und offensive Ausstellungen vor Ort in den Kommunen.	n. a.	OB
M168_004	- s. oben: z.B. Ziele, Wettbewerb, daraus Vergleich, welche Maßnahmen funktionieren wie, etc., also sehr sinnvoll	n. a.	OB
M168_005	Zielgruppengerecht -> Plattform verfügbar in leichter Sprache, auf Englisch, ...	n. a.	OB
M168_006	Auf allen Kanälen aktiv bleiben	n. a.	OB
M168_007	neue Zielgruppen erschließen	n. a.	OB
M168_008	Rolle der Energiewirtschaft ins unklar - Energiewirtschaft ist selbst Gestalter und sollte nicht außen vor sein	0	VB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M168_009	Diese Maßnahmen sind sinnvoll, die Instrumente bereits in der Umsetzung. Daher Frage weshalb dieser Teil des Konzepts sein sollen	n. a.	OB
M168_010	Metropolsolar als Keimzelle?	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M168_011	Da viele Fachmänner, Institute und Umweltgruppen schon ausführlich Stellung genommen haben, möchte nur einige grundsätzliche Anmerkungen machen: 1) Das IEKK muss eine Verbindlichkeit bekommen, bisherige IEKK ist bisher nicht ernst genommen worden, in allen Bereichen konnten die Zielvorgaben des IEKK überschritten werden ohne das es irgendwelche Konsequenzen hatte; das gilt u.a.	n. a.	OB

	<p>auch für die Landesregierung, wo das Ziel 25% THG weit verfehlt wurde. Bisher ist es eine beliebige, theoretische Veranstaltung, bei der viele Institute und Behörden beschäftigt werden, ohne dass es wirklich sichtbare Verbesserungen gibt. Die Handlungslücke zwischen Klimazielen und den erreichten Verbesserungen hat sich kaum verringert, im Verkehrsbereich sogar eher verschlechtert, wie eine neue Studie aus dem Verkehrsministerium zeigt. Das Problem einfach ins Jahr 2030 bzw. 2050 zu verlagern bei einer business as usual Politik geht nicht mehr. 2) Formulierung klarer Ziele, z.B. im Verkehrsbereich bis 2030 100% Elektrifizierung der Bahn, Reduzierung des MIV um 20%, Erhöhung des Radfahreranteils auf 20% etc. Ähnliche Zielvorgaben für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Wärme und der Speicherung. 3) Herunterbrechen der Ziele auf Jahresziele beim Ausbau, bei nicht Erreichen der Ziele, Sanktionierung bzw. Verdoppelung der Anstrengungen. Weiteres Beispiel: Bis 2030 müssen all Landesliegenschaften bzw. kommunalen Liegenschaften mit PV belegt sein. Beim jetzigen Tempo fünfzig bis hundert Jahre dauern. Selbst der Rechnungshof hat dies moniert. 4) Ehrlichkeit in der Beschreibung: z.B. S.57 „Batterieelektrische Lkw im kommunalen und Regionalen Güterverkehr fahren lokal emissionsfrei“ es gibt keine emissionsfreie Elektromobilität allenfalls eine emissionsarme Elektromobilität; auch bei 100% erneuerbaren Energien werden für die Herstellung von Fahrzeugen und Batterien THG anfallen. 5) Zur Erreichung der Klimaziele werden Regierungen um Verbote im Klimabereich nicht herumkommen. So wie es jetzt schon verboten ist Auto zu fahren und gleichzeitig SMS auf dem Smartphone zu schreiben, muss auch die Möglichkeit von Tempolimits (Verbot der Raserei, die Bevölkerung ist inzwischen weiter als die Regierung) und Verbot vom Bau neuer Kohle- und Ölheizungen möglich sein und die Bevölkerung darauf vorbereitet werden. 6) Gesetze dürfen nur noch so formuliert werden, dass auch ein Normalbürger die Gesetze ohne Einschaltung eines Juristen verstehen kann. Beim EEG oder beim Mieterstromgesetz ist das nicht mehr möglich, weswegen z.B. die Mieterstromnovelle in der Praxis mehr oder weniger gescheitert ist.</p>		
M168_012	Es gibt genügend Plattformen, Initiativen und Angebote.	n. a.	OB

M169	Bewusstseinsbildung für Energieeffizienz
<p>Die Steigerung der Energieeffizienz soll als Thema in den Alltag eingebracht werden.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Informationsmaßnahmen • Zielgruppenspezifische Angebote 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 24 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 38				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	14	0	0	24
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	Ok; Gute Idee.; Besonders wichtig bei Kindern; Unterstützung		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/	
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/	
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	0	0	/	



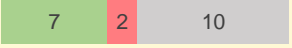

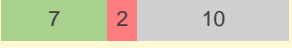
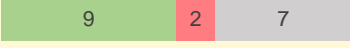
B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M169_001	Angebote für Schulen, Lehrpersonen und Schüler_innen verstärkt in den Schulalltag mit aufnehmen	n. a.	OB
M169_002	Hier ist es essentiell: Bewusstseinsbildung zu Energiesuffizienz sollte sogar noch mehr fokussiert werden (da Rebound-Effekte so vermieden werden können)	n. a.	OB
M169_003	Ergänzende Maßnahmen: - Ab dem neuen Schuljahr muss Klimawandel/Klimaschutz im Bildungsplan integriert sein. Verpflichtende Kurse dazu müssen auch in	n. a.	OB

	weiterführenden Bildungsinstanzen (FH, Universität etc.) eingeführt werden. - Bildung Nachhaltige Entwicklung ist die erste Leitperspektive im Bildungsplan und muss damit überfachlich behandelt werden. Was leider noch fehlt ist die Weiterbildung der Lehrer, dies muss sich bis 2020 geändert haben -> Verpflichtende Weiterbildung der Lehrer - Regelmäßige Nachhaltigkeitsmessungen für alle Landesämter (Bspw. Gemeinwohl-Ökonomie Bilanz) - Regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen im Hinblick auf Klimaschutz - Jährliche Evaluierung aller klimarelevanten Maßnahmen. Die Evaluierung muss prüfen ob innerhalb der Möglichkeit des Landes Baden-Württemberg genug getan wird um das 1,5°C Ziel zu erreichen (Duplikate: 1)		
M169_004	Das Thema Energieeffizienz in die Breite zu tragen ist wichtig, die Suffizienz sollte jedoch nicht vergessen werden. Ein Ansatz wie die Schulprojekte des Klimaschutz Plus bereits in den Schulen und Kitas zu beginnen ist wichtig und richtig. Auch für Unternehmen und Verwaltungen sind hier Schulungen sinnvoll.	n. a.	OB
M169_005	Hier könnte die Bildung in die Pflicht genommen werden.	n. a.	OB
M169_006	Neben der Plattform Erneuerbaren Energien sollte auch eine Plattform Energieeffizienz gegründet werden, die neben den einschlägigen Energieverbänden auch die Anwenderseite einschließt. Das Management könnte bei der KEA angesiedelt werden.	n. a.	OB
M169_007	Dieser Vorschlag erscheint noch deutlich zu unkonkret und diffus, wenngleich das Ziel sinnvoll ist.	n. a.	OB
M169_008	Genau. Es soll klar gemacht werden, dass jeder einzelne die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen wird und deshalb alle gemeinsam dagegen vorgehen sollen. Das Verantwortungsbewusstsein der Menschen sollte diesbezüglich in jeder Hinsicht gestärkt werden.	n. a.	OB
M169_009	Als Teil einer schulischen Bildung zu verstehen. Bonusprogramm mit den Energieversorgern starten, so dass das Einsparen von Energie zum lohnenden Spiel wird. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M169_010	s.o., auch im frühen Bildungsbereich und interkulturell (wer sind dabei mögliche Multiplikator*innen - Volkshochschulen mit Sprachkursen, interkulturelle Begegnungszentren, Konsulate, ...)	n. a.	OB
M169_011	Positiv Image herstellen, aktiv auch finanzielle Unterstützung anbieten	n. a.	OB
M169_012	Mehr Mediale Wirkung wäre wünschenswert durch bspw. eigene Kanäle in digitalen Medien.	n. a.	OB
M169_013	Im Prinzip alles gut. Nur befürchte ich, dass zu viel geredet wird und zu wenig getan wird. Und dann wieder auf dem Rücken der Allgemeinheit, also denjenigen ausgetragen wird, die sowieso nichts haben	n. a.	OB
M169_014	Findet jetzt schon statt, ob privat oder für Unternehmen. Bewusstsein ist da, Hemmnisse sind gesetzliche Rahmenbedingungen.	n. a.	OB
M169_015	Zur Bewusstseinsbildung mein Appell: Every big helps! ...nicht im Klein-Klein verirren.	n. a.	OB
M169_016	Es muss auch die eventuelle Kehrseite einer Effizienzmaßnahme hinterfragt werden	1	VB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M169_017	Wer ein ineffizientes Haus besitzt zahlt eh mehr durch höheren Energieverbrauch. Positiv verändern!	0	VB
M169_018	Super!!! Wichtigster Punkt: Bewusstsein schaffen, aufklären, informieren. Selbsterfahrung persönliche Reaktions-/Aktionsgründe aufzeigen. Erleben! Bewusstsein ist alles!	0	VB
M169_019	Bewusstsein schaffen via Maßnahmen, wie z.B. der 7. Sinn (einst auf Gefahren/Risiken/korrektes Verhalten) Aufklärung schaffte	2	VB
M169_020	Zielgruppen (private Haushalte, Unternehmen, Kliniken usw.) müssen getrennt und früh mit eingebunden werden.	4	VB
M169_021	Individuelle Möglichkeiten aufzeigen/erarbeiten -> auf die unterschiedlichen Lebensweisen eingehen	3	VB
M169_022	Zielgruppenspezifisch -> Ressourcen der Menschen beachten	1	VB
M169_023	Einfache Einsparmaßnahmen bewerben	1	VB
M169_024	Bewusstsein für die positiven Aspekte der Suffizienz/des Verzichtes schaffen und fördern	5	VB
M169_025	Umfassende Information - aber ohne Zwang/Gesetz. Aufzeigen der Alternativen	0	VB
M169_026	Einsparpotenziale durch Energieeffizienz verdeutlichen	5	VB
M169_027	Energieverbrauchsausweis -> Alle Ressourcen die verbraucht werden sichtbar machen. Damit sich jeder des eigenen Verbrauchs bewusst wird! "Energiekonto"	0	VB
M169_028	Nur was mich unmittelbar persönlich berührt schafft Motivation zur Verbesserung -> Persönlichen gesundheitlichen Benefit aufzeigen	2	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M169_029	Meine Erfahrung mit solchen Angeboten ist nicht sonderlich positiv. Man könnte es auf den Nenner bringen: Wer in der breiten Öffentlichkeit interessiert sich schon für Klima- und Umweltschutz? Leserbriefe sind häufig Lippenbekenntnisse!	n. a.	OB
M169_030	zu unkonkret - (Werbe) Kampagne bringt wenig - zeigen ja auch Erfahrungen	n. a.	OB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M169_031	s. oben (<i>nicht zuordenbar</i>)	n. a.	OB
M169_032	Unmittelbare Anreize schaffen. Nicht bestrafen, sondern belohnen! Steuern schaffen Unmut.	0	VB
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M170	Stärkung der Energieberatung für private Haushalte
<p>Die Energieberatung im Land Baden-Württemberg soll auf einem hohen Niveau flächendeckend ausgebaut und die Beratungsstruktur optimiert werden. Ein Fokus liegt auf der Beratung einkommensschwacher Haushalte.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Kooperation zwischen Verbraucherzentrale BW und den regionalen Energieagenturen • Zielgruppenspezifische Ausgestaltung der Angebote <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 24 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	



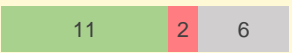
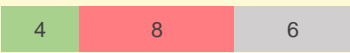
A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 21				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändeebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	1	0	20
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	1	Ok		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändeebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>				/
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	0		0	/

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M170_001	Wichtig: Beratung von VermieterInnen!	n. a.	OB
M170_002	Die Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger muss gestärkt werden, die rEA`S und VZ bieten hier einen sehr guten Ansatz. Eine Dauerhafte Förderung ist hier wünschenswert.	n. a.	OB
M170_003	Neben den priv. Haushalten sollte die Energieberatung / die Erstellung von Energiekonzepten auch im Nichtwohngebäudebereich (bzw. für größere Wohnungsbauten forciert werden, jeweils für die Eigentümer, die derzeit keine Auditpflicht haben.	n. a.	OB
M170_004	Eventuelle Förderung für Haushalte, die sich keine neuen, energieeffizienten Maßnahmen leisten können.	n. a.	OB
M170_005	Eine Energieberatung sollte kostenlos sein, damit sie auf jeden Fall im Privathaushalt angewendet wird. (z.B. über Gutscheine vom Schornsteinfeger?)	n. a.	OB
M170_006	Es muss mehr Werbung für die Angebote gemacht werden, weil sie noch zu unbekannt sind! Entsprechende Förderung der rEA für Anzeigen und Werbekampagnen vorsehen.	n. a.	OB
M170_007	Erstmal gut, aber bringt wenig, solange Hausbesitzer/-verwaltung/Immobilienunternehmen ihre Häuser nicht energetisch sanieren, keine Solaranlagen aufbauen und bestimmen, wer den Brennstoff für die Heizanlagen liefert.	n. a.	OB
M170_008	interkulturell & mehrsprachig	n. a.	OB
M170_009	Mehr Handlungsdruck aufbauen	n. a.	OB
M170_010	Das gibt es schon. Mir konnten sie jedoch wenig helfen, da mein Zwei-Personen-Haushalt schon energieeffizient betrieben wird. Für weitere Vorschläge bin ich dankbar	n. a.	OB
M170_011	Die Energieberatung in Baden-Württemberg erfolgt heute bereits auf einem sehr hohen Niveau. Im Land werden weit mehr Energieberatungen durchgeführt als in allen anderen Bundesländern. Wesentliche Voraussetzung für eine letztlich gewollte Erhöhung der Sanierungsquote sind einerseits angemessen hohe Energiepreise für fossile Energieträger und ausreichen qualifizierte Handwerker. Daher wird eine Qualifizierungsoffensive Handwerk als sehr viel dringender erachtet als eine Verbesserung der bereits sehr guten Energieberatung im Land.	n. a.	OB
M170_012	Alle Akteure der Energieberatung nutzen, nicht nur einzelne	4	VB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M170_013	Meine Erfahrung mit solchen Angeboten ist nicht sonderlich positiv. Man könnte es auf den Nenner bringen: Wer in der breiten Öffentlichkeit interessiert sich schon für Klima- und Umweltschutz? Leserbriefe sind häufig Lippenbekenntnisse!	n. a.	OB


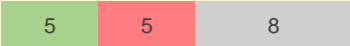
Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M170_014	Nicht die Beratungsangebote müssen gestärkt werden, sondern das Handwerk in der Umsetzung. Wie oft wird z.B. ein hydraulischer Abgleich bei der Sanierung einer Heizungsanlage durchgeführt? Ich schätze die Zahl liegt im unteren einstelligen Bereich! Die Fachkompetenz muss gesteigert werden im Bereich des Handwerks und des Personals mit geeigneten Fördermaßnahmen für die Betriebe!	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M170_015	??? Weiterführung okay, aber als Maßnahme?	n. a.	OB
M170_016	Einkommensschwache Haushalte sollten auch finanziell bei der Umsetzung von Effizienzmaßnahmen unterstützt werden. Wenn der Vermieter die Kosten für eine Wärmepumpe statt Gasheizung direkt auf die Miete aufschlägt, wenn energieeffiziente Waschmaschinen das dreifache kosten, können einkommensschwache Haushalte das nicht alleine stemmen.	n. a.	OB
M170_017	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrifftschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M170_018	s. oben (<i>nicht zuordenbar</i>)	n. a.	OB
M170_019	Meine Erfahrung ist, dass viele sozialen Bereiche nicht durch die Beratung erreicht werden. Es ist eine Bildungsfrage und am Ende regiert Geld die Welt. Die Nutzung der entsprechenden sozialen Netzwerke ist dabei immer wichtiger. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M171	Information privater Haushalte
<p>Die Verbesserung der Art und Darstellungsweise der Verbrauchsnachweise und Abrechnungen für Energiekosten (auch mit digitalen Hilfsmitteln) bringt Einsparpotenziale mit sich, da Bürgerinnen und Bürger so ein besseres Verständnis für den eigenen Energieverbrauch erhalten können.</p> <p>Geeignete Anreize kann das Land dadurch schaffen, dass es gemeinsam mit Energieversorgungsunternehmen und Verbraucherschützern Best-Practice-Beispiele herausstellt und bekannt macht.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Transparenz zum Energieverbrauch auf Energierechnungen 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 24 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 29				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	9	2	0	18
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Ok; Sehr gut; Positive Beispiele sind wichtig, um ein Nachahmen zu fördern.; Ja, unbedingt empfehlenswert!; Ja, mehr Transparenz		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/	
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

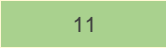

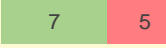

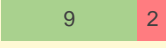
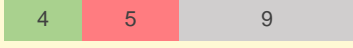
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M171_001	Gute Idee. Im ersten Schritt kann man auch ein Ranking auf der Energierechnung abbilden, die zeigt wie gut/schlecht man im Regionalen Durchschnitt in seinem Energiebedarf ist.	n. a.	OB
M171_002	Dieser Ansatz wird als sinnvoll angesehen. Ein Wettbewerb transparente Stromrechnung könnte ein Baustein sein.	n. a.	OB
M171_003	ja, aber erst muss in jedem Kopf stecken, dass z.B. eine PV-Anlage nicht nur "scheiße aussieht“, sondern echt was bringt.	n. a.	OB
M171_004	Auch die genauen Quellen der Energien sollten offen dargelegt werden.	n. a.	OB
M171_005	Einsparungen durch Bonussysteme fördern (freier Eintritt in Schwimmbäder, Wilhelma o.ä.)	n. a.	OB
M171_006	Hierzu könnte z.B. eine kleine App oder ein entsprechendes Formular bereitgestellt werden	n. a.	OB
M171_007	Ja, die Stromabrechnung ist inzwischen sehr gut. Die Heizkostenabrechnung für Fernwärme ist nach eigenen Erfahrungen eine Wissenschaft für sich. Die meisten Menschen steigen hier nicht durch. Das muss vereinfacht werden. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M171_008	Wichtig: Beratung von VermieterInnen!	n. a.	OB
M171_009	Best-practice Beispiel: Energiewerke Schönau - Gruppenprojekte, bei denen sich die Beteiligten regelmäßig austauschen (anfangs Beobachtung, welche Maßnahmen wurden dann getroffen, gemeinsame Verbesserung) auf z.B. Quartiersebene, in Wohnheimen, in Mietshäusern	n. a.	OB
M171_010	"Klima-Ranking-System" einführen BürgerIn kann ihren Haushalt einsortieren & hat Ansporn sich zu verbessern	8	BB
M171_011	Informationen sind wichtig, aber um bürgerlichen Egoismus ("Geiz ist Geil"-Mentalität) zu bezwingen, braucht es Regeln durch Vorgaben + Belohnungen.	3	BB
M171_012	Technische Voraussetzungen schaffen, damit BürgerInnen ihren momentanen CO2/Energieverbrauch pro Monat ständig ablesen können.	3	BB
M171_013	Kontaktieren von "Vielverbrauchern" und Aufzeigen von Einsparmöglichkeiten	1	BB
M171_014	Am Ende des Jahres weiß keiner mehr, wann man wo warum wieviel verbraucht hat. Es sind "aktuelle" Informationen erforderlich. Nicht in Zahlen, sondern in "grün-gelb-rot"-Verbrauch. Also mittels neuer Messtechnologien.	1	BB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M171_015	Wie im Bereich Versicherung eine einheitliche und sinnvolle Darstellung vorschreiben. Z.B. "Ein durchschnittlicher 3-Personenhaushalt in BaWü verbraucht 17% weniger Strom als Sie!" "Um bis 2050 die CO2-Ziele einzuhalten müssten Sie Ihren Verbrauch dieses Jahr um __% reduzieren."	0	BB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M171_016	Energie/Personal nicht für Informationsmaterial stecken, sondern in die Entwicklung durchdachter, Lobby-unabhängiger Gesetze	1	BB
M171_017	Best-Practice Beispiele nicht immer geeignet -> Umsetzung scheitert an individuellen Rahmenbedingungen => Frust	1	BB
M171_018	Zusatzaufwand verursacht Zusatzkosten -> wer bezahlt?	0	VB
M171_019	Es existieren umfangreiche gesetzliche Vorgaben -> Erfahrung zeigt zu viele Informationen führen zu Intransparenz	3	VB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M171_020	verbraucherfreundliche Stromrechnungen als Maßnahme im jetzigen IEKK, will das UM die Maßnahme nicht vor/bis 2020 umzusetzen?	n. a.	OB
M171_021	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M171_022	Kann man heute überall im Internet finden.	n. a.	OB
M171_023	Bewusstsein für Energieverbrauch sehen in Schulen vermitteln	5	BB
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M172	Kommunikationskampagne zur Begleitung der IEKK Maßnahmen
<p>In seinem Klimaschutzgesetz hat das Land klare Ziele definiert. Das IEKK enthält konkrete Strategien und Maßnahmen. Eine Kommunikationskampagne soll die Klammer um alle im IEKK genannten Maßnahmen bilden und die Menschen in ihrem Alltag abholen und einfache Handlungsoptionen aufzeigen.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunikationskampagne zum IEKK 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 25 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A		In Zahlen		
Gesamtanzahl Kommentare: 25				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändeebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	12	2	0	11
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	2	Ok; Ja;		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	Zustimmung		Ablehnung	Enthaltung
	<i>Bürgerbeteiligung (n=19)</i>		<i>Verbändeebeteiligung (n=18)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>				/
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	0		0	/

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M172_001	Die Ergebnisse des IEKK sind transparent den Bürgern aufzuzeigen und die geplanten Maßnahmen mit geplanten Umsetzungszeiträumen verständlich aufzuzeigen. Hier sind regionale Akteure in die Veranstaltungen mit einzubinden.	n. a.	OB
M172_002	Entwicklung in Zusammenarbeit mit Hochschulgruppen/ Studierenden/ Praxisprojekte an Unis	n. a.	OB
M172_003	Bitte über Web und z.B. auch YouTube-Videos	n. a.	OB
M172_004	Da müsst ihr aktiver werden, die Mehrheit hat keine Ahnung davon	n. a.	OB
M172_005	Kommunikation auf lokaler Ebene der Maßnahmen	1	BB
M172_006	Social Media Kampagnen -> Große Reichweite, mit wenig Budget	3	BB
M172_007	Die Kampagne sollte die Eigenverantwortung des Einzelnen motivieren. Änderung findet bei sich statt. Handlungsfähig ist jeder selbst. Bewusstsein schaffen.	0	BB
M172_008	Früher Einbeziehung von "Bürgern" um Zielgruppengerecht zu sein.	0	BB
M172_009	Vorhandene Klimaschutzkampagnen unterstützen und nutzen	4	BB
M172_010	Vorab auf die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung hinweisen!	3	BB
M172_011	einfache "Bürgersprache"	6	BB
M172_012	"Kommunikationskampagne" konkretisieren	1	BB
M172_013	"Was bringt mir das?" -> Nutzen/Mehrwert für die/den Einzelne/n	5	BB
M172_014	"Betroffenheit" der Einzelnen muss sichtbar werden -> warum sollte mich das Thema interessieren und warum sollte ich handeln?	5	BB
M172_015	Niederschwellige Kommunikations- und Gesprächsangebote der Entscheidungsträger_innen	0	BB
M172_016	Emotionalität	0	VB
M172_017	Einbindung von rEAs und anderen Akteuren bei Entwicklung (Bezug zu Zielgruppen)	3	VB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M172_018	Anstelle einer zentralen Kampagne werden dezentrale Veranstaltungen der wesentlichen Akteure (Energieagenturen, Handwerk, Energieversorger, Genossenschaften...) empfohlen.	n. a.	OB
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M172_019	ob es das wirklich braucht?	n. a.	OB
M172_020	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de, basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M172_021	s. oben (<i>nicht zuordenbar</i>)	n. a.	OB
M172_022	Kritische Betrachtung der "Effizienz"-Steigerung einer solchen Maßnahme	1	BB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M172_023	Persönliche Erfahrung: ich habe am 10.07.19 von diesem Portal erfahren - mich hat die Kampagne nur durch einen Zufall und recht spät erreicht.	n. a.	OB

M173	Klimaschutz in den Unterricht bringen		
	<p>Unter dem Dach der in der Koalitionsvereinbarung vereinbarten BNE Gesamtkonzeption (Bildung für nachhaltige Entwicklung) soll der Klimaschutz verstärkt in den schulischen und außerschulischen Unterricht integriert werden.</p> <p>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung eines Grundlagenpapiers für die Implementierung von BNE im Kontext übergreifender Erziehungs- und Bildungsziele. • Konzeptionelle Entwicklung und Unterzeichnung einer BNE-Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und der Zivilgesellschaft <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 2.8. S. 25 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 53				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändeebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	1	4	48
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	Ok; Die Ausweitung der bestehenden Schulprojekte und mehr Klimaschutz im Unterricht sind wünschenswert und sinnvoll.; Gute Idee.; Längst überfällig.; Ja, die Sensibilisierung muss steigen.;		
<i>Konkrete Ablehnung der</i>	0			

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme	Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)		
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=19)	Verbändebeteiligung (n=18)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	/		
Ihre Umsetzung ist notwendig	/		/
Die Umsetzung unterstütze ich	/		/
Die Maßnahme ist unklar	/	0	0

B **Kommentarinhalt**

Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M173_001	<p>Lehrende sollen schnell und flächendeckend im Bereich BNE weitergebildet werden. Dazu bedarf es verpflichtende Fortbildungskurse für Lehrende, um die Leitperspektive BNE fächerübergreifend in den Unterricht zu bringen. Ab dem neuen Schuljahr muss Klimawandel/Klimaschutz im Bildungsplan integriert sein. Verpflichtende Kurse dazu müssen auch in weiterführenden Bildungsinstanzen (FH, Universität etc.) eingeführt werden. Bildung Nachhaltige Entwicklung ist die erste Leitperspektive im Bildungsplan und muss damit überfachlich behandelt werden. Was leider noch fehlt ist die Weiterbildung der Lehrer, dies muss sich bis 2020 geändert haben -> Verpflichtende Weiterbildung der Lehrer Regelmäßige Nachhaltigkeitsmessungen für alle Landesämter (Bspw. Gemeinwohl-Ökonomie Bilanz) Regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen im Hinblick auf Klimaschutz Jährliche Evaluierung aller klimarelevanten Maßnahmen. Die Evaluierung muss prüfen ob innerhalb der Möglichkeit des Landes Baden-Württemberg genug getan wird um das 1,5°C Ziel zu erreichen.</p> <p>(Duplikate: 13)</p>	n. a.	OB
M173_002	Für diese Maßnahme müssen Lehrkräfte fortgebildet werden und Arbeitszeit erhalten, um Ideen an den Schulen umsetzen zu können. Dies muss eine sehr hohe Priorität haben.	n. a.	OB
M173_003	Nicht nur hier, also in Schulen, auch öffentlich, an Hochschulen etc. schlage ich eine tiefere Bildung der Bevölkerung vor, gerade zu den Themen: - Ökosysteme	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	ganz wesentlich finde ich ganzheitliche Konzepte gerade jungen Menschen beizubringen wie die Gaia-Theorie (alles Leben auf der Erde wirkt in einem hochkomplexen System zur Aufrechterhaltung optimaler Bedingungen) - diese Theorien sind wesentlich um die Bedeutung einzelner Umweltthemen (CO2, Biodiversität zu verstehen) - ökologisch maßvolle und gesundheitsbewusste Lebensweise		
M173_004	SchülerInnen fordern bereits diese Inhalte. Deshalb sollte es möglichst schnell in die Wege geleitet werden, dass BNE und die gemeinsame Arbeit an Lösungen der Klimakrise im alltäglichen Schulunterricht Platz findet!	n. a.	OB
M173_005	Posten des Klimaschutzbeauftragten an Schulen schaffen und Entlastungsstunden bereitstellen.	n. a.	OB
M173_006	feste Ansprechpartner in Schulen, Bildung Netzwerk "Klimaschutz in Schulen", Kapazitäten für Klimaschutz im Unterricht	n. a.	OB
M173_007	Ist auf jeden Fall notwendig. Ohne ein Bewusstsein für die die Wichtigkeit des Themas, wird es schwer sein, die Herausforderungen, die uns bevorstehen, meistern zu können	n. a.	OB
M173_008	Der Bildungsauftrag gemäß Landesverfassung verpflichtet dazu, die Jugend zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen. Im Hinblick auf die Klimakrise bedeutet das, dass alle Schülerinnen und Schüler des jeweils aktuellen wissenschaftlichen Sachstand zur Erderhitzung kennen, dass ihnen die Dringlichkeit der Klimakrise bewusst ist, und dass die in die Lage versetzt werden, zu beurteilen, welche Maßnahmen einen echten Beitrag zur Problemlösung versprechen, welche Maßnahmen in Anbetracht der Dringlichkeit unzureichend und zu kleinteilig sind und welche Maßnahmen sogar kontraproduktiv sind. Sie lernen in ihrem eigenen Handeln diejenigen Beiträge zu leisten, zu denen sie vor dem Hintergrund der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte moralisch verpflichtet sind. Die aktuellen Bildungs- und Lehrpläne enthalten zwar Inhalte zur Erderwärmung, reichen aber bei weitem nicht aus, um die oben genannten Lehrpläne zu erfüllen. Die Bildungspläne sind daher dringend zu überarbeiten; parallel dazu sind Lehrer zu schulen, um sie in die Lage zu versetzen, die neuen Inhalte zu unterrichten. Per Verwaltungsakt soll bereits im Schuljahr 2019/2020 flächendeckend damit begonnen werden, die o.g. Lernziele anzustreben. Entsprechende Kontrollfragen sind fächerübergreifend in alle zentralen Abschlussprüfungen des Landes zu integrieren.	n. a.	OB
M173_009	Das Konzept sollte mit den Trägern gemeinsam erarbeitet werden und konkrete Maßnahmen beinhalten. Die Bildungsoffensive sollte auch Berufsschulen und Hochschulen / Unis einschließen. Stärkere Verknüpfung der Ausbildungs- und Meisterkurse für das Elektro- und Heizungsgewerk, da für die Energiewende immer mehr beide Kompetenzen in den Betrieben verfügbar sein müssen (Beispiel Anschluss von KWK) Zum Einstieg in die Fernüberwachung und das Energiemanagement für private und gewerbliche Liegenschaften sollten Handwerksunternehmen, Energieberater etc. systematisch geschult werden.	n. a.	OB
M173_010	Das Thema ist mit der Fridays-for-future-Bewegung schon in den Schulen angekommen. Vertiefung der Thematik in den naturwissenschaftlichen Fächern wäre	n. a.	OB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	zu begrüßen!		
M173_011	Die Landesregierung sollte die FridaysForFuture-Bewegung aktiv unterstützen! z. B. Exkursion zu einem Kraftwerk (BHKW, PV, Wind oder Wasser) anbieten	n. a.	OB
M173_012	Beginnend in der Grundschule sollte der Klimaschutz Fächerübergreifen mit in die Bildung einfließen	n. a.	OB
M173_013	Das Thema Klimaschutz bzw. Klimawandel muss fächerübergreifend in den Bildungsplan übernommen werden, unabhängig von der Schulart. Zudem sollte über klimafreundliche Alternativen und Lösungen aufgeklärt werden.	n. a.	OB
M173_014	Klimaschutz könnte und sollte fächerübergreifend thematisiert werden. Das beginnt mit Physikaufgaben und geht bis hin zu Erörterungsthemen. Hier sehen wir erhebliche Potentiale	n. a.	OB
M173_015	s. oben, junge Menschen werden einfacher begeistert, sind die künftige Bevölkerung - warum nicht mehr in den Unterricht nehmen, Kinder bearbeiten auch ihre Eltern, bringen den Stand der Technik nach Hause - Engagement in der Schule dazu, nicht nur der Sport AG, wird mehr anerkannt, es muss sich "lohnen"	n. a.	OB
M173_016	Sehr gute Idee. Auch die Lehrer an sich sollten tiefergehend über das Thema informiert werden.	n. a.	OB
M173_017	Verbindlich als fächerübergreifendes Unterrichtsfach festlegen	n. a.	OB
M173_018	Unterstützung. Für Erwachsene z.B. auch über Volkshochschulen	n. a.	OB
M173_019	In Karlsruhe wird dies bereits intensive durch dies KEK gemacht. Die Kinder sind inzwischen über den Klimaschutz gut ausgebildet. Es mangelt an der Ausbildung der über 25-jährigen. Diese Menschen müssen erreicht werden. IDEE: Wenn ein Haushalt seinen Strombedarf von einem Jahr zum nächsten um 5% senken kann, sollte es eine Bonuszahlung geben. (Duplikate: 1)	n. a.	OB
M173_020	Lehrende sollen schnell und flächendeckend im Bereich BNE weitergebildet werden. Dazu bedarf es verpflichtende Fortbildungskurse für Lehrende, um die Leitperspektive BNE fächerübergreifend in den Unterricht zu bringen. (Duplikate: 6)	n. a.	OB
M173_021	von Grundsatzpapieren und Konzepten haben die Schülerinnen und Schüler noch nichts... konkrete Projekte sind entscheidend und wirken sehr zielgerichtet	n. a.	OB
M173_022	Prüfen, was es von anderen dazu schon gibt - z. B. BMU. --	n. a.	OB
M173_023	Weiterer Punkt: * Einbeziehung der Thematik in den regulären Unterricht aller künftig Betroffenen("Lernort Schule", Beutelsbacher Konsens) gemäß dem vorliegenden Vorschlag "Schule fürs Leben" bzw. www.klimatrittschule.de , basierend auf der Empfehlung des ersten deutschen Klimarates 1990 "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung"	n. a.	OB
M173_024	Outdoor Education als Methode zum Wahrnehmen echter Nachhaltigkeit, nicht noch ein BNE Papier. Schauen sie mal nach https://draussen.schule als Gründungsinitiative einer Privatschule mit dem Fokus der o.a. Maßnahme	n. a.	OB
M173_025	Fokus auf technische Kompetenz (z.B. Unterschied Arbeit <-> Leistung)	0	VB
M173_026	Schulen müssen (verpflichtend) Vorbild bei Klimaschutz sein (Ökobilanz)	0	JB

Querschnitt – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M173_027	Klimaschutz darf kein Fach werden, sondern soll als Querschnitt in jedem Fach angesprochen werden (ständig präsent)	0	JB
M173_028	Schule muss für Klimaschutz werben und aktivieren	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M173_029	Bei Klassenfahrten und Schüleraustauschen sollen Flugreisen vermieden werden. Ausnahmen bedürfen der Einzelfallgenehmigung des Umweltministeriums.	n. a.	OB
M173_030	Berufsschulen als Thema einbringen (vgl. Arbeitsschutz), nicht allgemein, warum der Klimaschutz wichtig ist, sondern wie kann ich den Klimaschutz in meinem Beruf umsetzen. ÖPNV im Schülerverkehr noch mehr stützen. Verkehrsberuhigte Zonen bzw. Zufahrt zu Schulen mit dem Pkw erschweren. Schikanen einbauen. Fahrradkunde, Reparieren im Fach Werken, Werken/Handarbeiten/Kochen wieder mehr Beachtung schenken. Was kann ich selbst machen, was kann ich selbst kochen. Wie verarbeite ich saisonale Produkte, wie mache ich diese haltbar. Wie repariere und warte ich ein Rad. Mehr Sport im Unterricht (Laufen, Geschicklichkeitsübungen). Heimatkunde (welche Gegend ist für welches Gemüse bekannt: Pfalz/Kartoffel, Spreewald/Gurken, Fildern/Sauerkraut, Bühl/Zwetschgen, Schwetzingen/Spargel ... und warum! Landschulheimaufenthalte nur noch mit dem Bus genehmigen, keine Flüge! Auch Austauschprogramme mit dem Flugzeug unterbinden. Wenn die Programme länger dauern, können auch viele Ziele über dem Landweg/Schiffsweg zumutbar erreicht werden! Kürzere Austauschprogramme unterbinden (Beispiel einwöchige Besuch von chinesischen Schülern am WHG Durmerhseim).	n. a.	OB
M173_031	Kinder wieder Fit für Fußwege und Radfahren machen. Geschicklichkeitsparcours auf den Schulhöfen. Das Bewusstsein stärken, wie mobil ein Rad die Kinder macht. Ich kam erst mit 40 Jahren darauf, wie weit man mit dem Rad kommen kann, durch die Teilnahme an der Tour de Ländle. Dass ich tatsächlich mit dem Rad 80km am Tag fahren kann. Klar gab es dabei eine Rieseninfrastruktur im Hintergrund, aber ohne die Tour de Ländle wäre ich nie auf die Idee gekommen, das Rad sowohl als Lastenesele, als Mobilitätshilfe und als Freizeitgestaltung zu nutzen. Schade, dass der SWR und das Land die Tour de Ländle als Wochentour nicht mehr anbieten. War übrigens auch sehr medienwirksam.	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M173_032	Die Schüler*innen sind - in der Breite - momentan mindestens genauso gut informiert, wie die Lehrkräfte. Gehen Sie mal freitags raus und reden sie mit denen. Sie werden erstaunt sein.	n. a.	OB
M173_033	Eigentlich beginnt Klimaschutz mit dem Lebensstil. Benötige ich wirklich das, was man uns suggeriert? Und Klimaschutz beginnt auch mit der Abkehr von unserem System des Verbrauchens. Nur der Verbrauch kurbelt die Wirtschaft an, die dem Staat Einnahmemöglichkeiten beschert.	n. a.	OB

